

4. Hegemonie, Subjektivierung, Koordinierung

Einleitend wurde der Begriff der Hegemonie eingeführt zur Bezeichnung einer bestimmten Art der politischen Vorherrschaft, die sich diskursiv konstituiert. „Hegemonie“ wurde also im wesentlichen mit drei Attributen versehen: diskursiv, politisch, Vorherrschaft. Die Attribute „diskursiv“ und „politisch“ erfordern im Anschluß an die Vorarbeiten zur Diskursivität und zum Politischen, die in den beiden vorangegangenen Kapiteln geleistet wurden, keine weitreichenden Erläuterungen mehr. So heißt *Hegemonie als diskursives Phänomen* zu begreifen vor allem folgendes: Es geht erstens nicht primär um die Vorherrschaft von Individuen oder Gruppen; vielmehr ist mit Hegemonie das Vorherrschen bestimmter Artikulationsmuster oder diskursiver Formationen-Formierungen, also bestimmter Konstellationen sozialen Sinns, gemeint. Zweitens heißt es, daß sich die grundlegende Eigenschaft des Diskurses, zugleich strukturiert und in Bewegung zu sein, auf Hegemonien überträgt. Und entsprechend würde es in die falsche Richtung führen, Hegemonie als einen Zustand zu verstehen; vielmehr hat man es mit einer diskursiven Praxis zu tun, die zugleich auf diskursiven Strukturen aufbaut und diese verschiebt. *Hegemonie als politisches Phänomen* zu begreifen geht mit der Überlegung einher, daß hegemoniale Praxis sich in die diskursive Struktur des politischen Raums – die Gleichzeitigkeit der Orientierung am Allgemeinen und der Konfliktivität – einfügen muß und diese auf spezifische Weise weiter entwickelt.

Das Attribut „Vorherrschaft“ ist hingegen bislang noch nicht oder nur zum Teil geklärt. Klar ist allenfalls, was in einer Hegemonie vorherrscht: Wie erwähnt, geht es um die Vorherrschaft bestimmter Arten diskursiver Formationen-Formierungen. Noch undeutlich ist aber bislang erstens, welcher Art diese diskursiven Formationen-Formierungen

sind, die das Gerüst der Hegemonie bilden, die man also als *hegemoniale Formationen-Formierungen* bezeichnen kann. Gänzlich ungeklärt ist aber vor allem zweitens, *wann* eine Hegemonie als etabliert gelten kann und wie hegemoniale Vorherrschaft funktioniert. Beide Unklarheiten sollen in diesem Kapitel beseitigt werden. Dabei geht es zunächst darum, den Begriff der hegemonialen Formation-Formierung zu präzisieren und einige weitere grundlegende Unterscheidungen einzuführen, die dabei helfen, das Begriffsfeld der Hegemonie zu strukturieren (4.1). Der näheren Beschreibung dessen, was bei der Konstituierung von Hegemonien geschieht, nähern wir uns dann zunächst mit Hilfe Antonio Gramscis, dessen Schriften bis heute die Grundlage jeder Hegemonieforschung bilden (4.2). Im Anschluß an die Gramsci-Lektüre wird das hier zugrunde gelegte Konzept der Hegemonie knapp ausformuliert (4.3), um es dann in den folgenden Abschnitten (4.4 bis 4.6) ausführlich zu erläutern.

4.1 Zur Unterscheidung: Hegemoniale Formation-Formierung, hegemoniale Praxis, hegemoniales Projekt, Hegemonie

Man muß zwischen politischen Artikulationen, einzelnen hegemonialen Artikulationen und hegemonialen Formationen-Formierungen – also komplexen Anordnungen von Artikulationen mit hegemonialen Effekten – unterscheiden. Als *politische Artikulationen* kann man all jene Artikulationen bezeichnen, in denen Forderungen in bezug auf das Allgemeine gestellt werden, in welcher Form und in welchem Ausmaß auch immer; politisch sind mithin alle Artikulationen, deren Gegenstand kumulative, subsumtive und umfassende Forderungen bilden. *Hegemoniale Artikulationen* sind eine Teilmenge politischer Artikulationen. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie ins Terrain des Anderen eindringen, daß sie also von einem stets singulären Ort der Artikulation aus die Forderungen anderer in bezug auf das Allgemeine mit einverleiben. Daher kann jede Artikulation, in der eine subsumtive oder eine umfassende Forderung erhoben wird, als hegemoniale Artikulation gelten. Eine *hegemoniale Formation-Formierung* schließlich ist einerseits, wie jede diskursive Formation-Formierung, ein dynamisches und zugleich relativ stabiles Arrangement von Artikulationen. Andererseits ist sie insofern eine spezifische Formation-Formierung, als in ihrem Zentrum eine umfassende Forderung steht, die das kollektive Begehren nach dem Allgemeinen für das gesamte betroffene Kollektiv konkretisiert, was zugleich bedeutet, daß das in der Forderung Geforderte als bestimmtes symbolisches Äquivalent des in seiner negativen Form unbestimmten Allgemeinen artikuliert wird.

Eine hegemoniale Formation-Formierung, die sich durch eine solche umfassende Forderung, und damit durch die Artikulation eines symbolischen Äquivalents des Allgemeinen auszeichnet, ist gleichbedeutend damit, daß Präferenzstrukturen für zukünftige Kollektiventscheidungen und für zukünftiges kollektives Handeln in dieser oder jener Weise arrangiert werden: Wenn eine bestimmte Vorgehensweise zur Realisierung des Allgemeinen – als Ankerpunkt einer Äquivalenzkette – gefordert wird, wird diese Vorgehensweise auch als kollektiv wünschenswert artikuliert. Im vorangegangenen Kapitel wurde folgendes Beispiel für eine umfassende Forderung und zugleich für den Kern einer hegemonialen Formation-Formierung formuliert: „Solange wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft [symbolisches Äquivalent des Gemeinwohls] verwirklichen [in Kombination mit „solange“ Ausdruck des Forderns], wird auch jene allgemeine materielle Wohlfahrt [der imaginäre, obwohl hier symbolisierte Aspekt des Gemeinwohls] existieren, nach der unser gesamtes Volk strebt [Ausdruck des Begehrens].“ Dieser Kern ließe sich fortschreiben: „Weil also Soziale Marktwirtschaft jene allgemeine materielle Wohlfahrt bedeutet, nach der wir alle streben, müssen wir die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu Prinzipien unseres kollektiven Handelns in bezug auf die Erreichung unseres ökonomischen Gemeinwohls machen.“ Alle hegemonialen Formationen-Formierungen zeichnen in dieser Weise kollektive Handlungsoptionen aus.

Hegemoniale Formationen-Formierungen sind immer spezifische hegemoniale Formationen-Formierungen. Hierbei sind zwei Kriterien der Spezifizierung von besonderer Bedeutung: Erstens unterscheiden sich hegemoniale Formationen-Formierungen hinsichtlich des adressierten Personenkreises, das heißt hinsichtlich des Kreises von Individuen und Gruppen, um dessen kollektives Begehren es geht. Das können alle Menschen sein, alle Staatsbürger, alle Glaubensschwwestern und -brüder, alle GewerkschaftlerInnen usw. (Diskurstheoretisch müßte man genauer formulieren: Hegemonien unterscheiden sich darin, welche grundlegenden Bedingungen mit der Einnahme einer der von der hegemonialen Praxis angebotenen Subjektpositionen verknüpft sind; vgl. unten). Zweitens unterscheiden sich hegemoniale Formationen-Formierungen – wie bereits angedeutet – dadurch voneinander, daß sie nicht immer einen Bezug zum Allgemeinen per se, also zu seiner Totalität artikulieren, sondern häufig auch zu einem spezifischen Allgemeinen, dessen Konstituierung mit der Segmentierung des politischen Diskurses und der Orientierung an bestimmten „Sachgebieten“ in enger Verbindung steht. Eine hegemoniale Formation-Formierung, deren Bezugsgruppe die Staatsbürger eines Nationalstaats sind, kann zum Beispiel die Außenpolitik zum Gegenstand haben (mit symbolischen Äquivalenten des Ge-

meinwohlaspekts wie „Westbindung“ oder „Neutralität“) oder die Wirtschafts- und Ordnungspolitik (mit symbolischen Äquivalenten des Gemeinwohlaspekts wie „Soziale Marktwirtschaft“ oder „Demokratischer Sozialismus“). Und diskursive Subjekte, die sich im Hinblick auf ein spezifisches Allgemeines auf miteinander äquivalenten Subjektpositionen befinden, können im Hinblick auf ein anderes durchaus konträre Subjektpositionen einnehmen: Zum Beispiel können sowohl der radikale Pazifist als auch der „realistische“ Außenpolitiker Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft sein.

Daß hegemoniale Formationen-Formierungen in diesen beiden Hinsichten spezifiziert werden können, heißt im übrigen nicht, daß Personenkreis und Sachgebiet im Sinne einer festen Größe der Artikulation einer bestimmten hegemonialen Formation-Formierung voraus gingen. In ihrer jeweils spezifischen Form werden sie auch durch die hegemoniale Formation-Formierung selbst produziert: Wenn beispielsweise die Deutschen zum adressierten Personenkreis der hegemonialen Formation-Formierung, die sich um die „Soziale Marktwirtschaft“ herum gruppiert, werden, so werden sie zugleich als Deutsche in einer neuen Weise artikuliert, insofern sich das „Deutschsein“ und die „Soziale Marktwirtschaft“ verbinden, insofern also nach dieser Artikulation die Soziale Marktwirtschaft zu den Deutschen gehört. Dasselbe gilt für das Sachgebiet der Wirtschaftspolitik: Es verschiebt sich und entsteht damit auch als Sachgebiet in neuer Weise, sobald die Formation der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu ihm in Beziehung gesetzt wird.

Jede Artikulation einer hegemonialen Formation-Formierung der beschriebenen Art trägt den Anspruch auf Vorherrschaft (in bezug auf die adressierte Gruppe) in sich, weil sie von einem singulären Ort der Artikulation aus das vom Mangel an Allgemeinem ausgelöste Begehren eines gesamten Kollektivs mit einer bestimmten Forderung symbolisch anfüllt. Dieser Anspruch auf Vorherrschaft ist jedoch nicht immer oder sogar nur selten erfolgreich. Von Hegemonie soll gemäß der hier vorgelegten Überlegungen nur dann gesprochen werden, wenn der mit einer umfassenden Forderung geäußerte Anspruch auf Vorherrschaft durchgesetzt werden kann. Allerdings liegt es auf der Hand, daß es Vorstufen oder Nachwehen solcher Vorherrschaft gibt, und auch schwächere und stärkere Ausprägungen von Hegemonien. Dies macht ein differenziertes begriffliches Instrumentarium erforderlich: So wird im folgenden von *hegemonialer Praxis* gesprochen, um die gesamte Bandbreite der diskursiven Praxis begrifflich zu fassen, im Rahmen derer in bezug auf die Behebung eines Mangels an Gemeinwohl subsumtive oder umfassende Forderungen erhoben werden. Als *hegemoniales Projekt* wird jede diskursive Praxis bezeichnet, in der eine hegemoniale Formation-For-

mierung artikuliert wird, also eine umfassende Forderung in Verbindung mit einem symbolischen Äquivalent des Gemeinwohls. Der Begriff der *Hegemonie* findet Verwendung für alle erfolgreichen hegemonialen Projekte, in deren Zentrum eine nicht nur dem Anspruch nach umfassende Forderung, sondern eine Forderung, deren Erfüllung tatsächlich in diskursiv umfassender Weise (also in hohem diskursiven „Verbreitungsgrad“) mit der Behebung des Mangels an Allgemeinem äquivalent gesetzt wird; man kann hier vom Übergang einer umfassenden in eine hegemoniale Forderung sprechen.

Es gibt demnach drei Niveaus hegemonialer Praxis: einzelne hegemoniale Artikulationen, hegemoniale Projekte und Hegemonien. Dabei sind die Grenzen zwischen diesen Niveaus mehr oder weniger fließend; und so können insbesondere die Begriffe des hegemonialen Projekts und der Hegemonie – sowie der umfassenden und der hegemonialen Forderung – nicht exakt trennscharf verwendet werden, sondern beschreiben nur ineinander übergehende Bereiche einer Skala der hegemonialen Praxis.

4.2 Hegemonie mit Gramsci

Wir müssen uns nun aber nach dieser Differenzierung der entscheidenden Frage zuwenden, was ein erfolgreiches hegemoniales Projekt auszeichnet bzw. wann aus dem Anspruch auf Vorherrschaft tatsächlich Vorherrschaft wird. Zur Klärung dieser Frage ist es hilfreich, auf den „Klassiker“ jeder Hegemonietheorie zurückzugreifen: Antonio Gramsci. Zwar hatte der Begriff der Hegemonie bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts im russischen Sozialismus Konjunktur, er findet sich etwa auch in Lenins Schriften. Hegemonie bezeichnete in diesem Theoriezusammenhang eine spezifische Strategie des Proletariats, welche – vereinfacht gesprochen – dazu dienen sollte, die Revolution, die aufgrund fehlender ökonomischer Entwicklungen gemäß der Marxschen historischen Gesetze in absehbarer Zeit nicht zu erwarten gewesen wäre, durch vom Proletariat geführte Allianzen mit anderen Klassen politisch zu beschleunigen (vgl. Anderson 1976/77: 15-17).

Doch trotz dieser Vorgeschichte ist der Begriff Hegemonie in der politischen Theoriegeschichte des 20. Jahrhunderts vor allem mit dem italienischen Denker Antonio Gramsci verbunden und bildet einen entscheidenden Bezugspunkt für dessen Theorie sozialer Macht und politischer Herrschaft (vgl. Kallscheuer 1995: 174/75).¹ Im faschistischen

1 Wir sehen dabei von der verbreiteten Verwendung des Begriffs in der Lehre von den Internationalen Beziehungen ab, wo mit dem Begriff der Hegemo-

Italien verbrachte Gramsci, der seit der Gründung der kommunistischen Partei Italiens 1921 zu deren Führung gehörte und sie zeitweise auch im Parlament vertrat, lange Jahre in Gefangenschaft (1926-1937). In den während dieser Zeit entstandenen *Gefängnisheften* (Gramsci 1991-2002) findet sich neben umfangreichen anderweitigen kulturtheoretischen und politisch-theoretischen Überlegungen auch die Ausarbeitung des Hegemoniebegriffs.²

Gramsci stand unter dem doppelten Eindruck der erfolgreichen russischen Oktoberrevolution und des gleichzeitigen Scheiterns verschiedener kommunistischer Umsturzversuche in West- und Mitteleuropa. Er führte diese Diskrepanz darauf zurück, daß im zaristischen Rußland, aber vor allem im Rußland der Februarrevolution, die politische Macht im Staat nicht durch ein zivilgesellschaftlich-kulturelles Bollwerk gestützt wurde, weshalb die Februarrepublik angesichts der ökonomischen wie auch der politischen Krise des Sommers und des Herbstes 1917, die sich im Frontalangriff der Oktoberrevolutionäre auf die politische Führung zuspitzte, ohne nennenswerten Widerstand zusammengebrochen sei. In West- und Mitteleuropa hingegen rührten die Probleme kommunistischer revolutionärer Bewegungen nach Gramsci daher, daß die Überwindung der bourgeoisen Staatsstrukturen eben nicht ausreiche, weil die eigentlichen Festungen und Gräben der Bourgeoisie in der Zivilgesellschaft zu finden wären. Im Gegensatz zum Kampf um den Staat, der wie in der Oktoberrevolution als Bewegungskrieg mit schnellen Frontalangriffen geführt werden kann, verwendet Gramsci für den Kampf um die Zivilgesellschaft die Metapher des Stellungskrieges, der sehr viel Ausdauer und noch mehr Ressourcen benötigt (vgl. Gramsci 1991-2002: 4/874, 7/1589; vgl. auch Anderson 1976/77: 8-11; Kebir 1991: 214-217). Im Gegensatz zum Führungsmodus der Herrschaft, welcher im Raum staatlicher Politik zum Tragen kommt und auf Autorität und Zwang aufbaut, ist der Raum der zivilgesellschaftlichen Politik von einem anderen, auf Konsens beruhenden Modus der Führung gekennzeichnet: der Hegemonie.

nie, vor allem mit Blick auf das 19. Jahrhundert, die Vorherrschaft eines Staates gegenüber einem oder mehreren anderen Staaten gemeint ist, wobei der Einfluß des Hegemons unterhalb der Schwelle direkter Herrschaftsausübung bleibt, d.h. die formelle Souveränität des oder der unterlegenen Staates/Staaten wird nicht in Frage gestellt (vgl. Holtmann 1994: 237; Kallscheuer 1995: 174).

- 2 Vgl. zum Gramscianischen Hegemoniebegriff Anderson (1976/77: 7-44), Kallscheuer (1995), Laclau/Mouffe (1985: 65-71), sowie vor allem Mouffe (1979a; 1979b).

Die wichtigsten Akteure im hegemonialen Kampf sind nach Gramsci jeweils die „Hauptgruppen“ (Gramsci 1991-2002: 3/496) oder fundamentalen Klassen (Mouffe 1979a), die sich infolge der ökonomischen Produktionsverhältnisse konstituieren und sich bipolar gegenüberstehen – in seiner Betrachtungsperspektive Bourgeoisie und Proletariat. Der Begriff der Hegemonie erfaßt nun jene Art der politischen wie kulturellen, moralischen wie intellektuellen Führung, durch welche eine Hauptgruppe verbündete Gruppen anführt (vgl. Gramsci 1991-2002: 1/101). Trotz der Fundiertheit der Hauptgruppen in der ökonomischen Struktur bilden also die Superstrukturen³ bzw. die Sinnstrukturen der Ideologie das „Schlachtfeld“ der Hegemonie (vgl. v.a. Mouffe 1979b). Mit anderen Worten: Nach Gramsci ist Hegemonie eine diskursive Praxis, die auf der Basis ökonomischer Verhältnisse stattfindet und im Rahmen derer gesellschaftliche Führungskompetenz und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in umfassender Hinsicht⁴ zur Debatte stehen. Damit ist der Problemkomplex der Hegemonie zwar nur angerissen, aber es läßt sich erkennen, um welche Fragestellungen es vor allem geht: Wer sind – erstens – und wie konstituieren sich die Subjekte der hegemonialen Praxis? Was ist – zweitens – der Zusammenhang von Ideologie/Diskurs, hegemonialer Praxis und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen?

Eine Annäherung an diese beiden Fragestellungen ermöglicht die folgende Passage aus den *Gefängnisheften*, in welcher Gramsci grundlegende Gedanken zur Formierung der politischen Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaft formuliert:⁵

Das dritte Moment [bei der Formierung politischer Kräfteverhältnisse] ist dasjenige, in dem das Bewußtsein erlangt wird, daß die eigenen ‚korporativen‘ Interessen in ihrer gegenwärtigen und künftigen Entwicklung den ‚korporativen‘ Umkreis, also den der ökonomischen Gruppierung, überschreiten und zu Interessen anderer untergeordneter Gruppierungen werden können und müssen; dies ist die eigentlich ‚politische‘ Phase, die den klaren Übergang von der bloßen Struktur zu den komplexen Superstrukturen bezeichnet, es ist die Pha-

3 Statt des im marxistischen Diskurs üblichen Begriffspaares Basis/Überbau spreche ich im folgenden von Struktur/Superstruktur. Ich folge damit begrifflichen Überlegungen der Herausgeber der deutschen Ausgabe der *Gefängnishefte* (vgl. Gramsci 1991-2002: 3/A213).

4 Das heißt, es geht in der hegemonialen Praxis nicht nur um Vorherrschaft im Sinne der engeren politischen Kräfteverhältnisse, sondern mindestens ebenso im Sinne der kulturellen, moralischen, intellektuellen und letztlich sogar militärischen (im Sinne der militärisch-politischen) Kräfteverhältnisse (vgl. Gramsci 1991-2002: 7/1562-63).

5 Chantal Mouffe (1979b) hat die besondere Bedeutung dieser Passage ausführlich herausgearbeitet.

se, in der die zuvor aufgekeimten Ideologien in Kontakt kommen und in Kontrast treten, bis eine einzige von ihnen, oder zumindest eine einzige Kombination derselben, dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich über das gesamte Gebiet zu verbreiten, über die ökonomische und politische Einheit hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit determinierend, auf einer nicht korporativen, sondern universellen Ebene der Hegemonie einer gesellschaftlichen Hauptgruppierung über die untergeordneten Gruppierungen. Staat-Regierung wird somit aufgefaßt als eigener Organismus einer Gruppierung zur Schaffung des für die maximale Expansion dieser Gruppierung günstigen Terrains, jedoch werden auch diese Entwicklung und diese Expansion konkret als universelle gesehen, das heißt als an die Interessen der untergeordneten Gruppierungen gebunden, als eine Entwicklung instabiler Gleichgewichte zwischen den Interessen der Hauptgruppe und denen der untergeordneten Gruppen, worin die Interessen der Hauptgruppe überwiegen, aber bis zu einem gewissen Punkt, also zumindest nicht bis zum ökonomisch-korporativen Egoismus (Gramsci 1991-2002: 3/496).

Diese Passage ist insbesondere interessant in bezug auf die Subjekte der hegemonialen Praxis. Diese identifiziert Gramsci als Kollektivsubjekte; hier wie auch in anderen Kontexten spricht er von Gruppen oder Gruppierungen, andernorts auch von Klassen. Weiter unterscheidet Gramsci zwei grundlegende Typen solcher Kollektivsubjekte: Er spricht einerseits von den fundamentalen Klassen oder Hauptgruppen, welche die Nuklei von Hegemonien bilden (vgl. Mouffe 1979a: 10); allein diese können im eigentlichen Sinn zu „hegemonialen Subjekten“ werden (Mouffe 1979b: 183). Andererseits aber gibt es alle anderen Gruppen, die im wesentlichen als Verbündete der Hauptgruppen in Erscheinung treten und damit deren hegemoniale Praxis befördern, ohne selbst jedoch zum Nukleus von Hegemonien werden zu können. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Typen von Kollektivsubjekten ist möglich, weil Gramsci (hierin getreu dem marxistischen Diskurs, der den Kontext seiner Artikulationen bildet) den Status einer Gruppe als Hauptgruppe von deren ökonomischer Funktion ableitet. Eine Hauptgruppe ist also eine Gruppe, die einen von zwei entgegengesetzten Polen innerhalb der jeweils vorherrschenden Produktionsweise bildet – innerhalb der für Gramsci relevanten kapitalistischen Produktionsweise sind das Bourgeoisie und Proletariat. Andere Gruppen bzw. Klassen, also etwa die Gramsci besonders interessierenden Bauern, aber auch die Kleinbürger, sind das „Zielobjekt“ hegemonialer Praxis; das heißt sie sind diejenigen, die es zur Sicherung der Hegemonie einer Hauptgruppe im Rahmen des ideologischen Kampfes als (untergeordnete) Verbündete zu gewinnen gilt.

Aus diskurstheoretischer Perspektive muß das Beharren Gramscis auf ökonomisch determinierten, mithin objektiv gegebenen Subjektposi-

tionen im Rahmen des hegemonialen Ringens Widerspruch provozieren – zu sehr steht das Gramscianische Denken damit in Widerspruch zur Dynamik und Ereignishaftigkeit des diskursiven Geschehens, das keine fixen Positionen kennt. Auf diese Problematik im Denken Gramscis, auf die vor allem Laclau/Mouffe aufmerksam gemacht haben (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1985: 69), komme ich weiter unten nochmals zurück.

Allerdings hat sich Gramsci auch schon einen deutlichen Schritt von der ökonomischen Determiniertheit politischer Positionen gelöst: Er macht in der ökonomisch bestimmten Position nur eine Art Kristallisationskern der sich ideologisch formierenden Subjektivitäten aus, denn diese können sich im Zuge des ideologischen Kampfes, das heißt im Zuge der politischen – nicht-ökonomischen! – Praxis der Hegemonie zum Teil wandeln. Damit rückt die zweite oben genannte Fragestellung, jene nach dem ideologisch-diskursiven Prozeß hegemonialer Allianzbildung, in den Fokus. Die eben zitierte, längere Passage stellt heraus, daß es das Übergewicht von Ideologien oder genauer: von Kombinationen von Ideologien ist, welches erfolgreiche Hegemonien in ökonomischer wie politischer, intellektueller wie moralischer Hinsicht auszeichnet. In diesem Zusammenhang wird die vielleicht entscheidende Eigenschaft des Gramscianischen Hegemoniebegriffs offensichtlich: Wenn von Hegemonie die Rede ist, kann es nicht um die Dominanz von nur einer Gruppe und deren Ideologie bzw. Diskurs gehen, Hegemonie bedeutet nicht einfach den „Oktroi“ der eigenen Artikulationsmuster. Vielmehr geht es darum, daß auf der „universellen Ebene der Hegemonie“ diskursiv etwas entsteht, das von unterschiedlichen Gruppen als etwas Gemeinsames verstanden wird. Dieses Gemeinsame bezeichnet Gramsci als eine Kombination von ideologischen Elementen, die sich zunächst mit den einzelnen Gruppen verbunden hatten. Es kommt darauf an, eine kulturell-gesellschaftliche Einheit zu erlangen, „durch die eine Vielzahl auseinanderstrebender Willen mit heterogenen Zielen für ein und dasselbe Ziel zusammengeschweißt werden, auf der Basis einer (gleichen) und gemeinsamen Weltauffassung“ (Gramsci 1991-2002: 6/1335).

Man kann demnach mit Gramsci dann von Hegemonie sprechen, wenn eine breite Vielfalt von Gruppen dahin kommt, eine gemeinsame Weltauffassung zu teilen und gemeinsame Ziele in dieser Welt zu verfolgen. Hegemonie basiert somit einerseits auf einem „widely shared ‚common sense‘“ (Mouffe 1993: 53), andererseits aber auch, und darüber hinausgehend, auf einem wirklich gemeinsamen politischen Willen (vgl. hierzu auch Mouffe 1979b: 190/91). Dieser Hinweis auf die Formierung eines gemeinsamen Willens ist ein entscheidendes Ergebnis der nun vorgenommenen Gramsci-Lektüre.

Im Anschluß an ein Verständnis der Hegemonie als Praxis der Formierung eines gemeinsamen Willens lassen sich mit Gramsci zwei wichtige Aspekte dieser Praxis nochmals auf den Punkt bringen. Dabei geht es zunächst um die allgemeine inhaltliche Ausrichtung von Hegemonien. Nur „historisch organische Ideologien“ – nicht aber rationalistische oder „gewollte“ Ideologien – können einen gemeinsamen Willen organisieren, Menschenmassen organisieren und das Terrain bilden, „auf dem sich Menschen bewegen [und] Bewußtsein von ihrer Stellung erwerben“ (Gramsci 1991-2002: 4/876) – auf dem sie also zu politischen Subjekten werden. Gramsci bezeichnet derartige historisch organische Ideologien auch als „Volksreligionen“, zu denen er vor allem Patriotismus und Nationalismus rechnet (vgl. ebd.: 5/1076, 6/1251). Grundsätzlich zeichnen sich Hegemonien – jedenfalls vor dem Hintergrund moderner Nationalstaaten, auf die sich Gramsci ja vornehmlich bezieht – dadurch aus, daß in ihnen eine Beziehung zum Komplex des „National-Popularen“⁶ hergestellt wird (vgl. z.B. Gramsci 1991-2002: 6/1395); dabei läßt sich das National-Populare wohl am präzisesten mit Hilfe der Lacanschen Terminologie als eine Mischung der symbolischen und der imaginären Dimension von Nation und Volk bezeichnen, das heißt als eine Mischung aus einerseits den zahlreichen, etablierten Symbolformen, die eine Nation und ihr Volk repräsentieren sollen (Flaggen, Hymnen, Landschaften, historische Ereignisse, Personen etc.), und andererseits einem nie erreichbaren, ganzheitlichen Bild von Nation und Volk. Die theoretischen Überlegungen, die im Rahmen dieser Untersuchung zum spezifischen Allgemeinen als notwendigem Bezugspunkt jeder hegemonialen Praxis angestellt wurden, lassen sich als Verallgemeinerung der Gramscianischen Argumentation verstehen. Denn nicht in jedem politischen Diskurs ist das National-Populare der notwendige Bezugspunkt einer Hegemonie, weil nicht jeder politische Diskurs im nationalen Kontext stattfindet und auch nicht in jedem politischen Diskurs „das Volk“ im Sinne der gesamten nationalen Bevölkerung einen Bezugspunkt bildet. Aber in jedem politischen Diskurs gibt es ein Äquivalent zum National-Popularen, jeder Diskurs kennt ein spezifisches Allgemeines, das eben auch eine imaginäre und eine symbolische Dimension hat (wobei die symbolische Dimension mit der imaginären nie wirklich in eine befriedigende Deckung gebracht werden kann). Die hegemoniale Formierung des gemeinsamen Willens ist nur möglich, wenn in der entstehenden hegemonialen Formation der Bezug zum spezifischen imaginären Allgemeinen – welches auch das National-Populare sein kann,

6 Vgl. für die Verwendung des im Deutschen unüblichen Fremdworts „populär“ zur Übersetzung des italienischen „popolare“ Bochmann (1991: 20).

aber auch als National-Populares oft noch Spezifizierungen (ökonomisch, kulturell etc.) erfährt – hergestellt wird.

Ein zweiter wichtiger Aspekt der Hegemonie bezieht sich auf den konkreten Prozeß, im Verlauf dessen sich der gemeinsame Wille formiert. Die Voraussetzung einer solchen Formierung besteht nämlich niemals in einer *tabula rasa*, ein gemeinsamer Wille wird nicht plötzlich aus dem Nichts konstruiert. Vielmehr verhält es sich so, daß sich jeder solche gemeinsame Wille aus unterschiedlichen Elementen zusammensetzt, die ein Ensemble ergeben. Die allermeisten dieser Elemente existieren vor ihrer neuen hegemonialen Artikulation, sie stehen nur in anderen Zusammenhängen, die während des ideologischen Kampfes aufgebrochen werden müssen. Dabei wandeln sich Superstrukturen nur allmählich (vgl. Gramsci 1991-2002: 6/1328): Nur einige diskursive Elemente werden verschoben, nur einige Elemente kommen hinzu oder werden verdrängt, bei anderen ändert sich aufgrund der spezifischen Einbindung ins ideologisch-diskursive Netz die Wertigkeit. Und so bestätigt sich mit Gramsci unsere Überlegung, Hegemonie als diskursives Phänomen zu begreifen. Das Ringen um Hegemonie, das Ringen um den gemeinsamen Willen vollzieht sich also als Prozeß der (Neu-)Anordnung von ideologisch-diskursiven Elementen. Chantal Mouffe hat darauf hingewiesen, daß sich im Denken Gramscis ideologische Kämpfe als Abfolgen kontinuierlicher Disartikulation und Reartikulation manifestieren:

Ideological struggle in fact consists of a process of *disarticulation–rearticulation* of given ideological elements in a struggle between hegemonic principles to appropriate these elements; it does not consist of the elaboration of two already elaborated, closed world-views. Ideological ensembles existing at a given moment are, therefore, the result of the relations of forces between the rival hegemonic principles and they undergo a perpetual process of transformation (Mouffe 1979b: 193/94).

Chantal Mouffe verdeutlicht im Anschluß an Gramsci also, daß die Elemente einer hegemonialen Formation-Formierung nie nur dieser zugeordnet werden, sondern sich eben durch Flexibilität auszeichnen. Dies führt dazu, daß hegemoniale Formationen-Formierungen und hegemoniale Projekte selbst flexibel bleiben, insbesondere weil sie sich in Konkurrenz zu anderen hegemonialen Projekten befinden. Mit dem Verweis auf die Pluralität und die Konkurrenz hegemonialer Formationen-Formierungen, aber auch auf verschiedene Modi der Artikulation – Disartikulation und Reartikulation –, die an die Einrichtung unterschiedlicher diskursiver Beziehungen erinnern, nähern wir uns bereits der Frage, anhand welcher Strategien um Hegemonie gefochten wird. Die Untersu-

chung dieser Frage muß jedoch noch eine Weile zurückgestellt werden (bis zum Kapitel 5). Denn bevor die Frage der Strategien verhandelt werden kann, muß klar sein, worauf genau sie abzielen sollen. Wir sind nun im Anschluß an unsere bisherigen Überlegungen und an die Rekonstruktion von wichtigen Elementen des Gramscianischen Denkens in der Lage, das Ziel – den Erfolg eines hegemonialen Projekts bzw. die Erringung einer Hegemonie – präziser zu erfassen.

4.3 Hegemonie – eine Definition

Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet.

Diese Definition führt die Überlegung, daß in hegemonialen Projekten das kollektive Begehren nach dem Allgemeinen durch eine partikulare, umfassende Forderung repräsentiert wird, zusammen mit dem von Gramsci und Mouffe übernommenen Gedanken, daß von Hegemonien dann gesprochen werden kann, wenn sich ein tatsächlicher gemeinsamer Wille der Betroffenen herausbildet. Außerdem wird die Definition inspiriert von der Überlegung Gramscis, daß die entscheidenden hegemonialen Akteure Gruppen sind. Aus Gründen, die weiter unten ausgeführt werden, spreche ich jedoch nicht von Gruppen, sondern von politisch-gesellschaftlichen Kräften.

Die vorgeschlagene Beschreibung des Phänomens Hegemonie muß in einigen ausführlichen Schritten erläutert werden. Der erste Komplex, den es zu erläutern gilt, ist der Zusammenhang von kollektivem Begehren, partikularer (umfassender) Forderung und gemeinsamem Willen. Damit ist zunächst die Frage danach berührt, wie sich in Diskursen Subjekte und Subjektivität konstituieren; dieser Frage geht der folgende Abschnitt nach (4.4). Anschließend wird erläutert, was unter politisch-gesellschaftlichen Kräften zu verstehen ist, warum und auf welche Weise sie für die Hegemoniebildung von besonderem Interesse sind (4.5). Schließlich komme ich auf einige weitere Aspekte der eben formulierten Definition zu sprechen (4.6).

4.4 Hegemonie und Subjektivierung

Die folgenden Unterkapitel beruhen auf der Überlegung, daß sich aus einem hegemonialen Projekt in dem Maß eine Hegemonie entwickeln kann, in dem ein diffuses kollektives Begehren in einen manifesten gemeinsamen Willen transformiert wird. Um zu erläutern, weshalb das so ist und was bei diesem Prozeß passiert, wird jedoch ein Umweg notwendig sein. Denn es wurde zwar bislang festgestellt, daß in hegemonialen Formationen-Formierungen das kollektive Begehren nach dem imaginären Allgemeinen in der symbolischen Form einer Forderung artikuliert wird, die an einem symbolischen Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist. Zu diesen beiden Dimensionen des Imaginären und des Symbolischen muß jedoch, damit eine hegemoniale Formation-Formierung und das hegemoniale Projekt, das mit ihr verwoben ist, tatsächlich als vorherrschend bezeichnet werden können (so daß sich eine Hegemonie ausbildet), eine *performative* Dimension hinzukommen. Das heißt vereinfacht gesprochen nichts anderes, als daß das symbolische Äquivalent des Allgemeinen, das als Möglichkeit, das kollektive Begehren nach dem imaginären Allgemeinen zu stillen, angeboten wird, in dieser Funktion (als symbolisches Äquivalent des Allgemeinen) selbst auch irgendwie „kollektiv“ artikuliert werden muß. Bevor dieses „irgendwie“, das dann zur Begriffsverschiebung vom kollektiven Begehren zum gemeinsamen Willen führt, näher betrachtet werden kann, ist es aber unerlässlich – und hiermit sind wir am Beginn des Umwegs – zu klären, was mit dem Begriff des Performativen gemeint ist. Doch auch diese Erklärung ist nicht unmittelbar zu gewinnen, führt doch der genommene Umweg über das Performative, indem er auf ein Moment des Handelns zu verweisen scheint, mitten in das unübersichtliche Terrain der Beziehung von Diskurs und Subjekt, das zu betreten ich bislang immer wieder aufgeschoben habe. Dieser nicht unkomplizierten Beziehung müssen wir uns im folgenden zuerst zuwenden (4.4.1), anschließend wird das Spezifische der politischen Subjektivität betrachtet (4.4.2). Nach einem kurzen Exkurs, in dem begründet wird, weshalb die Terminologie des Subjekts der in der Politischen Wissenschaft sehr viel stärker verbreiteten Terminologie des Akteurs vorgezogen wird (4.4.3), komme ich auf den Begriff des Performativen und auf die Herausbildung des gemeinsamen Willens zurück (4.4.4).

4.4.1 Subjekt und Diskurs

Neben der Frage nach den Mechanismen und Prozessen politisch-diskursiver Sinnproduktion taucht die Frage danach, wie sich die Sub-

jekte von Diskursen konstituieren und welche Rolle sie in ihnen spielen, immer wieder als zweite zentrale Fragestellung diskurstheoretischer Überlegungen auf (vgl. z.B. Erfurt 1988: 108). Das diskursive Subjekt kann dabei als ein beständiger „cause of puzzlement“ (Hajer 1995: 48) beschrieben werden. Und so kommt dem Problem des Verhältnisses von Subjekt und Diskurs, obwohl es sicherlich kein neues Problem ist, mit großer Regelmäßigkeit hohe Aufmerksamkeit zu; es bildet sozusagen den Kristallisationspunkt für eine relativ beständige diskursive Formation im Diskurs der Diskurswissenschaften (vgl. jüngst verschiedene Beiträge in Keller et al. 2001).

Der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Subjekt und Diskurs liegen zwei miteinander verwandte Probleme oder Fragenkomplexe zugrunde. Der erste dieser Fragenkomplexe läßt sich auch als eine doppelte Frage nach der Position des Subjektes beschreiben; doppelt, weil sie räumlich danach fragt, ob das Subjekt außerhalb des Diskurses steht und sich damit diesem Diskurs hinzufügt oder ob es in den Diskurs eingeflochten ist, weil sie aber darüber hinaus auch zeitlich fragt, ob das Subjekt dem Diskurs vorangeht oder ob es erst aus dem Diskurs hervorgeht. Beide Fragen verweisen auf einen zweiten Fragenkomplex, in dem im wesentlichen die Problematik der Hierarchie zwischen Subjekt und Diskurs zur Debatte steht: Existiert das Subjekt unabhängig vom Diskurs, nicht aber der Diskurs unabhängig vom Subjekt? Haben Subjekte das Diskursgeschehen in ihrer Hand? Oder geht der Diskurs den Subjekten voran, ist er immer schon da und zwingt sie zu einem bestimmten diskursiven Verhalten? Und ist es letztlich der Diskurs, der die Subjekte erst entstehen läßt, der sie subjektiviert? Haben wir es, mit anderen Worten, mit dem *subiectum* als Zugrundeliegendem zu tun, das spätestens seit Descartes sowohl als Träger von Bewußtsein und Intentionalität als auch als denkende und willentlich handelnde Instanz theoretisiert wird (vgl. Biard 1991: 475; Lorenz 1996: 123)? Oder aber finden wir das *subiectum* als Unterworfenen wieder, dessen Denken, Sprechen und Handeln diskursiv bedingt ist (vgl. zur Gegenüberstellung der beiden Subjektbegriffe z.B. Zima 2000: 3, 87)? Um diese Fragestellungen eingehender zu beleuchten, möchte ich im folgenden zunächst die Stellung des Subjekts im Denken Michel Foucaults und Louis Althusers in Grundzügen rekonstruieren (vgl. zu beiden auch Naumann 2000: 29-38). Dies ist ein guter Ausgangspunkt, weil Foucault und Althusser anscheinend die Freiheit und den Willen des Subjekts negieren, und weil ihre Überlegungen dementsprechend immer wieder äußerst kontrovers diskutiert worden sind. Nach einem anschließenden, kurz gehaltenen Überblick über die regelmäßig vorgebrachten Kritikpunkte werde ich – unter Einbeziehung einiger Überlegungen Ernesto Laclaus – eingehend disku-

tieren, auf welcher Grundlage, in welcher Weise und mit welchen Konsequenzen man das artikulierende Subjekt weiterhin als freies Subjekt begreifen kann und muß.

Michel Foucault behauptete kurz vor seinem Lebensende, das Subjekt sei stets das allgemeine Thema seiner Forschung gewesen (Foucault 1994a[1982]: 243), und in der Tat läßt sich solch eine aus den verschiedensten Perspektiven vorgenommene Beschäftigung mit der Problematik des Subjekts an vielen Stellen seines Werks zeigen (vgl. zu Foucaults Subjektbegriff Saar 2004: 335-338). Wir finden bei Foucault das vom Diskurs subjektivierte Subjekt, das sich nur auf bestimmte, vom Diskurs bereitgestellte Positionen begeben kann (und als solches v.a. in der Frühphase des Foucaultschen Denkens betont wird, vgl. u.a. Foucault 1997[1966]; Foucault 2001[1968]; Foucault 1997[1969]; Foucault 1991 [1972]); dann das von den Disziplinarpraktiken vor allem körperlich subjektivierte Subjekt (vgl. v.a. Foucault 1995[1975]; Foucault 1997 [1976]);⁷ und schließlich das Subjekt, das sich selbst mit Hilfe von Techniken des Selbst „als Kunstwerk“ subjektiviert (Foucault 1994b [1982]: 274) und sich damit gleichzeitig ein gewisses Autonomiepotential gegen die diskursive und disziplinierende Subjektivierung erhält (vgl. Foucault 1994a[1982]; Foucault 1994b[1982]; Foucault 2000a [1984]; Foucault 2000b[1984]). Daß Foucault im Laufe seiner theoretischen Entwicklung verschiedene Aspekte der (Selbst-)Produktion von Subjekten betonte, hat zu Interpretationen Anlaß gegeben, die eine grundsätzliche Verschiebung von einer „methodologische[n] Vernachlässigung des Subjekts“ beim „archäologischen“ Foucault zur Wiedereinführung eines intentionalen Subjekts in Foucaults späteren Schriften ausmachen (vgl. z.B. Hildebrandt 2001: 99-102, 110). Richtiger scheint es aber zu sein, von einer perspektivischen und graduellen Verschiebung auszugehen; Extrempositionen lassen sich bei Foucault nicht finden. So konzeptionierte Foucault zu keinem Zeitpunkt seines Schreibens (auch nicht in seiner „Spätphase“) das Subjekt als Ursprung souveränen, willentlichen und intentionalen Handelns; ebenso wenig aber verstand er (auch nicht in seiner „Frühphase“) das Subjekt im Sinne eines radikalen Strukturalismus als bloßen Spielball von Diskursen oder Disziplinen (vgl. McHoul/Grace 1993: 91; Saar 2004: 335). Foucaults Intention war es sicherlich nicht, das Subjekt grundsätzlich als theoretische Konzepti-

7 Vor allem in *Überwachen und Strafen* (Foucault 1995[1975]) legt Foucault äußerst detailliert dar, wie die menschlichen Körper ab dem 17. Jahrhundert zunehmend räumlich und zeitlich klassifiziert, ihre Bewegungsabläufe seziiert und wieder zusammengesetzt wurden und schließlich die Koordination mehrerer Körper minutiös geregelt wurde; all das mit dem disziplinarischen Ziel, Körper verfügbar und produktiv zu machen.

on „abzuschreiben“, sondern es ging ihm in seinen archäologischen Schriften eher um das sehr viel bescheidenere Unterfangen, gegen die Extremposition eines souveränen, sich selbst transparenten, die Diskurse steuernden Subjekts Stellung zu beziehen. Am deutlichsten wird dies vielleicht in einem Aufsatz aus dem Jahr 1968 (also zwischen *Die Ordnung der Dinge* und *Archäologie des Wissens*), in dem sich Foucault mit der an ihn gestellten Frage auseinandersetzt, welche Möglichkeiten politischer Intervention es angesichts des von ihm postulierten „Systemzwangs“ überhaupt noch gebe; Foucault stellt in diesem Text klar:

Mir geht es darum, zu zeigen, dass es nicht auf der einen Seite unbewegliche Diskurse gibt, die mehr als halbtot sind, und dann auf der anderen Seite ein allmächtiges Subjekt, das sie manipuliert, sie umwälzt, sie erneuert, sondern dass die diskurrierenden Subjekte Teil eines diskursiven Feldes sind – hier finden sie ihren Platz (und ihre Möglichkeiten der Deplatzierung), ihre Funktion (und ihre Möglichkeiten funktioneller Wandlung). Der Diskurs ist nicht der Ort eines Einbruchs purer Subjektivität; er ist für Subjekte ein Raum differenzierter Positionen und Funktionen (Foucault 2001[1968]: 867).

[Ich möchte] das Thema eines souveränen Subjekts wieder infrage [sic!] stellen, das von außen die Unbeweglichkeit des linguistischen Codes mit Leben erfüllte und im Diskurs die unauslöschliche Spur der Freiheit hinterließ; das Thema der Subjektivität wieder in Frage stellen, die die Bedeutungen konstituierte und in den Diskurs übertrüge. Diesen Themen möchte ich die Erkundung der von den verschiedenen „diskurrierenden“ Subjekten ausgeführten Rollen und Operationen entgegensetzen [...] (ebd.: 872).

Foucault beabsichtigt demnach nicht, das Subjekt auszublenden, sondern es geht darum, die traditionelle Hierarchisierung, nach der einerseits freie und souveräne Subjekte den Diskurs nach Belieben zu lenken vermögen, nach der aber andererseits das diskursive Geschehen die Subjekte unberührt ließe, grundsätzlich in Frage zu stellen. Das Subjekt verschwindet bei Foucault keineswegs (auch nicht in den archäologischen Schriften), aber es wird der diskursiven Gewalt ausgesetzt, seine Freiheit wird eine diskursiv bedingte Freiheit, und somit kann es auch nicht länger ein souveränes Subjekt sein. Im wesentlichen geht es Foucault dabei um zwei Überlegungen: Erstens befinden sich Bedeutungen und Sinn von Äußerungen bzw. von Artikulationen nicht in der völligen oder alleinigen Gewalt der Subjekte, weil sie sich relational jeweils in diskursiven Momenten herausbilden. Dies wurde in bezug auf die Autorfunktion bereits im zweiten Kapitel ausführlich diskutiert. Zweitens aber sind die Subjekte selbst in die Relationen des Diskurses eingeflochten: Diskurse stellen Individuen – und auch Gruppen – nur bestimmte Positionen zur

Verfügung, von denen aus sie als Subjekte sprechen und bestimmte Funktionen übernehmen können. Diese Subjektpositionen aber stehen in Abhängigkeit zueinander und zu den Formationen diskursiven Sinns. Individuen sprechen in verschiedenen diskursiven Kontexten von unterschiedlichen Subjektpositionen aus, weshalb das Subjekt nicht in seiner Einheitlichkeit, sondern im Zuge seiner Dispersion über diese verschiedenen Positionen Kontrast gewinnt. „Kurz gesagt“, schreibt Foucault in der *Archäologie*, „ich habe das Problem des Subjekts nicht ausschließen wollen, sondern die Positionen und Funktionen definieren wollen, die das Subjekt in der Verschiedenheit der Diskurse einnehmen konnte“ (Foucault 1997[1969]: 285).

Mit diesem Beharren auf der diskursiven Fundiertheit von Subjekten und ihrer notwendigen Dispersion in Subjektpositionen gehen drei Folgerungen *nicht* einher, die man dem Foucaultschen Subjektverständnis gerne vorhält: Erstens ist es nicht so, daß das diskursive Subjekt nichts „Neues“ artikulieren könnte, weil alles von den diskursiven Strukturen determiniert wäre. Aber es ist von dem immer schon etablierten Diskurs, im Rahmen dessen man artikuliert, abhängig, ob ein Subjekt im Zuge einer „neuen“ Artikulation zum Beispiel als Erfinder, Philosoph, Ketzer oder Freak auftritt (d.h. diese Subjektposition einnehmen kann). Zweitens geht – trotz der Formulierungen über das Ende des Menschen in *Die Ordnung der Dinge* – mit Foucaults Konzeptionierung des Subjekts keineswegs eine Leugnung menschlicher Individuen einher. Vielmehr ist es so, daß „ein einziges Individuum nach und nach in einer Folge von Äußerungen verschiedene Positionen und die Rolle verschiedener Subjekte einnehmen kann“ (Foucault 1997[1969]: 136); das Individuum bzw. das emergierende Subjekt ähnelt allen anderen diskursiven Elementen, insofern es erst Bedeutung erhält, indem es eine (Subjekt-)Position in Relation zum übrigen Geschehen einnimmt und so in Relation zum Artikulationsgeflecht Sinn produziert. Mit anderen Worten: Das bloße Individuum wäre positions- und funktions-, bedeutungs- und sinnlos; als solches ist es aber nur eine theoretische Größe. Empirische Individuen treten immer auf Subjektpositionen auf und sind damit diskursiv eingebundene und sinnhafte Individuen bzw. Subjekte (vgl. auch Bublitz et al. 1999: 13). Drittens ist es auch nicht Foucaults Bestreben, in Abrede zu stellen, daß Individuen den physischen Ausgangspunkt von Äußerungen oder Artikulationen bilden, sei es als Autor, als Sprecher oder in einer anderen Form – nur daß der Autor einer Formulierung eben weder substantiell noch funktional mit dem Subjekt einer Aussage identisch ist (vgl. Foucault 1997[1969]: 138). „Eine Formulierung als Aussage zu beschreiben besteht nicht darin, die Beziehungen zwischen dem Autor und dem, was er gesagt hat (oder hat sagen wollen oder, ohne es zu wollen, gesagt hat) zu analysieren; son-

dem darin, zu bestimmen, welche Position jedes Individuum einnehmen kann und muß, um ihr Subjekt zu sein“ (ebd.: 139).

Mit Foucault ist also das Diskursgeschehen keine abhängige Variable einer immer schon vorhandenen und daher grundlegenden Konstante (oder auch einer unabhängigen Variable) „Subjekt“ (vgl. auch Dreisholtkamp 1998: 397), vielmehr konstituiert sich das Subjekt überhaupt erst vor dem Hintergrund immer schon vorhandener Diskurse und im Zuge seiner diskursiven Aussagen bzw. Artikulationen. Ganz ähnlich argumentiert auch Louis Althusser, der allerdings die Subjektivierung als spezifische Eigenschaft des ideologischen Diskurses oder der Ideologie ausmacht. Mit der Relation zwischen ideologischem Diskurs und Subjekt/Subjektivierung setzte sich Althusser in seinem Aufsatz „Ideologie und ideologische Staatsapparate“ und in der postum unter dem Titel *Sur la reproduction* (Althusser 1995) erschienenen Langfassung dieses Aufsatzes auseinander. Althusser hebt dabei hervor, daß zwischen Subjekt und ideologischem Diskurs eine Beziehung *gegenseitiger Abhängigkeit* besteht. So existiert Ideologie nur in Subjekten, und gleichzeitig existieren alle konkreten Subjekte nur, insofern sie durch die Ideologie konstituiert werden (vgl. ebd.: 223). Kein Subjekt steht außerhalb des ideologischen Diskurses. Wo Cassirer in Anlehnung an aristotelisch-thomistische Vorbilder den Menschen als symbolisches Lebewesen konzeptioniert hatte (vgl. Cassirer 1960[1944]: 40, siehe auch 3.1), spricht Althusser, um den engen Zusammenhang zwischen Ideologie und Subjekt zu verdeutlichen, auch davon, daß „l'homme est par nature un animal idéologique“ (Althusser 1995: 223). Die gegenseitige Abhängigkeit von Ideologie und Subjekt beruht auf einem Vorgang, den Althusser „ideologische Anrufung“ nennt: Indem der ideologische Diskurs Individuen anruft, indem er ihnen qua Anrufung bestimmte Subjektpositionen und Subjektivitäten zur Verfügung stellt, „rekrutiert“ er sie als Subjekte (vgl. ebd.: 226). Die Trennung von „nicht subjektivierten“ Individuen (vor der Anrufung) und Subjekten, die in einer solchen Formulierung nahezuliegen scheint, weist Althusser jedoch in aller Entschiedenheit zurück und beharrt auf einer konkreten Gleichzeitigkeit: Es gibt keinen Ort und keine Zeit außerhalb des ideologischen Diskurses, an dem „bloße“, nicht subjektivierte Individuen existieren – konkrete Individuen sind immer schon auch konkrete Subjekte. Selbst dann, wenn sie noch nicht geboren sind, sind Kinder schon subjektiviert, das heißt sie sind dann bereits sinnhafte und nicht bloße Individuen (als Baby, als Thronfolger, als Bastard, als Junge, als Mädchen etc.). Somit ist die Kategorie des (nicht subjektivierten) Individuums eine rein abstrakte Kategorie (vgl. ebd.: 228). Wir können also mit Althusser drei zusammenhängende Punkte festhalten: Erstens treten Menschen, auch wenn die (körperliche) Existenz

als Individuum unabdingbare Bedingung der Subjektivität ist („bien qu'il n'y ait [...] de sujet que supporté par un individu concret“; ebd.: 226), immer als schon Subjektivierte, als Subjekte auf. Zweitens ist nach Althusser diese Subjektivierung ein Effekt der Ideologie oder des ideologischen Diskurses. Drittens aber existiert auch der ideologische Diskurs selbst nur durch und für die Subjekte (vgl. ebd.: 223), es besteht also eine Art Gleichursprünglichkeit von Diskurs und Subjekt.

Sowohl die Betrachtung des Subjekts bei Foucault als auch bei Althusser bestätigt also ein Diktum Jacques Lacans, nach dem es dem Strukturalismus⁸ nie um die Negation des Subjekts ging, sondern darum, die Abhängigkeit des Subjekts zu verdeutlichen (vgl. Lacan in einem Wortbeitrag in der Diskussion von Foucaults „Was ist ein Autor?“-Vortrag, abgedruckt in Foucault 2001[1969]: 1041). Die Diskurstheorie, die sicherlich im Strukturalismus einen ihrer Ahnen hat, beharrt in ähnlicher Weise lediglich darauf, daß es keinen Subjektivitätsraum geben kann, der vom Raum der Diskursivität abgeschottet ist (vgl. auch Link 1986: 6).

Dieses Postulat einer Abhängigkeit des Subjekts, die eben auf seiner Eingebundenheit in den Diskurs beruht, genügt jedoch, um gerade für die Politische Theorie in verschiedenster Hinsicht eine beunruhigende Wirkung zu erzielen, weil es der Intuition zu widersprechen scheint, daß sich „im unbefangenen Blick auf das politische Geschehen schon von selber zeigt, wie präsent und dominant Subjekte gerade hier agieren“ (Gerhardt 1987: 205); weil es, mit anderen Worten, den Status eines aktiv handelnden Subjekts sowie die für das politische Handeln zentralen Attribute der Freiheit, der Intentionalität und der Verantwortung in Frage zu stellen scheint (vgl. für verschiedene Aspekte dieser Kritik z.B. Gerhardt 1987; Hajer 1995: 52-55; Zima 2000). Wenn dabei Althusser feststellt, daß nicht nur Subjekte von Diskursen, sondern auch Diskurse von Subjekten abhängen, kann dies die Beunruhigung kaum mindern, weil dies die Diagnose, daß gerade Althusser „die Freiheit des individuellen Subjekts [...] auf undialektische Weise negier[e]“ (Zima 2000: 18), keineswegs nichtig werden läßt.

Man könnte den Kritikern nun antworten, daß jedes Subjekt, das sich als freies, intentionales und/oder verantwortliches Subjekt begreift, bereits einer ideologischen Anrufung im Sinne Althussters folge (dieses Argument findet sich z.B. bei Žižek 2001: 354) – aber dieses Argument

8 Sofern man denn den „archäologischen“ Foucault als Strukturalisten verstehen will: Er hatte zwar in der *Archäologie des Wissens* selbst mit diesem Etikett kokettiert (Foucault 1997[1969]: 21), es aber nahezu zeitgleich abgelehnt, seine Arbeiten als strukturalistisch zu bezeichnen, zum Beispiel in einem Interview mit Paolo Caruso (vgl. Foucault 2001[1967/69]: 772/73).

klingt doch zu sehr nach einem Ausweichmanöver. Die genannten Einwände sind zu grundlegend, zu ernst und zu hartnäckig, als daß man sie mit einem derartigen, nicht falsifizierbaren „Totschlagargument“ einfach beiseite schieben könnte. Geeigneter erscheint mir stattdessen folgende Entgegnung in zwei Schritten.

Zuerst möchte ich nochmals ein Argument bekräftigend reformulieren, welches sowohl von Foucault als auch von Althusser in der einen oder anderen Form vorgebracht wurde: Man muß dezidiert unterscheiden zwischen einem physischen Individuum einerseits und dem Subjekt einer Artikulation andererseits (vgl. zu dieser Unterscheidung auch Zima 2000: 8). Im zweiten Kapitel wurde ausführlich dargestellt, daß die Diskurstheorie keineswegs (wie manchmal etwas plump angenommen wird, vgl. z.B. Bhaskar in Bhaskar/Laclau 1998) radikal-konstruktivistisch davon ausgeht, es gebe keine Gegenständlichkeit jenseits des Diskurses; vielmehr ist es die grundlegende Überlegung der Diskurstheorie, daß die gegenständliche Welt erst dann, wenn sie artikuliert bzw. diskursiv differenziert wird, als sinnhafte objektive Welt erscheint. Analog hierzu konstituieren sich auch Subjekte als sinnhafte Individuen nur, weil sie wie alle diskursiven Elemente zu anderen diskursiven Elementen – auch zu anderen Subjekten! – in Relation treten (eine Schülerin ist Schülerin nur in Relation zum Schüler und zur Lehrerin, aber auch zum diskursiven Element „Belehrung“ etc.; Cicero ist Cicero nur in Relation zu Aristoteles, Verres, Catilina, aber auch zu den diskursiven Elementen „Philosophie“, „Republik“, „homo novus“, „Amt des Konsuls“ etc.; Ludwig Erhard ist Ludwig Erhard nur in Relation zu Franz Oppenheimer, Alfred Müller-Armack, Konrad Adenauer, aber auch zu den diskursiven Elementen „Reichswirtschaftsministerium“, „Währungsreform“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Amt des Bundeswirtschaftsministers“ etc.). Zwar ließe sich die Existenz physischer menschlicher Individuen als Diskurs-träger sicherlich als eine immanente Bedingung der Möglichkeit von Diskursen verstehen, in dem Sinne, daß, wie es Reiner Keller (1998: 40; 2001: 133) ausdrückt, Diskurse nicht für sich selbst sprechen (obwohl man vielleicht präziser sagen müßte, daß sie nicht aus sich selbst heraus sprechen). Ein bloßes physisches Individuum aber ist in der Tat, wie bereits Althusser formulierte, gleichzeitig eine bloße theoretische Größe, der wir in der Realität nie begegnen. Individuen erscheinen immer als mit Sinn versehene, differente und spezifische Individuen, und damit erst in Diskursen als Subjekte. Kurz: Beide, sowohl Diskurse als auch Subjekte, konstituieren sich in Abhängigkeit voneinander im Zuge von Artikulationen (als deren immanente Bedingung der Möglichkeit die Existenz physischer Individuen gelten mag). Diskurse halten Subjektpositionen als jene Orte bereit, an denen Individuen als Subjekte in den

Diskurs sinnhaft eintreten können, indem sie artikulieren; mit ihren Artikulationen erscheinen Subjekte aber nicht nur im Diskurs, sondern sie spinnen wiederum den Diskurs und dabei auch die Relationsnetze von Subjektpositionen fort, die wiederum als mögliche Orte der Subjektivierung angeboten werden. *Diskurse und Subjekte können somit als gleichursprünglich gelten.* Daß sich Individuen qua Subjektivierung wie diskursive Elemente verhalten, ist äußerst bedeutsam, denn nur so läßt sich erklären, daß sich zwischen ihnen – wie zwischen allen diskursiven Elementen – außer den Differenzbeziehungen auch Äquivalenz- und (antagonistische) Kontraritätsbeziehungen herausbilden (siehe hierzu 2.3), die genau genommen zwischen physischen „bloßen Individuen“ unmöglich sind: Letztere wären als „gleiche“ Individuen identisch (und nicht äquivalent) und würden somit aufhören, als differente Einheiten zu existieren; als „konträre“ Individuen wären sie reale Gegensätze, wobei zum Beispiel die räumliche Gegenwart des einen die Gegenwart des anderen verunmöglichen würde. Die diskursive Subjektivierung der Individuen aber gestattet auch Äquivalenz- und Kontraritätsbeziehungen, wodurch sowohl zentrale soziale und politische Mechanismen wie Repräsentation und institutionalisierter Konflikt als auch die Herausbildung politischer Hegemonien erst möglich werden (vgl. hierzu Laclau 1979: 176-181; Laclau/Mouffe 1985: 122-131).

Wenn sich Subjekte nur im Zuge von Artikulationen konstituieren, so heißt das auch, daß man sie als temporalisierte Subjekte denken muß, die durch Artikulationen immer eine kleine differentielle Verschiebung erfahren, weil sie sich in eine neue Relation eingebunden finden. Somit kann das Subjekt auf einer Zeitachse in der Tat über sehr verschiedene (aber auch recht ähnliche) Subjektpositionen verstreut sein, ohne daß sich deshalb der physische Träger des Diskurses – das Individuum, das immer nur als subjektiviertes Individuum auftritt – im Zuge dieser Verstreuerung jeweils grundlegend oder schlagartig verändern würde.⁹ Mithin entsteht Subjektivität immer aufs Neue als verstreute und diskursive Subjektivität; Positionen, die Subjekte als apriorisch konstituierte, in

9 Hierzu zwei Anmerkungen: Erstens ist die Physis selbst sicherlich nicht per se gegeben, sondern wird immer auch sinnhaft erfaßt, ohne daß dieses Problem hier ausführlich diskutiert werden könnte (vgl. hierzu ausführlich Butler 1999[1990]). Zweitens sind sehr viele politische Subjekte – um diese geht es hier ja vornehmlich – Gruppensubjekte (Parteien, Verbände, Institutionen etc.), bei denen sich das Problem der „Physis“ ohnehin in einer ganz anderen Weise stellt. Auch dieses Problem kann hier nicht eingehend erläutert werden, aber es wäre vielleicht denkbar, hier auf Statuten, Satzungen, Grundsatzprogramme und ähnlich langlebige Sinnformationen in Analogie zur Physis zu rekurren.

sich ruhende und einheitliche Konstanten konzeptionieren, die von außen in Diskurse intervenieren, sind nicht haltbar.¹⁰

In der Entgegnung auf die Kritiker der Foucaultschen und der Althusserischen Auffassung zur Stellung des Subjekts wurde nun in einem ersten Argumentationsschritt nochmals verdeutlicht, daß als Subjekt das sinnhaft verortete Individuum auftritt. Dieser Auftritt wird dadurch er-

10 Insofern muß auch die von Gramsci vorgenommene Unterscheidung in Hauptgruppen und untergeordnete Gruppen – ebenso wie die ökonomische Fundierung dieser Kategorien – kritisch betrachtet werden. Denn Gramsci bindet den Status des hegemonialen Subjekts, das heißt des Subjekts, das Verbündete um sich schart, wie auch des „hegemonialisierten“ Subjekts, das heißt des Subjekts, das zum Verbündeten wird, an eine der hegemonialen Praxis vorgängige und objektiv (durch eine ökonomische Produktionsweise) gegebene Position. Er bleibt auf diese Art und Weise dem marxistischen Ökonomismus, obwohl er ihn kritisiert, letztlich doch verbunden, weil die Subjekte nach Gramsci – wie nach Engels – „in letzter Instanz“ maßgeblich durch das Ökonomische determiniert bleiben (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 69). Diese letztinstanzliche Verwurzelung des Gramscianischen Hegemoniebegriffs im Ökonomischen wurde auch von Chantal Mouffe zunächst verteidigt (Mouffe 1979b), ehe sie später (an der genannten Passage, Laclau/Mouffe 1985: 69) zum Gegenstand einer Gramsci-Kritik wurde. Die ökonomische Determinierung engt zum einen die analytische Anwendbarkeit des Hegemoniebegriffs ein: Indem Gramsci verschiedene Hauptgruppen – allen voran Bourgeoisie und Proletariat – als mögliche hegemoniale Subjekte konzeptioniert, öffnet er das Konzept der Hegemonie, das ja ursprünglich nur für eine proletarische Strategie gebraucht wurde, ein Stück weit für eine formale Verwendung. Indem jedoch die Subjektivitäten der in der hegemonialen Praxis artikulierenden Individuen an eine bestimmte prädiskursive Struktur – die ökonomische – gebunden werden, wird die Anwendbarkeit der Begrifflichkeit der Hegemonie für einen Großteil politischer Diskurse ausgeschlossen, zum Beispiel all jener Diskurse, in denen Individuen aufgrund ihres Alters, ihrer familiären Position (als Eltern, Kinder etc.), ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Ethnizität, aber auch als Immobilienbesitzer, als Autofahrer, als Raucher usw. subjektiviert werden. Zum anderen aber steht es eben vor allem in einem fundamentalen Gegensatz dazu, daß sich Subjekte immer erst durch die Einnahme bestimmter Subjektpositionen – also auch diejenigen der „Hauptgruppe“ und des „untergeordneten Verbündeten“ – konstituieren. Aufgrund der konstitutiven Unabgeschlossenheit des diskursiven und damit des sozialen Raums (vgl. auch Laclau 1990: 89-92) läßt sich vor dem Stattfinden diskursiver Ereignisse weder in grundsätzlicher Weise absehen, welche Arten von Subjektpositionen zur Verfügung stehen (eine Hegemonie erfordert nicht unbedingt ein hegemoniales Subjekt!), noch, welche Art von Subjekten im Zuge hegemonialer Praxis auftreten (Klassen, Parteien, Verbände, Ad-hoc-Interessengruppen, oder sogar Individuen), noch, aufgrund welcher Artikulationsmuster es zur diskursiven Konstituierung von Gruppensubjekten kommt (daß Gramsci ökonomische Artikulationsmuster betont, ist sicher seiner Verortung im marxistischen Diskurs geschuldet).

möglichst, daß Diskurse Subjektpositionen bereithalten, über die sich Individuen in sie „einklinken“ können. In Abhängigkeit vom diskursiven Kontext können Individuen dabei mehrere unterschiedliche Positionen einnehmen und ähneln daher insofern diskursiven Elementen, deren spezifischer Sinn ja ebenfalls variabel und kontextabhängig ist. Anhand eines zweiten Argumentationsschrittes kann nun gezeigt werden, daß dieses im Diskurs fundierte Subjektverständnis – entgegen den Befürchtungen der Kritiker – der Freiheit des Subjekts nicht entgegensteht. Der Grund hierfür wird offensichtlich, wenn man sich vor Augen hält, daß Subjektpositionen in einer zweifachen Relation zu diskursiven Artikulation stehen. Zum einen (re-)artikuliert der Strom von Artikulationen, mithin der Diskurs, kontinuierlich verschiedene Subjektpositionen und deren Verhältnis zueinander; damit geht häufig auch eine Zuordnung von Individuen oder Gruppen auf bestimmte Subjektpositionen einher (etwa wenn Sozialdemokraten als „vaterlandslose Gesellen“ artikuliert werden). Zum anderen aber sind es die von den diskurstragenden Individuen bewerkstelligten *Akte der Artikulation*, mit denen diese an bestimmten Positionen in den Diskurs eintreten und ihn wiederum fort-schreiben (oder -sprechen). Es muß dabei keineswegs so sein, daß emergierende Subjekte und Artikulationen einander zugerechnet werden können (Orte der Verantwortung für Artikulationen werden diskursiv generiert). Auf dieser Stufe des Arguments geht es vielmehr um Aggregatsgrößen: Subjekte – oder um genauer zu sein: Individuen, die aber immer schon als Subjekte in Erscheinung treten und Teil eines fortwährenden Subjektivierungsprozesses sind – performieren Akte der Artikulation und halten damit Diskurse in Bewegung. Mit dem Moment des artikulatorischen Aktes verbinden sich also der (teil-)aktive Status und die Freiheit des Subjekts.¹¹ Allerdings muß man den Grund, die Art und die Konsequenzen dieser Freiheit sehr sorgfältig und differenziert betrachten.

Zunächst zum Grund der Freiheit des Subjekts: Einerseits kann sie nicht aus einem reinen, vom Diskurs unberührten Raum des Ich herrühren, weil das Subjekt, wie eben dargestellt, immer Teil des Diskurses

11 Ich konzentriere mich hier auf die Frage der Freiheit und diskutiere die Problematiken der Intentionalität und der Verantwortung nicht explizit. Dies läßt sich aus diskurstheoretischer Sicht in bezug auf die Intentionalität damit begründen, daß Intentionen immer in Relation zur sinnhaften Welt entworfen werden und damit fraglos dem Diskurs entstammen und diskursiv artikuliert werden müssen. In bezug auf die Verantwortung läßt sich zum einen argumentieren, daß sie auf Freiheit beruht, daß ihr aber zum anderen immer eine diskursive Artikulationssequenz, die einen bestimmten zu verantwortenden Sinnzusammenhang generiert, zugrunde liegt.

ist.¹² Andererseits ist der Akt der Artikulation, dieser Moment der Freiheit, nicht nur von Strukturalität, sondern immer auch von Ereignishaftigkeit und Kontingenz gekennzeichnet (siehe 2.1.3) und baut daher nicht zur Gänze auf dem im Diskurs bereits Vorhandenen auf. Der Ort des Subjekts scheint daher paradoxerweise gleichzeitig innerhalb und außerhalb des Diskurses zu liegen – und seine Freiheit gleichzeitig vom Diskurs auszugehen und auch nicht. Ernesto Laclau nähert sich diesem Paradox unter Verweis auf die konstitutiv mangelhafte Natur des Diskurses. Wie ausgeführt, kann ein Diskurs nur in Bewegung sein, wenn seine Grenzen unsicher sind und damit die relationale Identität der diskursiven Elemente nicht völlig fixiert ist. Die kleinsten Einheiten von Diskursen, die Artikulationen, hängen davon ab, daß die diskursiven Strukturen niemals endgültig etabliert und völlig fixiert sind – völlig fixe Differenzen ließen sich nicht artikulatorisch verschieben und es käme kein Diskurs zustande. Diese Bedingung der Möglichkeit von Diskursen bringt es zwangsläufig mit sich, daß kein diskursives Element jemals völlig determiniert und daß kein Diskurs jemals „vollständig“ etabliert werden kann. Weil also ein Diskurs, um überhaupt zu existieren, nie ganz „bei sich“, niemals mit sich identisch sein kann, spricht Laclau in diesem Zusammenhang von einem konstitutiven Mangel von Diskursen und gibt diesem Mangel den Namen der Dislozierung.¹³ Der konstitutive Mangel des Diskurses ist der Grund der Freiheit, er bildet den Ort des (freien) Subjekts (vgl. z.B. Laclau 1990: 210; Laclau/Zac 1994: 27), das damit in der Tat durch seine Anwesenheit als Mangel gleichzeitig im Diskurs und nicht im Diskurs steht. Mit Hannelore Bublitz, die jedoch eher an Foucault anschließt, könnte man in ganz ähnlicher Weise formulieren, daß „[d]ie Unabgeschlossenheit und Diskontinuität diskursiver Prozesse [...] das Subjekt als handelndes, das von Diskursen durchdrungen wird, wieder ein[setzt]“ (Bublitz 2001: 255).

Die folgende Erläuterung verdeutlicht diesen Punkt und legt zugleich die besondere Art der Freiheit des Subjekts dar: Der Diskurs ist aufgrund seiner Dislozierung offen für das Ereignis und damit für Kontingenz – eben weil die diskursive Strukturalität nicht ungebrochen ist, wodurch wiederum offensichtlich ist, daß kein diskursives Element notwendigerweise in genau der Weise artikuliert werden muß, in der es ar-

12 Damit fügt das freie Subjekt dem Diskurs auch nichts hinzu, was im strengen Sinne vormals nicht-diskursiv gewesen wäre, also einer völlig separierten anderen, nicht-diskursiven Sphäre entstammen würde.

13 Vgl. zum Begriff der Dislozierung v.a. den Aufsatz „New Reflections on the Revolution of Our Time“ im gleichnamigen Band (Laclau 1990: 3-85); vgl. für eine kurze Zusammenfassung des Theorems der Dislozierung auch Laclau (1996b: 54).

tikuliert wird. „[D]islocation is the trace of contingency within the structure“, wie es Laclau (1996b: 54) formuliert. Die Struktur des Diskurses weist sozusagen immer wieder Brüche und Lücken auf, aber nicht nur das – darüber hinaus geht aus der Struktur nicht hervor, auf welche Weise die Lücken mit der nächsten Artikulation zu überbrücken wären. Insbesondere offerieren Diskurse immer wieder konkurrierende und widersprüchliche Subjektpositionen. Und doch ist es in sozialen diskursiven Zusammenhängen unausweichlich, daß es immer wieder aufs Neue zur nächsten Artikulation und zur nächsten Rekrutierung als Subjekt kommt. In Anlehnung an die Begrifflichkeit des Denkens der Dekonstruktion kann man hier von einer Situation der Unentscheidbarkeit sprechen, die als solche gleichwohl immer eine „unmögliche Entscheidung“ einfordert.¹⁴ Allerdings: Es handelt sich zwar um eine grundlegende, ja eine radikale Unentscheidbarkeit, nicht aber (oder fast nie) um eine allumfassende Unentscheidbarkeit in dem Sinne, daß *völlig* offen wäre, wie eine Entscheidung ausfallen könnte – denn jede Entscheidung findet ja in einem diskursiven Kontext statt. Die Relation zwischen Unentscheidbarkeit und Diskurs beruht demnach auf Gegenseitigkeit: Unentscheidbarkeit macht sich in den diskursiven Strukturen bemerkbar, gleichzeitig aber wirken letztere auf Situationen der Unentscheidbarkeit zurück und limitieren sie auf einen jeweils kleinen diskursiven Raum (vgl. Laclau 1996b: 57). Typisch hierfür ist jede Situation, in der zwar bestimmte Alternativen gleichwertig erscheinen und keine diskursiv etablierte Regel zur Auswahl existiert (Situation der Unentscheidbarkeit), in der aber gleichzeitig eben genau diese bestimmten Alternativen die Unentscheidbarkeit ausmachen und keine anderen (Beschränkung der Unentscheidbarkeit durch die diskursiven Strukturen). Maßgeblich in unserem Zusammenhang ist nun jedoch – völlig unabhängig von der Frage, inwieweit die Unentscheidbarkeit eine begrenzte ist oder nicht –, daß in Situationen der Unentscheidbarkeit nichtsdestotrotz Entscheidungen erforderlich sind. Dabei offenbart sich eine eigen-

14 Besonders prominent ist die Begrifflichkeit der Unentscheidbarkeit in Jacques Derridas *Gesetzeskraft*, wo er sie im Zusammenhang rechtsphilosophischer Überlegungen verdeutlicht: „Das Unentscheidbare ist nicht einfach das Schwanken oder die Spannung zwischen zwei Entscheidungen, es ist die Erfahrung dessen, was dem Berechenbaren, der Regel nicht zugeordnet werden kann, weil es ihnen fremd ist und ihnen gegenüber ungleichartig bleibt, was dennoch aber – dies ist eine Pflicht – der unmöglichen Entscheidung sich ausliefern und das Recht und die Regel berücksichtigen muß. Eine Entscheidung, die sich nicht der Prüfung des Unentscheidbaren unterziehen würde, wäre keine freie Entscheidung, sie wäre eine programmierbare Anwendung oder ein berechenbares Vorgehen“ (Derrida 1996[1990]: 49/50).

tümliche Distanz zwischen Unentscheidbarkeit auf der einen und notwendiger Entscheidung auf der anderen Seite. Es ist diese eigentümliche Distanz, die den Auftritt eines Subjekts hervorruft, welches sich konstituiert, indem es die Distanz, den Bruch im Diskurs immer aufs Neue und in letztlich nie befriedigender Weise überbrückt (vgl. Laclau 1990: 30; Laclau 1996a: 92). Die vom Individuum – oder auch einer Gruppe – getroffene Entscheidung, die im artikulatorischen Akt zum Ausdruck kommt, steht in doppelter Beziehung zum Subjekt: In dem Moment, in dem Individuen/Gruppen eine Entscheidung treffen, sind sie selbst immer schon Subjekte. Zum einen also fallen Individuen Entscheidungen als Subjekte, indem sie in Situationen der Unentscheidbarkeit in dieser und nicht in jener Weise artikulieren, wodurch sie diese und nicht jene Subjektposition einnehmen. Zum anderen aber ist mit jeder Entscheidung auch die Rekonstituierung des Subjekts, seine Neuwerdung, verbunden, das heißt das Subjekt entsteht – in einem nie abgeschlossenen Prozeß immer wieder aufs Neue – an der Lücke zwischen Unentscheidbarkeit und Entscheidung. Somit können wir die Art der Freiheit des diskursiven Subjekts wenigstens grob auf den Punkt bringen: Die Freiheit, die das diskursive Subjekt gleichzeitig konstituiert und auszeichnet, ist die Freiheit zur Entscheidung angesichts strukturell-diskursiver Unentscheidbarkeit.

Diskursiv spiegelt sich die Notwendigkeit zur Entscheidung in der Notwendigkeit, zu einer bestimmten Zeit eine bestimmte (und keine andere) Artikulation vorzunehmen, auch wenn die Artikulation in dieser bestimmten Form nicht notwendig ist. Anders ausgedrückt: Zum einen kann keine Artikulation – auch keine Artikulation, die „Neues“ artikuliert – ohne Bezug zu existierenden Diskursen stattfinden, denn Artikulationen als Akte der differenzbasierten Sinngenerierung oder Sinnfortschreibung benötigen zum Zwecke der Differenzierung ein jeweils bereits Vorhandenes. Zum anderen ist diese Notwendigkeit des Bezugs zu Vorhandenem keineswegs deckungsgleich mit der Notwendigkeit eines *bestimmten* Bezugs. Die Notwendigkeit zur Entscheidung (zu *einer* Entscheidung) geht zwar aus der Struktur des Diskurses – oder vielmehr aus seinem Mangel an Struktur – hervor, nicht aber die Notwendigkeit zu einer bestimmten Entscheidung. Dies läßt sich in bezug auf politische Diskurse folgendermaßen veranschaulichen: Das imaginäre Allgemeine, das ja den spezifischen Mangel politischer Diskurse darstellt, induziert zwar notwendigerweise das Begehren, den Mangel zu beheben und uns immer wieder aufs Neue qua Artikulation um diskursive Anfüllung zu bemühen, aber es gibt uns weder eine konkrete Entscheidung noch eine Entscheidungsregel vor, entsprechend derer dieser Prozeß vonstatten zu gehen habe. Diskursive Strukturen sind auch insofern offene Strukturen

(Strukturen, die von Kontingenz und Unentscheidbarkeit affiziert sind), als sie nicht zum Bezug auf *einen bestimmten* Diskurs zwingen, um einen anderen Diskurs zu rechtfertigen. Die Feststellung, daß Artikulationen in politischen Diskursen ebenso auf verschiedene Formationen religiöser wie philosophischer, technischer wie ökonomischer Diskurse rekurrieren, um das Allgemeine zu signifizieren, ist beinahe banal. Daß jedoch keiner dieser Bezüge unbedingt notwendig, daß sie alle möglich und tatsächlich hergestellt worden sind, mag die unaufhebbare Unentscheidbarkeit, die in Diskursen immer wieder zum Vorschein kommt, verdeutlichen. Dabei können verschiedene Artikulationen durchaus dazu führen, daß sich in einem Individuum verschiedene und auch gegensätzliche Diskurse kreuzen, so daß es in Relation zu verschiedenen Diskursen verschiedene (und auch gegensätzliche) Subjektpositionen einnimmt. Einfach gesagt: Menschen können zugleich innerhalb bestimmter Diskurse rational und innerhalb anderer abergläubisch sein, auch wenn beide Subjektpositionen immer wieder Reibungspunkte aufweisen. Daß damit das Subjekt artikulatorisch verstreut und nicht einheitlich in Erscheinung tritt, bildet keinen Widerspruch zur Freiheit seiner Artikulation.

Die Unabgeschlossenheit der diskursiven Struktur, die die Entscheidung des Subjekts einfordert und damit seine Freiheit konstituiert, hat nun zwei Konsequenzen, eine für das einzelne Subjekt und eine für das Verhältnis mehrerer Subjekte untereinander (bei letzterem handelt es sich um ein Verhältnis, das sich aufgrund der Entscheidungsfreiheit als ein politisches Verhältnis entwickeln kann). Betrachten wir zunächst die Konsequenz für das einzelne Subjekt: Als diskursives Element hat es Anteil an der Unabgeschlossenheit der diskursiven Struktur, es ist also niemals in völliger Positivität gegeben, sondern gleichfalls von Mangel gekennzeichnet. Dies erlaubt einerseits seine Freiheit, weil die Struktur, in die es eingebunden ist, eine unvollkommene Struktur ist, und als solche das Subjekt nicht determinieren kann. Andererseits aber ist der Mangel immer auch gleichbedeutend mit einem Mangel an struktureller Identität (was mit einem Mangel an subjektiver Sinnhaftigkeit gleichzusetzen ist) bzw. mit einer immer schon und immer wieder *gescheiterten* strukturellen Identität (vgl. Laclau 1990: 43/44). Diesem kontinuierlichen Scheitern von Identität setzt das Subjekt kontinuierliche Akte der Identifikation entgegen, durch die es sich in die Differenzen und Relationen der Sinnwelt einfügt – diese Akte sind nichts anderes als Artikulationen.¹⁵ Mit seinen artikulatorischen Entscheidungen arbeitet das

15 Die Figur eines Mangels, der das Subjekt und sein Begehren konstituiert, schließt vor allem an Jacques Lacans Fortentwicklung der Freudschen Psychoanalyse (z.B. in Lacan 1991[1966]) an; einige der diesbezüglich

Subjekt also nicht nur unaufhörlich an der Überbrückung der Lücken der Unentscheidbarkeit, sondern es vollzieht auch Identifikationsakte. Wenn etwa die SPD (als ein politisches Gruppensubjekt) den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“, den sie in offiziellen Parteipublikationen bis einschließlich des Berliner Grundsatzprogramms von 1989 gemieden hatte, im Lauf der 1990er Jahre immer wieder in Relation zur eigenen Programmatik artikuliert, verschiebt sich damit nicht nur der Sinn der „Sozialen Marktwirtschaft“, die nun nicht nur als von allen großen politischen Kräften akzeptierte, sondern als von allen offensiv vertretene Bezeichnung der deutschen Wirtschaftsordnung gelten kann; es findet auch ein Identifikationsakt des Artikulators statt, so daß das diskursive (sinnhafte) Subjekt SPD mit der Artikulation nicht mehr dasselbe ist wie vorher. Man könnte vielleicht auch formulieren, daß das Subjekt zu einem bestimmten Zeitpunkt immer die flüchtige historische Summe seiner Entscheidungen ist – und damit, wie mittlerweile mehrfach gezeigt wurde, eine zeitlich mobile Größe und kein Gegebenes. Subjekte *sind* nie (in dem Sinn, daß sie nie *vollständig* konstituiert, nie *vollständig* mit sich selbst identisch sind), sie sind immer im Werden. Ernesto Laclau ordnet diese erste Konsequenz der Freiheit des Subjekts – die kontinuierliche Identifikation – folgendermaßen in den Gesamtzusammenhang der Konstituierung diskursiver Subjekte ein:

[The structure of discourse] is inhabited by an original lack, by a radical undecidability that needs to be constantly superseded by acts of decision. These acts are precisely what constitutes the *subject*, who can only exist as a will

grundlegenden Überlegungen wurden auch hier in Kapitel 3.2 erörtert. Nicht nur Laclau war und ist bemüht, einen diskurstheoretischen Rahmen mit an Lacan orientierten, subjekttheoretischen Überlegungen zu verbinden. So fordert z.B. auch Philipp Sarasin (2001: 70/71), man möge angesichts der Foucaultschen Subjektvergessenheit auf Lacan und seine Überlegungen zum konstitutiven Mangel des Subjekts zurückgreifen. Aber vor allem Slavoj Žižek rekurriert auf Lacan – auch in seiner Diskussion der Theorien Laclaus. Dabei kritisiert er an den Laclauschen Überlegungen vor allem, daß sie das Subjekt im wesentlichen in der positiven Geste der Subjektivierung (einem kontingenten Akt der Entscheidung) auszumachen scheinen, während das Subjekt letztlich auch und vor allem in der negativen Geste des Ausbruchs aus den Zwängen des (diskursiven) Seins läge, denn diese negative Geste eröffne erst Räume möglicher Subjektivierung (vgl. Žižek 2001: 217-219, 248-251). Lacans Punkt ist nach Žižek „nicht der, daß das Subjekt in die ontologische Struktur des Universums als dessen konstitutive Leere eingeschrieben ist, sondern *das ‚Subjekt‘ bezeichnet die Kontingenz eines Akts, der gerade die ontologische Seinsordnung aufrechterhält*. Das ‚Subjekt‘ reißt kein Loch in die volle Seinsordnung: ‚Subjekt‘ ist die kontingent-exzessive Geste, die die eigentliche universale Seinsordnung konstituiert“ (ebd.: 219, Hervorhebung im Original).

transcending the structure. Because this will has no place of constitution external to the structure but is the result of the failure of the structure to constitute itself, it can be formed only through acts of identification. If I need to identify with something it is because I do not have a full identity in the first place. These acts of identification can only be thought of as the result of the lack within the structure and have the permanent trace of the lack (Laclau 1996a: 92).

In Ergänzung zu Laclau gilt es nun allerdings meines Erachtens hervorzuheben, daß die Temporalität und Kontextualität des Subjektes nicht nur ein in sich ruhendes, mit sich selbst identisches Subjekt verunmöglichen, sondern gleichzeitig einen Anhaltspunkt dafür liefern, daß man das Subjekt (und nicht nur das physische Individuum) in einer bestimmten – zeitlich instabilen – Hinsicht auch als Grundlage diskursiver Entwicklungen betrachten kann (eine „wacklige“ Grundlage, kein Ursprung im engeren Sinne). Denn wenn es so ist, daß Subjektivität maßgeblich ein Effekt von Entscheidungen angesichts diskursiver Unentscheidbarkeit ist, dann ist angesichts der zeitlichen Reihung von Entscheidungen auch klar, daß zum Zeitpunkt *t* vor jeder einzelnen Entscheidung immer schon eine bestimmte Subjektivität $S(t)$ existiert, auch wenn diese Subjektivität über sehr verschiedene, diskursiv zur Verfügung gestellte Subjektpositionen verstreut und nie zur Gänze etabliert ist. Als solche bildet sie immer einen Bestandteil des für ein Subjekt spezifischen diskursiven Kontexts und kann Lücken der Unentscheidbarkeit verkleinern (wie oben ausgeführt ist Unentscheidbarkeit niemals völlige Unentscheidbarkeit, sondern als solche immer von den diskursiven Strukturen affiziert), d.h. unter Umständen die Zahl und die Art der gleichwertigen Alternativen strukturieren, oder aber auch diese Lücken für bestimmte Subjekte erst gar nicht entstehen lassen (diskursiv etablierte Regeln, welche Lücken der Unentscheidbarkeit gar nicht erst aufkommen lassen, können für bestimmte Subjekte existieren, für andere aber nicht). Damit kann das Subjekt in einem gewissen Sinne durchaus als einzigartiges und als reflexives Subjekt gedacht werden; und zwar insofern, als die Entwicklung seiner Entscheidungen in der Vergangenheit immer einen Teil – dies ist wichtig: nur einen Teil! – des spezifischen Kontexts seiner weiteren Artikulationen und Entscheidungen ausmacht. Kontextualität und Temporalität verhindern also zwar zum einen, daß das Subjekt als diskursexterner, fixer Ankerpunkt begriffen werden kann; zum anderen aber gestatten sie auch eine relative Stabilisierung der Subjektivität, weil jeweils das „vergangene Subjekt“ zu einem Teil des Kontexts des gegenwärtigen und des in die Zukunft projizierten Subjekts wird. Auch weil sie reflexiv sind, d.h. weil sie immer

eine Entscheidung für die Einnahme und Fortschreibung von bestimmten Subjektpositionen und die Aufgabe von anderen Subjektpositionen mit sich bringen, können Entscheidungen für diese oder jene Artikulation als ein Zeichen subjektiver Freiheit gelten. Dies beseitigt nicht die Kontingenz, die die Entscheidung für Subjektpositionen genauso durchdringt wie alle anderen Entscheidungen. Aber es verdeutlicht, daß Subjektivität, die immer diskursiv fundiert ist, deswegen nicht im völlig leeren Raum schwebt, daß sie im Gegenteil immer – durch Fortschreibung oder Ablehnung – an schon vorhandene Subjektivität anschließt, was vielleicht erklären mag, daß wir es zwar mit verstreuten und verzeitlichten, aber doch relativ stabilen Subjektivitäten zu tun haben.

Die zweite Konsequenz der subjektiven Freiheit betrifft das Verhältnis mehrerer Subjekte zueinander. Diese Konsequenz folgt daraus, daß nicht nur ein, sondern alle Subjekte grundsätzlich an der diskursiven Freiheit Anteil haben.¹⁶ Es ist offensichtlich, daß in einer derartigen Konstellation verschiedene Subjekte ihre diskursiven Artikulationen unter Bezug auf verschiedene Diskurse und unter Einnahme verschiedener Subjektpositionen rechtfertigen können und so jeweils in einer kohärenten diskursiven Struktur bleiben, ohne daß diese dem jeweils Anderen als kohärente Struktur erscheinen muß. Angesichts der Tatsache, daß Unentscheidbarkeiten sich durch die Unmöglichkeit der Angabe letzter (auch intersubjektiv etablierter) Gründe auszeichnen, kann man sie und die verschiedenen Entscheidungen, die sie auslösen, auch als Basis gesellschaftlicher Konflikte ausmachen. Und schließlich folgt aus der Möglichkeit, daß unterschiedliche Mengen von Subjekten diese oder jene Entscheidung fällen, daß der Raum des Diskursiven nicht nur durch Differenzen, sondern – infolge von Äquivalenzrelationen – durch „ungleichgewichtige“ Differenzen strukturiert sein kann, was eine entscheidende Voraussetzung für die Herausbildung von Hegemonien darstellt.

Ich möchte die nun angestellten grundlegenden Überlegungen zum Verhältnis von Subjekt und Diskurs mit einem Caveat schließen: Auch wenn wir nun für die Freiheit des Subjekts im Diskurs, deren Grund, Art und Konsequenzen eben betrachtet wurden, ein nicht unbeträchtliches Potential ausgemacht haben, so darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Subjekt weiterhin als eng in das Relationsnetz des Diskurses eingeflochtenes Subjekt zu begreifen ist. In keiner Weise ist es „eine

16 Dies gilt in der Tat nur grundsätzlich und nicht unbedingt oder in jedem Fall, weil die Unentscheidbarkeit, wie oben skizziert, selbst immer von diskursiver Strukturiertheit affiziert ist, und weil diese Strukturen zum Beispiel bewirken können, daß manche Situationen der Unentscheidbarkeit nur bestimmte Subjekte betreffen oder daß bestimmten Subjekten mehr gleichwertige Entscheidungsmöglichkeiten offenstehen als anderen.

Größe, die Beziehungen ermöglicht, ohne selbst Beziehung zu sein“ (Gerhardt 1987: 203) – nur ist es nicht durch das Geflecht der Beziehungen determiniert, weil wir es mit einem unvollkommenen Geflecht zu tun haben. Auch wenn das Subjekt mit seinen artikulatorischen Entscheidungen die Lücken der Unentscheidbarkeit im Diskurs überbrückt, so werden diese Lücken nie endgültig geschlossen, insbesondere weil verschiedene Subjekte die diskursiven Lücken durch verschiedene, auch durch konträre Artikulationen überbrücken können. Auch ist zu bedenken, daß sich das Subjekt in seiner Sinnhaftigkeit mit jeder Artikulation einer Verschiebung aussetzt. Weil das Subjekt selbst von Relationalität und Temporalität durchdrungen ist, weil es selbst immer auch diskursives Element ist, existiert keine unverrückbare subjektive *dea ex machina*, die als grundgelegtes *subiectum* jene Schließung des Diskurses bewältigen könnte, deren grundsätzliche Unmöglichkeit wir bereits in den vorangegangenen Kapiteln festgestellt hatten.

4.4.2 Politische Subjekte

Subjekte konstituieren sich also nur in Diskursen, sind aber als diskursive Subjekte stets von einem Mangel gekennzeichnet, der eine Konstituierung als vollständiges, abgeschlossenes Subjekt verhindert. Fragt man nun nach der Besonderheit *politischer* Subjektivität, so liegt der Grund für diese Besonderheit in der Besonderheit des Mangels, der politische Diskurse kennzeichnet, nämlich des Mangels an Allgemeinem. Mit anderen Worten: Der spezifische Mangel des Subjekts als politisches Subjekt besteht in der Unmöglichkeit der Teilhabe am imaginären Allgemeinen, weil dieses symbolisch letztlich niemals greifbar ist.

Im Rahmen hegemonialer Praxis ist die bipolare Zuspitzung verschiedener Konflikte zu Antagonismen typisch. Hierbei unterliegen auch die diskursiven Subjektpositionen der Zweiteilung des diskursiven Raums, das heißt es bilden sich einerseits Äquivalenzketten von Subjektpositionen, die der Realisierung des Allgemeinen zugeordnet werden, und andererseits Äquivalenzketten von Subjekten, die als „Verhinderer“ des Allgemeinen artikuliert werden. Im Rahmen hegemonialer Praxis bildet ein politisches Subjekt somit eine Drei-Ebenen-Beziehung zu anderen (ebenfalls politischen) Subjekten aus (zu den Beziehungstypen siehe 2.3): Zum einen steht es in einer Differenzbeziehung zu allen anderen Subjekten; zum zweiten steht es insofern in einer Äquivalenzbeziehung (die die Differenzbeziehung überformt) zu allen anderen, von einem Diskurs betroffenen Subjekten, als sie alle gemeinsam auf das imaginäre Allgemeine dieses Diskurses ausgerichtet sind; zum dritten steht es in einer weiteren Äquivalenzbeziehung zu jenen vom Dis-

kurs Betroffenen, die eine ähnliche Entscheidung hinsichtlich der Symbolisierung des imaginären Allgemeinen getroffen haben, und gleichzeitig in einer antagonistischen (Kontraritäts-)Beziehung zu jenen vom Diskurs Betroffenen, die eine andere derartige Entscheidung getroffen haben. Auf das genaue Funktionieren dieser Beziehungen kommt es an dieser Stelle nicht an (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 5); entscheidend ist aber, daß sich politische und insbesondere politisch-hegemoniale Diskurse dadurch auszeichnen, daß die sich in ihnen konstituierenden Subjekte in derartig strukturierte, komplexe diskursiv-subjektive Beziehungsnetze eingebunden sind. Mit anderen Worten: Während Subjekte in allen Diskursen (auch in wissenschaftlichen, ökonomischen, religiösen, Liebesdiskursen etc.) zu zahlreichen diskursiven Elementen und auch zu anderen Subjekten in Beziehung treten, sind Beziehungen zu anderen Subjekten in politischen Diskursen quantitativ und qualitativ privilegiert, weil aufgrund des Bezugs zum Allgemeinen stets zu *allen* anderen Subjekten eine Beziehung besteht und weil diese Beziehung komplex geschichtet ist. Zwar spielt der Bezug zu nicht-subjektiven diskursiven Elementen in politischen Diskursen stets eine Rolle (als „Sachebene“ der Politik), aber weil der Bezug zum Allgemeinen aller diskursiven Subjekte hergestellt wird und weil der Konflikt um die Symbolisierung dieses Allgemeinen ebenfalls notwendigerweise auf andere Subjekte Bezug nimmt, können in politischen Diskursen die intersubjektiv-diskursiven Relationen als vorrangig in dem Sinn gelten, daß die antagonistische Interaktion artikulierender Subjekte einen politischen Diskurs grundlegend strukturiert.

4.4.3 Anmerkung zur Terminologie: Politisches Subjekt oder politischer Akteur?

Die eben ausgeführten Überlegungen zum Verhältnis von Subjekt und Diskurs geben einen grundlegenden Einblick in die ambivalente Rolle der politisch-diskursiv Handelnden bei der Etablierung von Hegemonien. En passant machen uns diese Überlegungen jedoch auch auf terminologische Probleme aufmerksam, die mit der Annäherung von Diskurswissenschaft und Politischer Wissenschaft einhergehen, denn die Konzeptionen und das Vokabular der Diskurstheorie weisen keine unmittelbare Anschlußfähigkeit zu den verbreiteten Theoretisierungen des politischen Prozesses – und deren Konzeptionen und Vokabular – auf.

Gerade hinsichtlich des diskursiven Subjekts besteht offensichtlich die Notwendigkeit einer terminologischen Klärung, denn die Sozialwissenschaft im allgemeinen, besonders aber die Politische Wissenschaft spricht, wenn sie sich auf die an gesellschaftlichen oder politischen Pro-

zessen Beteiligten bezieht, üblicherweise nicht von Subjekten, sondern von Akteuren. Dies gilt vor allem in jenen Fällen, in denen es um Sachverhalte geht, die dem der Etablierung und Verteidigung von Hegemonien ähneln, wie zum Beispiel der politischen Steuerung oder dem Prozeß der Durchsetzung und/oder Aufrechterhaltung bestimmter materieller Politiken, die durch die Theorien des organisierten Interesses, aber vor allem durch die Theoretisierung des Policy-Prozesses thematisiert werden. Dabei ist nach geläufiger Handbuchauffassung ein Akteur „in der Politik eine an politischen Entscheidungen handelnd beteiligte Person (individueller Akteur) oder Organisation (kollektiver Akteur)“ (Schubert 1998: 29). Vergleichbar der Weise, in der das problematische Verhältnis von Subjekt und Diskurs eine zentrale Thematik der Diskurswissenschaften ausmacht, konstituiert sich aus sozial- und politikwissenschaftlicher Perspektive der Akteur in einer problematischen Beziehung zur Struktur bzw. zum System. Und so finden sich hier Fragen, die jenen, die weiter oben in bezug auf die Subjekt/Diskurs-Problematik gestellt wurden, sehr ähnlich sind: Produzieren Strukturen Akteure? Oder bringen Akteure Strukturen hervor? Oder muß man, wie es Anthony Giddens formulierte, nicht davon ausgehen, „that, in social theory, the notions of action and structure *presuppose one another*“ (Giddens 1979: 53)? Diese Fragen und die Antworten, die im Verlauf einer komplexen und sich über viele Jahre erstreckenden sozialwissenschaftlichen Diskussion auf sie gegeben wurden, können hier sicher nicht in der ihnen gebührenden, ausführlichen Weise abgehandelt werden.¹⁷ Aber ich möchte kurz einige Aspekte ansprechen, die einen direkten Bezug zu dem hier verfolgten Projekt haben.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß keine der jüngeren Gesellschafts- und Politiktheorien Akteure und ihre Handlungsmacht in Unabhängigkeit von bestimmten Strukturen konzeptioniert – auch jene nicht, die dem Akteur weiterhin eine gestaltende Rolle zuschreiben. Dies läßt sich zum Beispiel in der Theoriediskussion um die Möglichkeiten politischer Steuerung feststellen, die vor allem zwischen system- und akteurzen-

17 Als schöner Überblick über die wesentlichen Argumente und Positionen ist immer noch Giddens (1979: v.a. 49-95) empfehlenswert. Eine einführende Darstellung der Diskussion der politischen Steuerungsproblematik aus der Sicht akteur- und systemtheoretischer Ansätze unter besonderer Berücksichtigung der Luhmannschen Systemtheorie und verschiedener akteurtheoretischer Antworten bieten Lange/Braun (2000). Ebenfalls mit der Luhmannschen Systemtheorie, diesmal im besonderen Kontrast zur Buchheimischen Interaktionstheorie, setzt sich Simon (2002) auseinander; hier findet sich auch ein Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand zur Akteur/Struktur-Problematik (ebd.: 18-21).

trierten Ansätzen geführt wurde und wird, in der aber „Autoren aus beiden Theorietraditionen [...] versuchen, ihre unterschiedlichen Wirklichkeitskonstrukte an die jeweils andere Seite anzupassen“ (Lange/Braun 2000: 165). Eine Folge davon ist zum Beispiel, daß der Akteur, der traditionell als der unabhängigste oder „mächtigste“ politische Akteur galt, der Staat, heute üblicherweise nicht mehr als ein souverän steuernder Akteur verstanden wird, sondern als ein Akteur, der aufgrund der Kontingenz der ihn umgebenden, sich selbst steuernden systemischen Entwicklungen auf Kooperation angewiesen ist. Politische Steuerung und das Vorantreiben von Policy-Prozessen werden nicht länger im Sinne einer Top-Down-Kausalität skizziert; in den Vordergrund treten stattdessen komplexe Verhandlungssysteme, die als dezentrale Netzwerke operieren und deren Prozesse kein noch so ressourcenreicher einzelner Akteur dirigieren kann. So ist es gerade auch die Netzwerk-Perspektive auf Policy-Prozesse, die zahlreiche Aspekte einer diskurstheoretischen Herangehensweise widerspiegelt, was angesichts der Netzmetapher kaum überraschen kann. Insbesondere kalkulieren die Policy-Netzwerk-Ansätze die Beweglichkeit, Zeitlichkeit und Kontextualität aller an sozialen und politischen Prozessen beteiligten Elemente ein. Die Netzwerkperspektive war damit in der Lage, auf Kritiken an der relativen Starrheit und schematischen Arbeitsweise eines Großteils der Policy-Forschung zu reagieren, und dem Desiderat nachzukommen, daß

[...] Politikinhalte oder Policies [...] als „moving targets“ betrachtet werden [müssen], die sich im Verlaufe ihrer „Lebensdauer“ entwickeln und verändern. Auch die Akteure/Organisationen, die die Programme gestalten und durchführen oder deren Letztadressaten sind, haben keine fixen Handlungsmotive, mit denen die staatliche Steuerung über längere Zeit hinweg als Konstanten rechnen kann. Ihre Ziele sind vielmehr ambivalent, ihre Präferenzen verändern sich. Ebenso unterliegt die politische Koalition, von der eine Politik bei ihrer Verabschiedung getragen wird, einem Wandel. Sie umfaßt in der Regel eine Vielfalt von Akteuren und Organisationen, die sich nur zusammenfindet, wenn es gilt, die Maßnahme zu verabschieden. Sie sind keine Einrichtungen für die Ewigkeit, neue Konflikte entstehen und neue Akteure treten in den Vordergrund, wenn die Einzelheiten der Durchführung festzulegen sind. Mit anderen Worten: das politische Fundament einer Policy ist häufig brüchig. Um fortgesetzt zu werden, bedarf sie daher immer wieder der politischen Rechtfertigung in öffentlichen Debatten, in der Ideen verteidigt werden und wechselseitig überzeugt wird (Héritier 1993b: 13).

Ähnlich wie diskurs- und hegemonietheoretische Ansätze gehen Netzwerkansätze also davon aus, daß sich die verschiedenen Elemente, die am politischen Geschehen beteiligt sind (also Programme, Akteure),

immer wieder neu gruppieren. Aufgrund dieser „Verwandtschaft“ wird weiter unten (4.5.2) nochmals auf die Netzwerkperspektive zurückzukommen sein. Doch auch andere politikwissenschaftliche Ansätze haben spezifische Modi struktureller Bedingtheit handelnder Akteure hervorgehoben, sei dies die Strukturierung ihres Handelns durch den institutionellen Rahmen, in dem gehandelt wird (so im akteurzentrierten Institutionalismus, vgl. z.B. Mayntz/Scharpf 1995; Scharpf 1997; Singer 1993a: 159/60); oder aber durch mehr oder weniger komplex geschichtete sogenannte *belief systems* (so im Ansatz der *advocacy coalitions*, vgl. Sabatier 1993; 1993; 1999).

Das Bewußtsein einer Abhängigkeit (oder doch wenigstens eines gewissen Maßes von Abhängigkeit) der politischen Akteure von den sie umgebenden Strukturen ist also durchaus weit verbreitet – wie auch immer diese Strukturen im einzelnen spezifiziert oder die strukturellen Elemente hierarchisiert werden. Den omnipotenten Akteur konzeptioniert keine der weiter verbreiteten sozial- und politikwissenschaftlichen Theorien. Allerdings muß es im Anschluß an die oben ausgeführten diskurstheoretischen Überlegungen zum Verhältnis von Subjekt und Diskurs problematisch erscheinen, wenn Akteure und Strukturen zwar in einer gegenseitigen Abhängigkeit konzeptioniert werden, aber dabei doch als jeweils abgeschlossene, vollständige Entitäten verstanden werden, die objektiv gegeben sind. Daß sich Strukturen im Lauf von politischen Prozessen kontinuierlich wandeln und daher als grundlegend offen gelten müssen, scheint zwar weitgehend anerkannt. Daß aber auch Akteure nicht nur wechselnden Motivlagen unterliegen oder in neuen Situationen neue Akteure auftreten (wie aus den Formulierungen Héritiers hervorgeht), sondern daß die Akteure selbst nie als völlig konstituierte, sondern eben als sich stets im Werden befindende Akteure verstanden werden müssen, das entgeht den politikwissenschaftlichen Theorien zumeist. Struktur und Akteure sind also nicht nur wie objektive, unveränderbare Körper voneinander abhängig, sondern sie sind als solche objektiv nie vollständig, denn, wie Dyrberg (1997: 7) formuliert: „Agency can only be fully constituted, be objectively given or internal to itself *vis-à-vis* a structure that posits it as presupposed, and which, accordingly, in this very act both constitutes it and subverts its internality to itself.“ Akteure und Strukturen durchdringen einander also und setzen einander einem dekonstruktiven Potential aus. Deshalb dürfen Akteure nicht nur als Entitäten verstanden werden, die in Strukturen verwickelt sind und sich durch diese Strukturen bewegen; in einer viel grundsätzlichen Weise müssen sie – infolge ihrer strukturell-ereignishaften Konstituierung – als nie mit sich selbst identische Entitäten begriffen werden, die immer nur Akte der Artikulation und damit gleichzeitig Akte

der Identifikation vollziehen, aber nie eine abgeschlossene Identität besitzen, die als feste Grundlage ihres politischen Handelns bzw. ihrer politischen Artikulationen dienen könnte.

Die Problematik besteht in gewisser Weise darin, daß viel sozialwissenschaftliche Ansätze zwar erkennen, daß das Handeln gesellschaftlicher oder politischer Akteure in der einen oder anderen Weise strukturell bedingt ist, daß sie aber üblicherweise verkennen, daß damit auch der Akteur selbst als sinnhafter Akteur, also als Subjekt, strukturell bedingt und gleichzeitig – aufgrund der Beweglichkeit der Struktur – instabil ist. Es ist symptomatisch, daß sogar sozialwissenschaftliche diskursanalytische Studien dieses ungenaue Akteursverständnis reproduzieren. Auf Reiner Kellers Überlegung, daß Diskurse nicht für sich selbst sprechen, sondern auf der Existenz menschlicher Diskursträger beruhen, ist bereits oben eingegangen worden. Während eine derartige Annahme naheliegend erscheint, drückt sich Keller in der Folge jedoch mißverständlich aus, wenn er fortfährt, Diskurse würden erst durch Akteure „lebendig“ (Keller 1998: 40; 2001: 133), weil er damit nahelegt, die Individuen gingen *als Akteure* den Diskursen voraus. Als Akteure nehmen sie jedoch in einem immer schon diskursiv strukturierten Raum eine spezifische Differenz-/Subjektposition ein, sie treten als sinnhafte Individuen (oder Gruppen) in Aktion, das heißt als Subjekte. Somit gilt nicht nur, daß Diskurse durch Akteure bzw. Subjekte lebendig werden, sondern eben auch, daß Akteure bzw. Subjekte als sinnhafte Individuen oder Gruppen überhaupt erst im Diskurs eine Existenz erhalten. Dies ist die zu Ende gedachte Konsequenz einer gegenseitigen Abhängigkeit von Subjekt und Diskurs, und ebenso von Akteur und Struktur.

Hiermit zeigt sich aber auch die grundlegende Problematik des „Akteurs“: In ihm ist – schon qua Wortstamm, aber auch durch viele Konnotationen – vor allem anderen das aktive Moment angelegt, das Handeln und die Kreation. Ein Akteur scheint derjenige zu sein, der die Strukturen hervorbringt und die Diskurse artikuliert. Dabei wird über-tüncht, daß dieser Akteur eben nicht nur hervorbringt und artikuliert, sondern auch – und zwar ganz wesentlich – hervorgebracht und artikuliert wird. Im Gegensatz hierzu erfaßt das „Subjekt“ der diskurstheoretischen Terminologie beide Aspekte: das artikulierende wie das artikulierte Subjekt. Aus diesem Grund wird im Rahmen dieser Untersuchung die Rede vom „politischen Subjekt“ der Rede vom „politischen Akteur“ grundsätzlich vorgezogen. Allerdings werde ich gelegentlich auf den Akteur rekurrieren, wenn es gilt, die artikulierende Funktion hervorzuheben, oder wenn ich direkt auf Autoren Bezug nehme, die mit dem Akteursbegriff arbeiten.

4.4.4 Vom kollektiven Begehren zum gemeinsamen Willen

Die performative Dimension dessen, was eben aufgrund der Wirksamkeit dieser Dimension gemeinsamer Wille und nicht mehr kollektives Begehren genannt werden soll, besteht nun darin, daß sich verschiedene Individuen von derselben hegemonialen Formation-Formierung subjektivieren lassen, daß sie sich also für die von dieser Formation-Formierung artikulierten Subjektpositionen rekrutieren lassen. Dies können durchaus unterschiedliche, aber zur selben hegemonialen Formation-Formierung gehörende – und auch nur in bezug auf die anderen Subjektpositionen dieser Formation-Formierung in spezifischer Weise sinnhafte – Subjektpositionen sein. Der Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft ruft Individuen beispielsweise an als verantwortungsbewußte Unternehmer; als leistungsbereite Arbeitnehmer; als Sozialpartner; als Wissenschaftler; als Freunde der (ökonomischen) Freiheit; als Rahmen setzende, aber nicht interventionistische Ordnungspolitiker; als Sozialpolitiker, die zur Wahrung menschenwürdiger Existenz auch eine Sekundärverteilung jenseits des Marktes anstreben; als Mitglieder einer Solidargemeinschaft; als mit Rechtsansprüchen ausgestattete Empfänger sozialer Leistungen etc. Ein gemeinsamer Wille manifestiert sich insofern performativ, als die unterschiedlichen Individuen, die sich als Subjekte einer hegemonialen Formation-Formierung rekrutieren lassen, damit erstens die Artikulationsmuster dieser hegemonialen Formation-Formierung propagieren und zweitens insbesondere das von dieser Formation-Formierung artikuliert symbolische Äquivalent des Gemeinwohls auch als solches Äquivalent bekräftigen. Sie bestätigen, mit anderen Worten, die Deckungsgleichheit einer bestimmten umfassenden Forderung nach der Behebung eines Mangels an Gemeinwohl, die im Raum des Symbolischen zum Tragen kommt, mit dem Begehren, das dem imaginären Gemeinwohl verbunden ist (eine letztlich zwangsläufig scheiternde Bestätigung, da sich das Imaginäre der Symbolisierung nie völlig unterwirft). Das Ausmaß, in welchem es einem hegemonialen Projekt und der zugehörigen hegemonialen Formation-Formierung gelingt, für die Subjektpositionen, die sie zur Verfügung stellt, Individuen (oder auch Gruppen, hierzu später) zu rekrutieren, kann als Gradmesser des Erfolgs einer hegemonialen Praxis gelten.

Mit der begrifflichen Verschiebung vom kollektiven Begehren hin zum gemeinsamen Willen soll nun eine doppelte Bewegung erfaßt werden: Wenn sich Individuen als Subjekte einer hegemonialen Formation-Formierung rekrutieren lassen, tragen sie aktiv zu deren Verbreitung und Stabilisierung bei. Damit findet ein diffuses kollektives Begehren einen doppelten „manifesten“, positivierten Ausdruck, einerseits in bezug auf

eine konkrete Symbolisierung des Gemeinwohls, aber zugleich in bezug auf konkrete artikulierende Individuen. Diese Positivierung oder Manifestierung in einer umfassenden, gemeinwohlorientierten Forderung kann als Ausdruck eines emergierenden gemeinsamen Willens derjenigen gelesen werden, die zu Subjekten dieser Formation-Formierung werden, und zwar um so mehr, je mehr Individuen sich subjektivieren lassen. Gleichzeitig werden das imaginäre, quasi-organische Kollektiv und sein ebenso imaginäres kollektives Begehren durch die Tatsache, daß es konkrete Individuen sind, die sich eine hegemoniale Formation-Formierung „zu eigen machen“, überlagert (wenn auch nie völlig verdrängt). Man hat es dann mit einigen oder auch vielen, aber stets mit differenten Subjekten zu tun, die zwar alle dieselbe hegemoniale Formation-Formierung artikulieren, aber eben aufgrund ihrer Differenz untereinander und insbesondere gegenüber all jenen, die die betreffende Formation-Formierung nicht stützen, kein Kollektiv im imaginären und quasi-organischen Sinne bilden. Die doppelte Bewegung, die mit der Entwicklung eines hegemonialen Projekts zur Hegemonie einhergeht, besteht also einerseits in einer qualitativ-performativen Stärkung einer hegemonialen Formation-Formierung, und zwar in dem Ausmaß, in dem es ihr gelingt, konkrete Individuen zu subjektivieren, die dann daran mitwirken, das Gemeinwohl in einer bestimmten Form – seinem konkreten, symbolischen Äquivalent – zu verfechten; was aber gleichzeitig eine qualitativ-quantitative Verschiebung – die nicht unbedingt mit einer Schwächung gleichzusetzen ist – mit sich bringt, weil das Organisch-Eine des Kollektivs ersetzt wird durch die differenten einzelnen, derer möglichst viele zu gewinnen das Ziel jeder hegemonialen Praxis ist.

Die Verwendung des Begriffs „gemeinsamer Wille“ erfordert, um Mißverständnisse zu vermeiden, noch zwei Klarstellungen. Erstens soll mit der Rede vom „Willen“ keineswegs über die Hintertür das starke Subjekt als Ursprung und Träger des Willens wieder eingeführt werden. In zweierlei Hinsicht unterscheidet sich die hiesige Verwendungsweise des Willensbegriffs von seiner subjektivistisch-voluntaristischen Lesart. Zum einen muß der Wille wie das Subjekt selbst als Teil des Diskurses verstanden werden, er wird allein dort ermöglicht und produziert. Wenn davon die Rede ist, daß sich ein gemeinsamer Wille diskursiv manifestiert oder diskursiv zum Ausdruck kommt, so heißt das nicht, daß er zunächst außerhalb des Diskurses zu verorten wäre. Vielmehr handelt es sich bei der Manifestation um eine intradiskursive Bewegung. Denn zum anderen wird vom Willen hier nicht im Sinne von „vorhanden und ausgeführt“ gesprochen, sondern im Sinne eines diskursiven Emergenzphänomens. Der Wille ist stets im diskursiven Werden; er wandelt und ma-

nifestiert sich daher als gemeinsamer Wille im Zuge des artikulatorischen Zusammenspiels verschiedener Subjekte.

Zweitens gilt es noch zu verdeutlichen, was mit der Verschiebung zum Begriff „gemeinsam“ signifiziert werden soll: Wenn vom *gemeinsamen* Willen gesprochen wird, so bezieht sich das – im Gegensatz zu „kollektiv“ – per definitionem auch und insbesondere auf alle Fälle, in denen verschiedene Subjekte in *nicht* koordinierter Form in Bezug zu einer hegemonialen Formation-Formierung stehen. Entscheidend ist, daß die Subjekte durch die hegemoniale Formation-Formierung koordiniert werden, nicht daß sie sich in einem Raum außerhalb dieser Formation-Formierung zur Hervorbringung oder Durchsetzung derselben koordinieren. „Gemeinsam“ im hier verwendeten Sinne macht also – ohne Derartiges auszuschließen – keine gemeinsamen Versammlungen, Organisationsstrukturen oder Beschlüsse erforderlich. Vom gemeinsamen Willen wird somit auch im Sinne eines zeitgleich, d.h. parallel artikulierten Willen gesprochen; „gemeinsam“ hat „zugleich“ als wichtige Bedeutungskomponente.

4.5 Hegemonie und Koordinierung

Im folgenden Abschnitt wird der Begriff der politisch-gesellschaftlichen Kraft erläutert, der im Rahmen der obigen Definition der Hegemonie verwendet wurde. Der Begriff wurde eingeführt, weil es im Gegensatz dazu, was in der bisherigen vereinfachten Darstellung angeklungen sein mag, für den Erfolg einer hegemonialen Praxis nicht in jedem Fall und oft nur mittelbar von Bedeutung ist, einfach möglichst viele Individuen für die Subjektpositionen der zugrunde liegenden hegemonialen Formation-Formierung zu rekrutieren. Daß ein Individuum oder auch viele Individuen für Subjektpositionen rekrutiert werden, ist zwar eine Bedingung für den hegemonialen Erfolg, aber für sich noch nicht hinreichend, weil die Rekrutierung allein nicht notwendigerweise zur Konsequenz hat, daß Subjektpositionen zum Ort wahrnehmbarer Artikulationen und die durch sie produzierten Subjekte damit zu hegemonial produktiven Subjekten werden können. Damit diese Konsequenz eintritt, müssen die Subjekte unterschiedlichste Voraussetzungen erfüllen, die in einem komplexen diskursiven Geschehen, das sich zwischen hegemonialer Formation-Formierung, dem spezifischen politischen Diskurs, der ihren Bezugspunkt bildet, und dem diskursiven Feld, in das wiederum der spezifische politische Diskurs eingebettet ist, etabliert werden. Eine dieser Voraussetzungen kann sein, daß sich möglichst viele Individuen für eine Subjektposition rekrutieren lassen, aber diese Voraussetzung ist

nicht die einzig denkbare. Weitere Voraussetzungen können die Anzahl ergänzen oder sie ganz ersetzen, so beispielsweise der Zugang zu den institutionellen Orten politischer Entscheidung, wissenschaftliche Kompetenz, klerikale Kompetenz, finanzielle Mittel, moralisches Gewicht, ein besonderer Bezug zum betreffenden Aspekt des Allgemeinen, Herkunft etc. Jede dieser spezifischen Voraussetzungen und ihre jeweilige Bedeutung für die diskursive Wahrnehmbarkeit von Subjekten ist selbst ein Effekt von kontingenten Sinnsetzungsprozessen, die an den unterschiedlichsten Stellen des diskursiven Raums stattfinden, nicht nur in dem aktuell von einer hegemonialen Praxis anvisierten politischen Diskurs. Die Kontingenz diskursiver Prozesse verunmöglicht allgemeine Aussagen darüber, welche Voraussetzungen wann relevant werden; eine entsprechende umfassende Typologie zu erarbeiten, kann hier nur als langfristiges diskurswissenschaftliches Forschungsdesiderat formuliert werden.

Allerdings lassen sich zwei Voraussetzungen für die hegemonial effektive Besetzung von Subjektpositionen benennen, die als eine Art Metavoraussetzungen – Voraussetzungen der diskursiven Erfüllung anderer Voraussetzungen – sehr häufig eine zentrale Rolle spielen. Die erste dieser beiden hat damit zu tun, daß wir es eben mit diskursivem Geschehen und insbesondere dem Problem der Wahrnehmbarkeit in Diskursen zu tun haben; sie läßt sich als *diskursive Kompetenz* bezeichnen. Damit ist nicht eine grundsätzliche Kompetenz zur Artikulation gemeint, denn Artikulation bedeutet nichts weiter als Sinnproduktion qua Differenzierung und geschieht daher bei jedem Sprechen und Handeln. Vielmehr bezeichnet diskursive Kompetenz das Vermögen von Subjekten, die Wahrnehmbarkeit von Artikulationen über die unmittelbare Umwelt, in der sie sich ereignen, hinaus zu steigern und ihnen eine weitreichende diskursive Präsenz zu ermöglichen. Hiermit sind nicht nur offensichtliche Faktoren wie individuelle rhetorische Fertigkeiten oder der Zugang zu einem Mediensystem gemeint, sondern vielmehr ein Komplex von Faktoren, deren koordiniertes Ineinandergreifen diskursive Kompetenz produziert. Denn wie alle anderen Voraussetzungen diskursiver Wahrnehmbarkeit, die ein Subjekt erfüllen kann oder auch nicht, handelt es sich bei diskursiver Kompetenz um ein Vermögen, das keine Fähigkeit eines Individuums in dem Sinne ist, daß es darüber verfügte; als Vermögen hat es vielmehr eine Wertigkeit, die sich erst im Zusammenspiel mit dem Diskurs konstituiert. Hierzu ein einfaches Beispiel: Üblicherweise wird in politischen Diskursen ein Individuum nach der Wahl zum Repräsentanten einer gesellschaftlichen Gruppe sehr viel eher diskursiv wahrgenommen als vorher, obwohl das Individuum am Tag vor seiner Wahl über sehr ähnliche rhetorische, psychologische und körperliche Fähigkeiten verfügte. Aber diskursive Kompetenz erschöpft sich eben

nicht in derartigen Fähigkeiten, sondern im Beziehungsgeflecht der Fähigkeiten mit der diskursiven Praxis (ganz abgesehen davon, daß derartige Fähigkeiten selbst diskursiv produziert werden, Rhetorik ist nicht gleich Rhetorik).

Die zweite besondere Voraussetzung kann man als *Organisiertheit* bezeichnen. Sie hat damit zu tun, daß zur Steigerung diskursiver Wahrnehmbarkeit immer wieder unterschiedliche Voraussetzungen von Wahrnehmbarkeit kombiniert werden, was wiederum die Koordinierung verschiedener Individuen innerhalb eines und in bezug auf den jeweiligen diskursiven Kontext erforderlich macht. Die Voraussetzung der Organisiertheit hat ihren Platz, wenn man so will, auf einer höheren Ebene. Wenn sie erfüllt ist, wirkt sie koordinierend auf das Zusammenspiel der anderen Voraussetzungen (auch der diskursiven Kompetenz).

Als politisch-gesellschaftliche Kräfte sollen nun alle Subjekte bezeichnet werden, die innerhalb von politischen Diskursen wahrnehmbar sind. Weil im Rahmen des vorliegenden Projekts die hegemoniale Praxis der Sozialen Marktwirtschaft, die sich vor dem Hintergrund der jungen bundesdeutschen Demokratie entwickelte, analysiert werden soll, sind hier die politisch-gesellschaftlichen Kräfte in liberalen Demokratien von besonderem Interesse.¹⁸ In allen Demokratien spielen quantitative Faktoren gepaart mit diskursiver Kompetenz eine wichtigere Rolle für die politisch-diskursive Wahrnehmbarkeit als in anderen Regierungsformen; am auffälligsten ist dies vielleicht hinsichtlich der Anzahl der Individuen und der finanziellen Mittel; aber z.B. auch bezüglich des Zugangs zu den Orten der politischen Entscheidung. Diskursive Wahrnehmbarkeit in Demokratien beruht demnach auf einer komplexen Koordinierungsleistung (d.h. weitreichender Organisiertheit), im Rahmen derer verschiedene Quantitäten mit verschiedenen anderen Faktoren diskursiver Wahrnehmbarkeit koordiniert werden. Weil gerade in Demokratien Gruppen diese Koordinierungsleistung meist besser bewerkstelligen können als Individuen, handelt es sich bei politisch-gesellschaftlichen Kräften in Demokratien sehr oft nicht um individuelle, sondern um *Gruppensubjekte*. Gruppen sind meist besser als Individuen in der Lage, in demokratischen politischen Diskursen wahrnehmbar in Erscheinung zu treten, nicht nur aufgrund der bloßen größeren Zahl, sondern vor al-

18 Diese müssen nicht unbedingt auf andere Regierungsformen oder ganz andere politische Kontexte übertragbar sein. So können etwa im Kontext nationalstaatlicher liberaler Demokratien andere Arten von Gruppen ange-rufen werden als in autoritären Staaten oder in transnationalen Kontexten (in letzteren stehen etwa politischen Parteien gar keine oder doch völlig anders geartete Subjektpositionen zur Verfügung als in den ersten beiden Fällen, die sich diesbezüglich ebenfalls voneinander unterscheiden).

lem weil mehrere zusammengeschlossene Individuen eher einer breiten Palette von Voraussetzungen diskursiver Wahrnehmbarkeit genügen können. Es sei das Beispiel der politischen Parteien unter den Bedingungen der Demokratie genannt, von denen viele wenigstens folgenden Voraussetzungen diskursiver Wahrnehmbarkeit genügen: diskursive Kompetenz, Organisiertheit, Anzahl, Zugang zu Orten der politischen Entscheidung, finanzielle Mittel, u.U. ein besonderer Bezug zum jeweils betroffenen Aspekt des Allgemeinen (z.B. B'90/Grüne zur gesunden Umwelt). Hegemoniale Praxis zielt also darauf, einen gemeinsamen Willen derjenigen Subjekte zu generieren, die in einem politischen Diskurs wahrnehmbar sind, mithin der für diesen Diskurs relevanten politisch-gesellschaftlichen Kräfte; wobei die hegemoniale Praxis selbst, da sie Teil des politischen Diskurses ist, unter Umständen an der Produktion dieser Kräfte beteiligt sein kann.¹⁹ Für den spezifischen Fall von Demokratien läßt sich somit festhalten, daß hegemoniale Praxis zumeist auf die Formierung eines gemeinsamen Willens der in einem bestimmten politischen Diskurs wahrnehmbaren Gruppensubjekte zielt.

Allerdings ist der Begriff der Gruppe bislang nicht nur recht unspezifisch verwendet worden, sondern in dieser Unspezifität auch nicht ausreichend, um die verschiedenen Formen diskursiver Koordinierungsleistungen zu erfassen. Vielmehr ist es offensichtlich so, daß Koordinierung in fest gefügten und weniger fest gefügten Konstellationen stattfindet – in sich langfristig verbindenden Gruppen, die einen eher stabilen Institutionencharakter haben und dem üblichen Wortsinn nach als Gruppen bezeichnet werden (wie Verbände und Parteien, aber auch Sachverständigenräte), aber auch in „Gruppen“, die sich eher kurzfristig und in dynamischer Weise zusammenfinden, weshalb sie üblicherweise nicht unter dem Etikett „Gruppe“ firmieren, sondern eher als Allianzen, Bündnisse oder Koalitionen bezeichnet werden.

Während die Untersuchung des Phänomens der politisch wahrnehmbaren und einflußreichen Gruppe – sei es als Verband, als Partei oder in anderer Form – seit ihren Anfängen zum Kernbestand des Politischen

19 Hier sind sehr unterschiedliche Beispiele denkbar. Das Gruppensubjekt der politischen Partei CDU bestand etwa schon, bevor diese Gruppe auf eine spezifische Subjektposition im Rahmen des hegemonialen Projekts der Sozialen Marktwirtschaft rekrutiert war, wurde also durch diese hegemoniale Praxis nicht als gänzlich neues Subjekt, wohl aber als Subjekt mit einer neuen spezifischen Subjektivität produziert. Andere Gruppensubjekte werden hingegen erst durch bestimmte hegemoniale Projekte (bzw. im Zusammenspiel eines solchen Projektes mit dem diskursiven Feld) produziert, so zum Beispiel die (Anti-)Globalisierungsbewegung *attac* durch das hegemoniale Projekt des Altermondialismus.

Wissenschaft gehört,²⁰ kam diesem Phänomen und seinen Auswirkungen auf die Hegemoniebildung von diskurstheoretischer Seite bislang noch nicht genügend Aufmerksamkeit zu. Dabei wird sich ein Rückgriff auf besagten Kernbestand der Politischen Wissenschaft als hilfreich erweisen, und zwar insbesondere auf einige Theoriebestände der Policy-Forschung. Zwar sind die Etablierung und Absicherung politisch-diskursiver Hegemonien einerseits und die Erreichung einzelner Policy-Ziele andererseits nicht deckungsgleich (ich komme auf die Unterschiede noch zu sprechen). Aber eine politische Diskurstheorie, die nach der Genese diskursiver Hegemonien fragt, kann zweifellos von den allgemeinen Erkenntnissen profitieren, die die politikwissenschaftliche Theoriebildung über die Grundlagen und die Modi des Bündnis- und Koalitionsverhaltens politischer Subjekte in Policy-Fragen gewonnen hat.

Bevor im folgenden einige Ansätze aus der Policy-Forschung näher beleuchtet werden, die aus diskurstheoretischer Perspektive interessant und anschlussfähig erscheinen (4.5.2), ist jedoch ein kurzer Umweg unumgänglich. Denn viele dieser Ansätze gehen davon aus, daß „Organisationen“ als politische Subjekte eine zentrale Rolle spielen – auch und gerade bei der Koalitionsbildung, zum Beispiel in der klassischen, amerikanischen geprägten Form eines für ein Politikfeld maßgeblichen „iron triangle“ aus Regierungsbehörde, Parlamentsausschuß und Interessengruppe (vgl. z.B. Lowi 1969; Ripley/Franklin 1984). Allerdings ist bislang noch ungeklärt, wie man aus diskurstheoretischer Sicht überhaupt von Organisationen – die hier als institutionalisierte Gruppensubjekte bezeichnet werden – im Sinne politischer Subjekte sprechen kann. Wenn neben Individuen auch und vor allem institutionalisierte Gruppen Teil von Koalitionen in politischen Diskursen sind (wodurch sich die Quantität artikulierender Subjekte entsprechend dem Ineinandergreifen von institutionalisierter Gruppe und Koalition multipliziert), dann muß nun vor der Betrachtung von Koalitionen zunächst das Augenmerk der diskursiven Konstituierung solcher Gruppen gelten. In diesem Zusammenhang ist auch eine allgemeinere Betrachtung des diskursiven Mechanismus der Institutionalisierung unerlässlich.

20 Die Diskussion des Einflusses von verschiedensten Arten von Gruppen auf die Gestaltung von Politik und der Art und Weise, in der Gruppen (und teilweise auch Individuen) Bündnisse zur Erreichung bestimmter Policy-Ziele eingehen, darf als einer der Kernbestände neuzeitlicher Politischer Ideengeschichte (prominent z.B. in Hamilton et al. 1993[1787/88]; Tocqueville 1959; 1962), aber vor allem der politikwissenschaftlichen Theoriebildung des 20. Jahrhunderts (Pluralismus, Korporatismus, Netzwerktheorien u.a.; im allgemeinen die Forschungen zur Policy-Analyse) gelten.

4.5.1 Institutionalisation und institutionelle Gruppensubjekte

Wenn sich Subjekte institutionell gruppieren, so stellen diese Gruppierungen nur Sonderfälle von allgemeineren diskursiven Konstellationen dar, die sich als Institutionen bezeichnen lassen. Wir haben bislang festgestellt, daß Diskurse – vorangetrieben durch Artikulationen – sich in kontinuierlicher Bewegung befinden. Ebenso wurde aber herausgearbeitet, daß diese kontinuierliche Bewegung keineswegs allumfassend-revolutionären Charakters sein kann, weil jede Artikulation, um überhaupt Sinn generieren zu können, auf einen an vielen Punkten fixierten Hintergrund angewiesen ist, damit vor dieser diskursiven Bewegung (also Sinnverschiebung qua Artikulation) überhaupt erst als solche sichtbar wird. Jene Felder in Diskursen, die durch relative „Fixiertheit“ gekennzeichnet sind (und zwar auch und vor allem dann, wenn sie zahlreichen Artikulationen ausgesetzt sind), jene Felder relativer Ruhe also im diskursiven Fluß möchte ich als diskursive Institutionen bezeichnen. Diskursive Institutionen zeichnen sich mithin durch eine relativ hohe temporale Stabilität aus, die meines Erachtens auf zwei Pfeilern ruht: auf der langfristigen Reproduktion ähnlicher „Muster“ von Artikulationen und auf der Immunisierung dieser Muster gegen radikale artikulatorische Verschiebungen. Als Orte der relativen Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit im diskursiven Rauschen bilden diskursive Institutionen gewissermaßen die „kleine Schwester“ der diskursiven Formation-Formierung. Als „Subformation-formierung“ stabilisieren diskursive Institutionen kleinere diskursive Zusammenhänge.

Institutionen können also diskurstheoretisch als mittelkomplexe Artikulationsmuster verstanden werden, im Rahmen derer meist mehrere diskursive Elemente über lange Zeit immer wieder miteinander in gleiche Beziehungen gesetzt werden. Kurz: Institutionen entstehen durch die sich über einen längeren Zeitraum erstreckende, regelmäßige Wiederholung von Artikulationsmustern.²¹ Derartige diskursive Institutionen

21 Dies ist aus zwei Gründen kein Gegensatz zu jener Ereignishaftigkeit und Einzigartigkeit jeder Artikulation, die in Kapitel 2 dargestellt wurde: Erstens bedeutet die Einzigartigkeit von Artikulationen nicht, daß in ihnen nicht diskursive Elemente in gleicher Weise zueinander in Beziehung gesetzt werden können – sondern nur, daß niemals *alle* diskursiven Elemente einer Artikulation in eine neue Artikulation in gleicher Weise eingebunden sind, etwa weil das artikulierende Subjekt ein anderes ist, oder weil der Kontext ein anderer ist. Selbstverständlich ist es möglich, Artikulationen scheinbar zu kopieren oder zu wiederholen, doch ist es dann gerade die Tatsache, daß es sich um eine Wiederholung oder um die n-te Wiederholung handelt, die die Einzigartigkeit der Artikulation ausmacht. Zweitens

sind vielfältig und nicht auf eine bestimmte Form festgelegt. Institutionen können eine hohe Reichweite haben wie etwa das Gesetzgebungsverfahren in einer politischen Ordnung; dieses hat als diskursive Institution dadurch Bestand, daß bestimmte Beziehungen zwischen diskursiven Einheiten, wie z.B. Ministerialbürokratien, Parlamenten, dem Mehrheitsprinzip, der Äußerung bestimmter Sprechakte, Gesetzestexten usw., in regelmäßiger Weise artikuliert werden (und nicht etwa nur im Verfassungstext, wengleich der Bezug zur Verfassung ebenfalls Teil der regelmäßigen Artikulationen sein kann). Institutionen können aber auch eine vergleichsweise geringe Reichweite haben, wie etwa die Promotionsordnung einer universitären Fakultät. Institutionen können einen materiellen Anschein haben (wie „der Bundestag“) oder einen immateriellen (wie Freundschaft). Eine Eigenschaft aber, die allen Institutionen eigen ist, seien sie nun von großer Reichweite oder von kleiner, materiell oder immateriell, ist ihre Performativität. Institutionen haben nur performativ Bestand, eben weil sie auf regelmäßigen artikulatorischen Akten beruhen. Mit anderen Worten: Institutionen existieren nur als kontinuierliche Institutionalisierungen, das heißt als wiederholende Artikulationen, die Vorhandenes immer aufs Neue bestätigen. Aufgrund der relativen Dauerhaftigkeit, die mit der Wiederholung einhergeht, werden diskursive Institutionen zu einem Teil des Kontexts weiterer Artikulationen, eines Kontexts, mit dem gerechnet werden kann und muß (wodurch Institutionen einen gewissen diskursiven „Nachhall“ erzeugen).²² Institutionen sind also trotz ihrer Performativität eine eher strukturelle Größe im Diskurs, eine Größe, die die Ereignishaftigkeit des Diskurses begrenzt bzw. zur Gleichzeitigkeit von Strukturalität und Ereignishaftigkeit wesentlich beiträgt. Sie leisten diesen Beitrag trotz ihrer eigenen Abhängigkeit von der kontinuierlichen Institutionalisierung in einzigartigen, ereignisartigen Artikulationen, weil diese Artikulationen im Fall der Institutierung von Artikulationsmustern nicht linear, sondern in gewisser Weise zirkulär aufeinander folgen, wobei allerdings der nächste „Artikulationskreis“ nie völlig identisch mit dem vorhergehenden ist. Vielmehr wird die Institution ähnlich einem Kranzgeflecht gestützt, bei dem die nächste Schicht sich immer um die vorhergehende wickelt, so daß die Form nie ganz exakt, aber doch im wesentlichen erhalten und

aber können komplexe Artikulationsmuster auch durch sehr unterschiedliche (d.h. sich auch im vordergründigen Sinne nicht wiederholende) Artikulationen reproduziert werden, etwa wenn diese Artikulationen das Artikulationsmuster in Kreis- oder Schaukelbewegungen beeinflussen, ohne es grundsätzlich zu verschieben.

22 Strukturell ähneln sich insofern Institutionen und Subjekte, die auch stets den Kontext ihrer eigenen Re-Artikulation bilden (vgl. 4.4.1).

dabei stabilisiert wird. (Wollte man die Kranzmetapher noch zuspitzen, könnte man sagen, daß sich Performativität der Institution darin zeigt, daß der Kranz der Einflechtung immer neuer Zweige bedarf, weil die ältesten Zweige allmählich vertrocknen, spröde werden und brechen.)

Die Beharrungskraft von Institutionen wird aber nicht nur durch die kontinuierliche Reproduktion von Artikulationsmustern gesichert, sondern auch dadurch, daß diese Artikulationsmuster in einer Weise immunisiert werden, die ein plötzliches Einbrechen der diskursiven Ereignishaftigkeit, das heißt die plötzliche Neuartikulation diskursiver Elemente oder die plötzliche Neuordnung von miteinander verwobenen Artikulationen, behindert (eine komplette *Verhinderung* ist unmöglich). Eine mögliche Weise der Immunisierung besteht zum Beispiel in Verflechtung von sich gegenseitig stützenden Institutionen, etwa wenn die Institution des Gesetzgebungsprozesses auf der Institution der Verfassung beruht, die wiederum vom Gesetzgebungsprozeß abhängig ist (das Einbrechen von Ereignishaftigkeit, beispielsweise von Revolutionen, kann natürlich beide Institutionen dissoziieren und einzeln oder gemeinsam zerstören). Die im modernen politischen Diskurs vielleicht bedeutendste Methode der Immunisierung besteht aber – wenigstens in den politischen und gesellschaftlichen Diskursen liberaler Demokratien – in der Verknüpfung einer Institution mit der Institution des Rechts. Wenn ein Artikulationsmuster als rechtsförmiges Artikulationsmuster artikuliert wird, so ist es weitaus schwieriger, die in diesem Artikulationsmuster etablierten Beziehungen neu zu artikulieren als ohne Rechtsförmigkeit. Eingängige Beispiele sind die Beziehung von Ehefrau und Ehemann im Unterschied zur Beziehung von Liebhaberin und Liebhaber oder die Beziehung einer Eigentümerin zu ihrem rechtmäßigen Eigentum. In unserem Zusammenhang besteht das relevanteste Beispiel jedoch in der quasi-verfassungsrechtlichen Festschreibung²³ der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung für das wiederzuvereinigende Deutschland, wie sie im Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen BRD und DDR am 18. Mai 1990 vorgenommen wurde (v.a. Präambel und Artikel II des Vertrags). Die Soziale Markt-

23 Cassel/Rauhut (1998: 13/14) sprechen in diesem Zusammenhang von einem Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ in „einem Dokument von Verfassungsrang“. Damit bekommt die „Soziale Marktwirtschaft“ selbst zwar keinen Verfassungsrang. Doch im Gegensatz zum vorherigen Status, wo aus dem Grundgesetz lediglich abzulesen war, daß die „Soziale Marktwirtschaft“ eine zulässige Wirtschaftsordnung darstellt, kann sie mit dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion „nicht nur [als] erlaubt, sondern [als] rechtfertigt geboten“ gelten (Willgerodt 1999: 117).

wirtschaft durfte zwar auch 1989 schon als instituierte Wirtschaftsordnung der alten Bundesrepublik gelten, eben weil sie als solche regelmäßig und weit verbreitet artikuliert wurde. Aber unter Verweis darauf, daß das Grundgesetz keine expliziten Aussagen zur Wirtschaftsordnung Deutschlands gemacht hatte (vgl. Papier 1999), konnte die Äquivalenzbeziehung von Sozialer Marktwirtschaft und der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik immer wieder (wenigstens bis in die 1970er Jahre) in Frage gestellt werden.²⁴ Das Ereignis des Zusammenbruchs der DDR und der abschbaren Vereinigung, im Rahmen derer man sich mit einer alternativen, realsozialistischen Wirtschaftsordnung konfrontiert sah, die als wesentlicher Grund für den genannten Zusammenbruch artikuliert wurde, eröffnete die Möglichkeit, die Beziehung von deutscher Wirtschaftsordnung und Sozialer Marktwirtschaft rechtlich zu fixieren und so den institutionellen Status dieses Artikulationsmusters abzusichern. Daß auch eine solche Absicherung qua rechtlicher Fixierung keine absolute Fixierung sein kann, ist offensichtlich; eine derartige Annahme wäre aus der Perspektive der fundamental dynamischen Logik des Diskurses geradezu absurd. Aber die rechtliche Immunisierung muß doch als stabilisierender Faktor gelten – solange anerkannt wird, daß der von einem Artikulationsmuster artikulierten Zusammenhang überhaupt rechtlich geregelt werden kann.

Kommen wir aber von diesem Exkurs über die Mechanismen diskursiver Institutionalisierung zurück auf die hier primär interessierende Frage, in welcher Weise Subjekte – und Bedingungen der Wahrnehmbarkeit – koordiniert werden und wenden wir uns der ersten Antwortmöglichkeit zu: Koordinierung findet statt im Rahmen von institutionalisierten Gruppen. Grundsätzlich läßt sich sagen, daß alle Gruppen aus mehreren oder auch vielen individuellen Subjekten bestehen, die für Subjektpositionen rekrutiert wurden, die auf eine bestimmte Weise als äquivalent oder zusammengehörig artikuliert werden. Mit anderen Worten: *Als Gruppenmitglieder* treten individuelle Subjekte zueinander in eine Äquivalenzbeziehung – was keineswegs damit gleichzusetzen ist, daß die individuellen Subjekte in jeder Beziehung als äquivalente artikuliert werden. Zu diesen Äquivalenzbeziehungen kommt es, weil verschiedene individuelle Subjekte bestimmte diskursive Formationen-Formierungen artikulieren stützen. Diese können sehr verschiedener Art sein: Es kann sich um Formationen-Formierungen handeln, in welchen Subjekte gemeinsam einen kugelförmigen Ledergegenstand nach bestimmten Regeln über ein Feld bewegen (Gruppe von Ballspielern), oder aber um Formationen-Formie-

24 Noch Willy Brandt sprach 1972 von der „sogenannten Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. Wengeler 1994: 119/120).

rungen, in welchen Subjekte in bestimmte Produktionsprozesse eingebunden sind und gemeinsam Verbesserungen dieser Produktionsprozesse suchen (je nach Präzisierung der diskursiven Formation-Formierung denkbar als Gruppe von Unternehmern, als Gruppe von Arbeitern und auch als gemischte Gruppe). Es ist allerdings deutlich, daß es sich hierbei noch nicht um institutionalisierte, sondern um eher lose Gruppen handelt: Einige Ballspieler sind keine Vereinsmannschaft und einige Arbeiter, die gleiche Probleme artikulieren, ebensowenig eine Gewerkschaft wie einige Unternehmer ein Unternehmerverband.

In Anlehnung an die soeben erörterten Mechanismen diskursiver Institutionalisation können für diskursiv institutionalisierte Gruppen die folgenden acht Merkmale ausgemacht werden: Erstens manifestieren sich institutionalisierte Gruppen diskursiv über das Angebot bestimmter Subjektpositionen, allen voran der des „Mitglieds von X“.

Zweitens werden Individuen in Gruppen zueinander über relativ lange Zeiträume in Äquivalenzbeziehungen gesetzt, indem sie alle für dieselbe Subjektposition „Mitglied von X“ rekrutiert werden. Natürlich können innerhalb der Gruppe differenziertere Subjektpositionen angeboten werden (Vorsitzende, Vorstopper und Verteidigungsminister beispielsweise), doch die Subjektposition „Mitglied von X“ ist entscheidend.²⁵

Drittens wird die Gruppe zur institutionalisierten Gruppe, indem sie die Einnahme der Subjektposition „Mitglied“ nicht nur daran knüpft, daß ein individuelles Subjekt eine bestimmte diskursive Formation-Formierung stützt, sondern daran, daß das Subjekt explizit als Mitglied artikuliert wird (sei dies durch eine Beitrittserklärung, einen Arbeitsvertrag, Treueschwur oder ähnliches) oder, in Ausnahmen, daß das Subjekt qua Geburt Mitglied ist, diese Mitgliedschaft aber wiederum nur durch eine explizite Artikulation aufgeben kann (etwa bei Staatsangehörigkeit). In jedem Fall steht die Mitgliedschaft in Beziehung zu einer bestimmten, rechtsförmigen, sittlichen oder anderweitig zeitlich bindenden Artikulation, die diese Mitgliedschaft zum expliziten Bestandteil hat. Dies führt dazu, daß die erstmalige Einnahme der Subjektposition „Mitglied“ auch dann fortwirkt, wenn sich ein Subjekt im Moment einer Artikulation nicht auf eben dieser Subjektposition befindet – es sei denn, die Mitgliedschaft wird wieder explizit „disartikuliert“.

Viertens immunisiert sich eine institutionalisierte Gruppe, indem nicht nur die Mitgliedschaft, sondern die Existenz der Gruppe selbst und ihre

25 Schon Niklas Luhmann (1964: 39-53) hat – wenn auch in anderem Zusammenhang – die weitreichende Bedeutung der Rolle des Mitglieds im Rahmen der formalen Institution hervorgehoben.

Beziehung zu bestimmten Artikulationsmustern explizit und rechtsförmig artikuliert wird (in Satzungen, Geschäftsordnungen, Programmen etc.).

Fünftens werden in institutionalisierten Gruppen auch Repräsentationssubjektpositionen (von Vorsitzenden, Sprechern, Managern, Trainern etc.) artikuliert, von denen aus einzelne Mitglieder-Subjekte *im Namen der Gruppe* artikulatorische Akte vollziehen können. Solche Repräsentationsarrangements können auch den Effekt einer Repräsentation bei der Subjektivierung haben. Dies betrifft all jene Fälle, in denen eine organisierte Gruppe subjektiviert wird, aber mit ihr zugleich alle, die dieser Gruppe zugerechnet werden, also die Mitglieder. Findet sich etwa in der Parteitagrede eines CDU-Parteivorsitzenden oder auch im Parteiprogramm der CDU eine Aussage der Art „Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft“, so hat dies eine Subjektivierung aller CDU-Mitglieder zur Konsequenz.

Sechstens kann es durch die Gleichzeitigkeit von Mitgliedschaft und Repräsentation dazu kommen, daß die Artikulation der Mitgliedschaft nicht mehr in jedem Einzelfall mit der Unterstützung einer grundsätzlich gemeinsam artikulierten diskursiven Formation-Formierung einher geht. Dies kann wiederum vor dem Hintergrund der zeitlichen oder der räumlichen Dimension geschehen. So geschieht es in der zeitlichen Dimension immer wieder, daß die lange Zeit artikuliert Formation-Formierung, aufgrund derer es zur ersten Einnahme der Mitgliedschaft gekommen ist, mit der diskursiven Formierung, die Repräsentanten zu einem bestimmten Zeitpunkt im Namen der Gruppe vornehmen, nicht mehr deckungsgleich ist. Räumlich, das heißt im Raum der zu einem Zeitpunkt nebeneinander existierenden diskursiven Subjekte, kommt es hingegen vor allem in großen politischen institutionalisierten Gruppen selbst dann, wenn die Mitglieder einer solchen Gruppe eine Formation-Formierung in ihren Grundaussagen stützen, zur Gleichzeitigkeit mehrerer unterschiedlicher Präzisierungen dieser Formation-Formierung (man denke z.B. an die Vielfalt der Positionen in den Volksparteien), die nicht alle notwendigerweise in die Artikulationssequenzen eingehen, die die Repräsentanten im Namen der gesamten Gruppe vorbringen. Es zeichnet nun aber eine institutionalisierte Gruppe aus, daß die Artikulation der Mitgliedschaft in ihr – aufgrund ihrer Langfristigkeit und Rechtsförmigkeit – bis zu einem gewissen Grad die Notwendigkeit, in jedem Einzelfall die Unterstützung einer bestimmten diskursiven Formation-Formierung zu erneuern, ersetzen kann (nur bis zu einem gewissen Grad, weil die Mitgliedschaft ja letztlich, wie gerade ausgeführt, auch „disartikuliert“ werden kann).

Hinzu kommt siebtens, daß Subjekte auf der Subjektposition eines „Mitglieds von X“ auch dann als äquivalent artikuliert werden (insbe-

sondere durch „Nichtmitglieder“), wenn sie im Einzelfall ein von den Repräsentanten der Gruppe artikuliertes Muster nicht stützen.

Auf diese sieben Punkte (von insgesamt acht, den achten reiche ich noch nach), aber insbesondere auf die drei letztgenannten Punkte muß sich eine diskurstheoretische Heuristik des Gruppensubjekts stützen. Inwieweit man eine gesellschaftliche Gruppe tatsächlich als Träger *einer* Subjektivität bezeichnen kann, war und ist zwar in den Sozial- und Rechtswissenschaften spätestens seit den Auseinandersetzungen um die – bereits aus dem 19. Jahrhundert stammenden – Überlegungen Otto von Gierkes zur „realen Verbandspersönlichkeit“ (vgl. Gierke 1954[1868-1913]; Gierke 1954[1902]) und deren Rezeption im frühen englischen Pluralismus (vgl. Birke 1978: 153-216) umstritten. Doch es hat sich – wohl auch in der Tradition marxistischer Überlegungen, Klassensubjekte und vor allem das Proletariat als Geschichtssubjekte zu begreifen (vgl. Schwemmer 1996: 129) – zunehmend eingebürgert, von Gruppen als politischen Subjekten auszugehen. Dies gilt in der Politikwissenschaft zum Beispiel für weite Bereiche der Policy-Netzwerk-Analyse, die in Organisationen oder korporativen Akteuren (i.e. institutionalisierten Gruppen) und weniger in individuellen Akteuren die maßgeblichen politischen Akteure sehen,²⁶ aber es gilt auch für diskurstheoretische Ansätze. So rekurrieren etwa Laclau/Mouffe in *Hegemony and Socialist Strategy* auf die in den 1980ern viel diskutierte Neuen Sozialen Bewegungen in ihrer Funktion als politische Subjekte (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 159-171). Auch wenn die Problematik der Generierung einer Gruppensubjektivität hier nicht im Detail erörtert werden kann, so ist doch die heuristische Annahme solcher Gruppensubjekte aus pragmatischen Gründen in jedem Fall sinnvoll, weil sie die Anzahl der diskursanalytisch zu betrachtenden Artikulationssubjekte beträchtlich senkt. Aber darüber hinaus erscheint diese heuristische Annahme im Anschluß an die eben aufgeführten sieben Punkte auch theoretisch haltbar, wenn man einerseits bedenkt, daß verschiedene individuelle Subjekte äquivalente Subjektpositionen einnehmen, sobald sie als Mitglied einer Gruppe artikuliert werden und/oder artikulieren; und wenn man andererseits berücksichtigt, daß von institutionalisierten Gruppen (oder genauer: von ihren Repräsentanten) vorgenommene Artikulationen auch jene individuellen Mitgliedssubjekte für die Gruppe vereinnahmen (zur

26 Dies trifft vor allem auf die europäische Policy-Netzwerk-Analyse zu (vgl. z.B. Marin/Mayntz 1991b: 14; Mayntz 1993; Marsh 1998b). Marsh (1998b: 6) stellt jedoch dar, daß sich demgegenüber ein Großteil der amerikanischen Forschung mit der Mikroebene der Netzwerke befaßt, das heißt der Vernetzung von Individuen, die in ihren jeweiligen Organisationen tätig sind; vgl. hierzu auch Peters (1998).

Gruppe äquivalent setzen), die diese Artikulationen kurz- oder mittelfristig nicht teilen. Im Anschluß an die Annahme einer der individuellen Subjektivität vergleichbaren Gruppensubjektivität ist es auch möglich, eine spezifische Art politischer Subjekte, die im Diskurs der Sozialen Marktwirtschaft immer wieder eine wichtige Rolle spielen, zu erfassen, und zwar die Dachverbände (allen voran DGB, BDI und BDA). Diese können als institutionalisierte Gruppen zweiter Ordnung verstanden werden, also als institutionalisierte Gruppen, in denen sich wiederum institutionalisierte Gruppen zusammengeschlossen haben.

Doch kehren wir nun zurück zum Ausgangspunkt: Institutionalisierte Gruppen sind also eine Form, die gemeinsames Artikulieren und auf diese Weise die Kristallisierung von diskursiver Macht gestattet. Dabei zeichnet sich die institutionalisierte Gruppe durch ein weiteres – achtendes und letztes – Merkmal aus: Sie aggregiert äquivalent artikulierende Subjekte nicht nur in der Dimension des Raums (sie führt nicht nur möglichst viele Subjekte zusammen), sondern sie aggregiert sie zusätzlich in der Dimension der Zeit, das heißt sie verstetigt das gemeinsame, koordinierte Artikulieren. Dies hat jedoch nicht nur den Vorteil, daß so stabile, relativ große Quantitäten von äquivalent artikulierenden Subjekten gesichert werden können. Es bringt auch drei gravierende Nachteile mit sich: Der erste Nachteil folgt daraus, daß die Langfristigkeit nur dadurch gewährleistet ist, daß in institutionalisierten Gruppen nicht nur Subjekte, sondern vor allem ihre Subjektpositionen zueinander in Beziehung gesetzt werden. Diese Subjektpositionen sind aber nicht die einzigen, die Subjekten zur Verfügung stehen (konkurrierende Gruppenmitgliedschaften oder zahlreiche nicht gruppengebundene Subjektpositionen sind wahrscheinlich), und es ist angesichts der diskursiven Ereignishaftigkeit, aber auch angesichts wiederkehrender Situationen der Unentscheidbarkeit zwischen verschiedenen Subjektpositionen nicht absehbar, wann sich Subjekte als „Mitglied von X“ positionieren und wann nicht. Der zweite Nachteil ist hiermit eng verbunden: Die Langfristigkeit, die damit einher geht, daß ein Subjekt die Subjektposition „Mitglied von X“ einmal eingenommen hat, bringt auch eine gewisse „Trägheit“ mit sich. Mit anderen Worten: Indem man die Subjektposition „Mitglied von X“ erstmals einnimmt, artikuliert man auch die Unterstützung einer bestimmten, von der Gruppe oder ihren Repräsentanten gestützten diskursiven Formation-Formierung. Aber sowohl individuelle Artikulationsmuster als auch die der Gruppe befinden sich kontinuierlich im Fluß, ohne daß bei zunehmender Divergenz zwischen beiden notwendigerweise der explizite Akt des Gruppenaustritts vollzogen wird. Infolgedessen können sich eine Gruppe oder auch ihre Repräsentanten nie sicher sein, daß die Grundlage gemeinsamer Artikulation in dem Maße wie ange-

nommen gewährleistet ist. Drittens schließlich macht es die Gleichzeitigkeit der Dauerhaftigkeit institutionalisierter Gruppen und der Ereignishaftigkeit des Artikulationsgeschehens wahrscheinlich, daß die Anzahl der in solchen Gruppen aggregierbaren Subjekte an Grenzen stößt. Es ist wahrscheinlich, daß kurze oder mittellange Institutionalisierungen eine größere Anzahl von gemeinsam artikulierenden Subjekten binden können.

Aus diesen drei Gründen erscheinen institutionalisierte Gruppen zwar als wichtige Formen zur Koordinierung und damit zur Erhöhung diskursiver Wahrnehmbarkeit und letztlich zur Förderung von Hegemonien, aber nicht als einzige Form. Sie sind zu ergänzen durch jene fluideren Formen der Koordinierung, die oben schon angesprochen wurden. Diese lassen sich als diskursive Koalitionen oder auch als Diskurskoalitionen bezeichnen und werden nun im folgenden Abschnitt genauer betrachtet.

4.5.2 Diskurskoalitionen

Koalitionen zwischen verschiedenen Subjekten, die als Äquivalente artikuliert werden, aber dabei nicht in eine solch enge Verbindung miteinander treten wie in institutionalisierten Gruppen, scheinen aus diskurstheoretischer Perspektive das Mittel *par excellence* zur Bewerkestellung von Hegemonien zu sein. Unter den möglichen Verbindungen verschiedener Subjekte spiegeln Koalitionen am ehesten das wider, was als die diskursive Logik des Zum-Teil bezeichnet wurde, weil sie sich in der Schwebe zwischen Fixiertheit und Nicht-Fixiertheit befinden. Zwischen dem einen Fall einer institutionalisierten Gruppe und dem anderen Fall von vielen Subjekten, die überhaupt keine Gruppe bilden, sondern nur mehr oder weniger zufällig miteinander zu tun haben (was nicht jede Form von Koordinierung und Kooperation ausschließt: Koordinierung/Kooperation auf dem Markt etwa erfordert keine Gruppenbildung!), bilden Koalitionen eine Art fragiles „Mittelding“. Während einerseits viele unkoordinierte Subjekte überhaupt nicht in Äquivalenzbeziehungen – sondern in nicht überformten Differenzbeziehungen – artikuliert werden und andererseits die Mitglieder einer institutionalisierten Gruppe in verstetigten und abgesicherten Äquivalenzbeziehungen zueinander stehen, treten Koalitionäre zueinander zwar in Äquivalenzbeziehungen, aber diese sind fortwährend prekär. Daß sie prekär sind, heißt nicht, daß sie nicht auch über lange Zeit bestehen können (eventuell kann sich auch eine Koalition in eine institutionalisierte Gruppe wandeln), aber ihnen fehlt jene rechtsförmige, sittliche oder anderweitig langfristig *bindende* Absicherung, die institutionelle Gruppen auszeichnet. Zwar stützen die Koalitionäre alle eine bestimmte diskursive oder auch hegemoniale Formation-Formierung, aber diese Unterstützung muß

angesichts sich wandelnder Kontexte immer wieder neu artikuliert werden. In Koalitionen müssen Subjekte kontinuierlich aufs Neue für die Subjektpositionen einer von ihnen gestützten diskursiven/hegemonialen Formation-Formierung rekrutiert werden. Mit anderen Worten bildet die Formation-Formierung (in ihrer beständigen Reartikulation) selbst eine Art Zement, der die Koalition zusammenhält; in institutionalisierten Gruppen hingegen kann diese „Zementfunktion“ für geraume Zeit durch die Mitgliedschaft ersetzt werden.

Der Begriff der Diskurskoalition wurde schon in anderen Kontexten verwendet (vgl. Wuthnow 1989: 16; Wagner 1990: 53-57; Singer 1990; 1993a; 1993b), am prominentesten durch Maarten Hajer (1995). Ehe ich zum Schluß dieses Abschnitts vor allem auf Hajers wichtigen Beitrag zu sprechen komme, möchte ich jedoch dem Konzept der Diskurskoalition, wie es hier verstanden werden soll, noch mehr Kontrast verleihen. Dazu möchte ich es mit zwei Konzepten vergleichen, die in der Policy-Analyse²⁷ eine prominente Stellung einnehmen: dem des Policy-Netzwerks und dem der *advocacy coalition*.

Wenn soeben Diskurskoalitionen zwischen den Möglichkeiten einer Vielzahl von Subjekten ohne jede sie verbindende Äquivalenzrelation einerseits und der institutionalisierten Gruppe andererseits verortet wurden, so deutet sich hierin eine gewisse strukturelle Ähnlichkeit zu jenen Konglomeraten von Akteuren an, die gemeinsam an der Konzeptionierung und Entwicklung von Policies arbeiten und die nun schon seit geraumer Zeit unter der Bezeichnung der Policy-Netzwerke erforscht werden.²⁸ Im Gegensatz zu pluralistischen, im wesentlichen marktförmig organisierten Policy-Prozessen, bei denen der Staat nur als Rezeptor und „Schiedsrichter“ zwischen den politisch organisierten Interessen auftritt,²⁹ aber auch im Gegensatz zur hierarchischen Organisation von Po-

27 Die Policy-Analyse ist zum einen von besonderem Interesse, weil es auch hier in gewisser Weise – auf dem Feld einer Policy – um die Durchsetzung hegemonialer Positionen geht, und zum anderen, weil die Policy-Analyse als einer jener Bereiche der empirisch forschenden Politikwissenschaft gelten darf, in dem ein relativ weit verbreitetes Bewußtsein für eine kognitive Ebene der Politik vorhanden ist, die deshalb eine gewisse Offenheit für die diskurstheoretische Denkungsart zeigt, auch wenn der Diskursbegriff selbst kaum Konjunktur hat (vgl. Nullmeier 2001: 286-289, der in diesem Zusammenhang auch von einer „kognitiven Wende“ spricht).

28 Einen Kurzüberblick über die politischen Netzwerktheorien bietet Schubert (1994). Ausführlicher sind z.B. verschiedene Beiträge in Marin/Mayntz (1991a: 11-59) und Héritier (1993a: 1-94), sowie die Sammelbände von Jansen/Schubert (1995) und Marsh (1998a).

29 Dies wäre im wesentlichen ein (neo-)pluralistisches Verständnis von Policy-Prozessen. Einen ausführlichen Überblick über die Anfänge des Pluralismus als politischer Theorie bietet Birke (1978). Zur Rezeption in

lity-Prozessen, in der sich zwischen den Beteiligten relativ rigide Beziehungen entwickeln, die zudem vor allem um den dominanten Akteur Staat herum angeordnet sind,³⁰ gelten Netzwerke häufig als eine Art Mittelweg zwischen hierarchischen und marktförmigen Policy-Prozessen (vgl. Kenis/Schneider 1991: 41; Mayntz 1993: 44/45).³¹ In ihnen kommt weder die Handlungslogik der Autorität (also letztlich Befehl und Gehorsam) zum Tragen noch die des Wettbewerbs, sondern die Handlungslogik der Verhandlung und des Aushandelns, wobei die Netzwerkakteure idealtypischerweise sowohl auf einen Ausgleich ihrer jeweils eigenen Interessen als auch auf ein optimales gemeinsames Ergebnis zur Problemlösung in einem Politikfeld bedacht sind (vgl. Mayntz 1993: 45-47).³²

Deutschland vor allem im Zuge des Neo-Pluralismus Ernst Fraenkel (vgl. v.a. Fraenkel 1979[1964]) siehe die sehr ausführliche Darstellung bei Kremendahl (1977). Als kompetent eingeleitete Sammlung von Pluralismus-„Klassikern“ ist noch immer Nuscheler/Steffani (1973[1972]) hilfreich. Für neuere Entwicklungen der politischen Pluralismustheorien siehe Schubert (1995: 412-415).

- 30 Dies wäre im wesentlichen ein (neo)-korporatistisches Verständnis von Policy-Prozessen. Siehe für die frühe korporatistische Kritik am Pluralismus Schmitter/Lehmbruch (1979) und Alemann (1981). Die kompakte Studie über die Korporatismustheorien von Peter Williamson (1989) enthält auch einen Überblick über die Diskussion zwischen Pluralismus und Korporatismus (ebd.: 49-74). Jüngere Entwicklungen stellt am Beispiel der BRD z.B. Wolfgang Streeck (1999, v.a. 280-297) dar; siehe aber auch Schubert (1995: 416-420).
- 31 Auch wird der Ansatz der Policy-Netzwerk-Analyse immer wieder dahingehend interpretiert, daß er zwischen pluralistischen und korporatistischen Ansätzen stünde (vgl. Kenis/Schneider 1991: 27/28). Zwar scheinen Policy-Netzwerke durch ihre grundsätzlich kooperative Ausrichtung korporatistischen Vorstellungen näher zu sein als pluralistischen, aber es gibt doch mindestens zwei grundlegende Unterschiede zwischen Netzwerkforschung und Korporatismus: Erstens konstatiert letzterer eine „konstitutive Rolle des Staates bei der Organisierung kollektiver gesellschaftlicher Interessen“ (Streeck 1999: 282), schreibt also dem Staat die zentrale Rolle wenigstens bei der organisatorischen, oft aber auch bei der inhaltlichen Steuerung zu, wohingegen staatliche Akteure aus der Perspektive der Netzwerkforschung gleichberechtigte Akteure innerhalb der Netzwerke sind (vgl. z.B. Marin/Mayntz 1991b: 17; Héritier 1993a: 16). Zweitens blickt die Netzwerkforschung auf einzelne Politikfelder (und teilweise auch auf Subfelder), während der Korporatismus die makro-politische Konstellation der gesamten Polity im Blick hat (vgl. Marin/Mayntz 1991b: 19).
- 32 Neben dem ausgeführten Netzwerkkonzept, das vor allem die deutsche Literatur prägt, gibt es auch ein prominentes angelsächsisches Konzept, wonach „Netzwerk“ einen Oberbegriff für verschiedene Beziehungsformen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren darstellt (vgl. Börzel 1998).

Ein Vergleich mit dem Konzept der Policy-Netzwerke kann dabei helfen, den Blick für die Eigenschaften von Diskurskoalitionen zu schärfen. Aber auch wenn es verlockend ist, Policy-Netzwerke und Diskurskoalitionen als ähnliche Konzepte zu begreifen, so lassen sich doch bei vielen ähnlichen Merkmalen auch ganz wesentliche Unterschiede ausmachen. Dies wird deutlich, wenn wir folgende – von Bernd Marin und Renate Mayntz erstellte – Liste wesentlicher Merkmale von Policy-Netzwerken betrachten. Danach zeichnen sich Policy-Netzwerke aus durch

being anchored in policy sectors; requiring collective action; composed of corporate actors; structured as interorganizational relations; predominantly informal and horizontal, but not without asymmetric interdependencies which means power relations; functionally defined by the formulation and implementation of policy; without stable central or hegemonic actors; involving not too many participants; and characterized by strategic interaction and a predominance of antagonistic cooperation or mixed-motive games (Marin/Mayntz 1991b: 18).

Diese Merkmale der Policy-Netzwerke sollen nun hinsichtlich ihrer Validität für Diskurskoalitionen in politischen Diskursen betrachtet werden, wobei die Reihenfolge, in der sie genannt werden, leicht abgeändert und einige Merkmale zusammengefaßt werden:

(1) *anchored in policy sectors*. Offensichtlich sind politische Diskurskoalitionen nicht notwendigerweise in einzelnen Politikfeldern wie Agrar- oder Außenpolitik verankert. Sie können, wie im Fall des wirtschaftspolitischen Diskurses – in dessen Zentrum der leere Signifikant „Soziale Marktwirtschaft“ steht – zahlreiche Politikfelder (neben der Wirtschaftspolitik wenigstens die Sozial-, Finanz-, Familien- und Wohnungsbaupolitik) verbinden. Aber natürlich sind auch Diskurskoalitionen in einzelnen Politikfeldern denkbar. Und so weist dieser Punkt auf eine grundsätzliche Problematik jeder Diskurswissenschaft: die Reichweite und die Abgrenzbarkeit von Diskursen (und damit auch auf die Problematik der Verortung der in ihnen artikulierenden Subjekte und Koalitionen). Da sie immer wieder ineinander greifen und einander auch teilweise überlappen, ist es unmöglich, einzelne politische Diskurse genau voneinander abzugrenzen, bzw. jeder Versuch einer exakten Abgrenzung trägt Spuren der Konstruktion durch die Diskursanalytikerin. Dennoch gibt es einen, bereits genannten Anhaltspunkt: Denn verschiedene politische Diskurse grenzen sich dadurch voneinander ab, daß in ihren diskursiven Formationen-Formierungen jeweils eigene Aspekte des symbolischen Allgemeinen zum Gegenstand konflikthafter Artikulation werden. Darin liegt der Grund, daß wir von Beginn an von einem

jeweils *spezifischen Allgemeinen* gesprochen haben. Dabei kann das Allgemeine das spezifische Allgemeine eines einzelnen Politikfeldes sein, also zum Beispiel in der Agrarpolitik in etwa ausgedrückt sein durch „eine Produktionsweise von Lebensmitteln und anderen agrarischen Gütern (auch: einer wohl gehegten Kulturlandschaft), die sowohl Produzenten als auch Konsumenten befriedigt“.³³ Oder aber es kann eben ein spezifisches Allgemeines sein, das über ein Politikfeld hinaus geht – wie im Fall des ordnungspolitischen Diskurses oder zum Beispiel auch in Bürger- oder Menschenrechtsdiskursen. Entsprechend der unterschiedlichen Ausformungen des spezifischen Allgemeinen werden auch die Kreise der von einem politischen Diskurs Betroffenen, die damit auch gleichzeitig potentielle Koalitionäre sind, unterschiedlich sein (vgl. für potentielle Koalitionssubjekte in Umweltdiskursen Hajer 1995). Grundsätzlich jedenfalls sind Diskurskoalitionen – wie politische Diskurse im allgemeinen – auf verschiedenen Ebenen anzusiedeln.

(2) *requiring collective action*. Es sollte mittlerweile deutlich geworden sein, daß für Diskurskoalitionen (wie für diskursive Hegemonien im allgemeinen) gemeinsames Handeln – allerdings im Sinne gemeinsamer Artikulation – erforderlich ist.

(3) *composed of corporate actors; structured as interorganizational relations*.³⁴ Bezüglich dieses Aspektes sind sich verschiedene Netzwerkansätze uneins. Während in den Überlegungen von Marin/Mayntz nur korporative Akteure bzw. Organisationen als Netzwerkakteure eine Rolle spielen (vgl. auch Mayntz 1993), heben weite Teile der amerikanischen Policy-Netzwerk-Forschung die von Individuen gewobenen Netzwerke hervor (vgl. Marsh 1998b: 6). Betrachtet man die Zusammenset-

33 Man erkennt an der Notwendigkeit einer solch langen Formel wie dieser, die das agrarpolitische Allgemeine fassen soll, im übrigen das Fehlen eines leeren Signifikanten, dem es gelingen könnte, das spezifische Allgemeine knapp zu fassen.

34 Die Politikwissenschaft unterteilt komplexe Akteure (i.e. die nicht-individuellen Akteure) in Akteuraggregate, kollektive und korporative Akteure (vgl. v.a. Scharpf 1997: 53-58). Dabei wird unter einem Akteuraggregat eine zufällig gemeinsam oder gleichorientiert handelnde Gruppe verstanden. Kollektive Akteure bestehen aus individuellen Akteuren, die ihr gemeinsames Handeln koordinieren und organisieren, die aber immer noch jeweils eigenständig agieren; hierunter werden auch Koalitionen bzw. Allianzen verstanden. Korporative Akteure „entstehen, wenn Akteure Ressourcen zusammenlegen, um als Handlungseinheit eine überindividuelle Rechtsperson zu erschaffen, die in ihrem Interesse tätig wird“ (Schneider 2003: 109). Wie unschwer zu erkennen ist, ähnelt die hier für die Diskurstheorie vorgeschlagene Unterscheidung zwischen Diskurskoalition und institutionalisierter Gruppe der Unterscheidung zwischen kollektivem und korporativem Akteur.

zung von Diskurskoalitionen, so spricht grundsätzlich nichts dafür, daß nur institutionalisierte Gruppen – sie bilden die diskurstheoretische Entsprechung der korporativen Akteure – und nicht auch Individuen Teil von Diskurskoalitionen sein können (weshalb auch bislang immer sowohl von Individuen als auch von Gruppen als diskursiven Subjekten gesprochen wurde). Bedenkt man jedoch, daß sowohl Diskurskoalitionen als auch institutionalisierte Gruppen Mittel zur Steigerung der diskursiven Wahrnehmbarkeit darstellen, die dabei jeweils unterschiedliche Stärken haben, dann ist die Annahme naheliegend, daß Koalitionen, die aus institutionalisierten Gruppen bestehen, die wahrscheinlichste Variante von hegemonialen Diskurskoalitionen sind, eben weil sie verschiedene Möglichkeiten der Koordinierung miteinander verknüpfen. Das schließt die Beteiligung von Individuen an Diskurskoalitionen nicht grundsätzlich aus, sollte aber mit Blick auf die empirische Diskursanalyse zur Vorsicht mahnen: Hier sollte immer genau betrachtet werden, ob Subjekte, die als individuelle Subjekte artikuliert werden, nicht letztlich doch von der Subjektposition eines Repräsentanten einer institutionalisierten Gruppe sprechen. Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack etwa, die in der zweiten Hälfte der 1940er und in den 1950ern die vielleicht die prominentesten „individuellen“ Koalitionäre für die Etablierung der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft waren, konnten diese Rolle wenigstens zum Teil nur als Repräsentanten der CDU bzw. der Bundesregierung übernehmen.

(4) *functionally defined by the formulation and implementation of policy.* Da es sich um die Diskussion der Eigenschaften von Policy-Netzwerken dreht, ist diese Einschränkung naheliegend. Im Falle von politischen Diskurskoalitionen jedoch würde eine solche Einschränkung zu sehr einengen. Es ist gerade im Fall des Diskurses der Sozialen Marktwirtschaft offensichtlich, daß es hier nicht nur um die Formulierung und Implementierung von Policy geht, sondern vor allem um die Gestaltung eines diskursiven Raums, innerhalb dessen die Formulierung und Implementierung einer bestimmten Art von Policy wahrscheinlicher wird als die einer anderen.

(5) *predominantly informal and horizontal, but not without asymmetric interdependencies which means power relations; without stable central or hegemonic actors.* Auch hier finden sich in der Policy-Netzwerk-Forschung verschiedene Positionen. Marin/Mayntz schließen die Existenz hegemonialer Akteure vor allem aus ihrer Netzwerkkonzeption aus, um deutlich zu machen, daß dem Staat trotz seiner Normsetzungskompetenz weder bei der Organisation des Netzwerks noch bei der Policy-Formulierung im Netzwerk eine entscheidende Rolle zukommt, womit sie den Policy-Netzwerk-Ansatz deutlich von korporati-

stischen Modellen abheben. Allerdings weist Colin Hay darauf hin, daß es wenigstens in der Phase der Konstituierung eines Policy-Netzwerks üblicherweise eines (emergierenden) Netzwerkhegemons bedarf, der jedoch keineswegs ein staatlicher Akteur sein muß (vgl. Hay 1998: 47). Ob sich innerhalb von Koalitionen, auf denen diskursive Hegemonien aufbauen, selbst wiederum ein hegemoniales Subjekt herausbildet, sich also ein hegemonialer Knotenpunkt zweiter Ordnung innerhalb einer Hegemonie erster Ordnung entwickelt, läßt sich a priori – also vor der empirischen Analyse – nicht sagen. Grundsätzlich auszuschließen ist es aber nicht, zumal natürlich vorstellbar ist, daß institutionalisierte Gruppen von unterschiedlicher diskursiver Präsenz (d.h. Gruppen, die ihrerseits besser oder schlechter in der Lage sind, zum Zwecke diskursiver Wahrnehmbarkeit Koordinierungsleistungen zu erbringen) Teil von Koalitionen sind.

(6) *involving not too many participants*. Diese Maßgabe ergibt sich für Policy-Netzwerke vor allem daraus, daß die Netzwerkakteure unter Zeitdruck im Modus des Verhandeln verkehren, da aufgrund der Ausrichtung eines Policy-Netzwerks die Notwendigkeit der Einigkeit in einer Policy-Frage zu einem bestimmten Zeitpunkt erforderlich ist. Diese Notwendigkeit besteht für Diskurskoalitionen üblicherweise nicht, da Hegemonien langfristige Projekte sind und sich einzelne diskursive Subjekte einer Diskurskoalition nach und nach über lange Zeit hinweg anschließen können. Für die hegemoniale Praxis gilt, wie im Anschluß an die obigen Überlegungen zur diskursiven Wahrnehmbarkeit deutlich geworden sein sollte: Je mehr Subjekte Teil einer diskursiven Koalition sind, desto höher sind die Erfolgchancen dieser Koalition.

(7) *and characterized by strategic interaction and a predominance of antagonistic cooperation or mixed-motive games*. Dieser letzte Punkt ist besonders interessant, denn er wirft die Frage auf, bis zu welchem Grad die Beteiligten an einer Diskurskoalition gemeinsam an einer diskursiven Formation-Formierung Anteil haben und wann diese Gemeinsamkeit endet (denn Artikulationsmuster können natürlich sehr unterschiedliche Ausdehnungen aufweisen) und in artikulatorische Konkurrenz innerhalb der Koalition umschlägt. Gleichzeitig geht es um die Frage, ob sich im Zuge dieser Konkurrenz eine Art „Hegemonie zweiter Ebene“ konstituiert, also etwa die Vorherrschaft einer bestimmten Interpretation der umfassenden Forderung einer hegemonialen Formation-Formierung oder auch die Vorherrschaft einer Gruppe, die die Subjektposition eines „wahren Garanten“ der Erfüllung dieser Forderung einnimmt. Ich komme auf diese Fragen im folgenden Abschnitt (4.6) eigens zu sprechen.

Es sind nun im Kontrast zur Konzeption des Policy-Netzwerks³⁵ einige Merkmale von Diskurskoalitionen deutlich geworden. Im Zuge dieser Kontrastierung konnten jedoch zwei wesentliche Vorzüge des Konzepts der Diskurskoalition gegenüber jenem des Policy-Netzwerks noch nicht angesprochen werden, weil hierfür die ursprüngliche Phänomenbeschreibung von Marin/Mayntz keine Anhaltspunkte bot. Diese Vorzüge kommen zum Tragen gegenüber Schwächen eines Großteils des Policy-Netzwerk-Ansatzes, auf welche allerdings auch innerhalb der Policy-Netzwerk-Debatte selbst schon hingewiesen wurde, insbesondere von Colin Hay (1998), aber auch von David Marsh (1998c). Erstens tendieren demnach viele Policy-Netzwerk-Analysen zu einer Reifizierung der Netzwerkstruktur, das heißt sie richten ihr Augenmerk vornehmlich auf die (vermeintlich stabile) Struktur des Netzwerks und übersehen dabei die Dynamik des „networking“, also des kontinuierlichen Prozesses des Knüpfens des Netzes (oder aber auch das ebenso nur dynamisch denkbare Scheitern dieses Knüpfens) (vgl. Hay 1998: 34/35). Indem die Diskursanalyse Artikulationen untersucht – Artikulationen, die das Netz des Sinns im allgemeinen ständig in Bewegung halten, aber im besonderen auch das Netz der in Koalitionen und anderweitig artikulierenden Subjekte –, kann sie dieses Problem umgehen. Wie im vorangegangenen Abschnitt ausführlich diskutiert, besteht eine fundamentale Annahme der Diskurstheorie darin, daß Diskurs *und* Subjekt (bzw. Struktur *und* Akteur) beide der Dynamik des Artikulierens unterliegen, daß sich also im Laufe von Artikulationsprozessen Subjekte ebenso wandeln wie die diskursiven Strukturen, auf die die Subjekte vermeintlich einbahnstraßenhaft einwirken (vgl. zur Notwendigkeit, Netzwerkprozesse dialektisch und dynamisch zu denken, auch Marsh 1998c: 192-197).

Zweitens verdeutlichen Hay (1998) und Marsh (1998c) auch, daß das Potential der Policy-Netzwerkanalyse nicht ausgeschöpft wird, solange man infolge eines positivistischen Verständnisses von Sozialwissenschaft ausschließlich in den materiellen Umständen oder den materiellen Interessen nach der Größe Ausschau hält, die ein Netzwerk

35 Genauer: im Kontrast zu einer bestimmten derartigen Konzeption, denn es gibt keine allgemein akzeptierte Definition eines solchen Netzwerks. Papi (1993: 84) weist zum Beispiel darauf hin, daß man einerseits Netzwerke als historisch spezifische Erscheinungsform der Interessenvertretung oder der Politiksteuerung betrachten kann, andererseits aber auch in einem formalen Sinne und allgemein als „durch Beziehungen eines bestimmten Typs verbundene Akteure“ verstehen kann. Während die Konzeption von Marin/Mayntz tendenziell im ersten Verständnis zu verorten wäre (vgl. Marin/Mayntz 1991b: 19), fände sich eine als Netzwerk begriffene Diskurskoalition eher im zweiten Verständnis wieder. Vgl. auch Börzel (1998).

zusammenhält. Beide fordern demgegenüber eine Art kognitive Komponente ein, die ihres Erachtens die Netzwerkentwicklung maßgeblich beeinflusst. So stellt Hay dar, daß zur Konstituierung eines Netzwerks verschiedene Faktoren – die Potentiale gegenseitigen Vorteils bei kollektivem Handeln, die Potentiale der Erhöhung der strategischen Fähigkeiten durch das Zusammenführen strategischer Ressourcen und die Bedingungen der Machbarkeit eines Netzwerks – nicht einfach vorhanden seien, sondern als solche *wahrgenommen* werden müssen (vgl. Hay 1998: 47). Man könnte diskurstheoretisch deutlicher formulieren: Sie müssen artikuliert, das heißt mit dem jeweiligen Sinn versehen werden.³⁶ Marsh weist darauf, daß es gerade die Notwendigkeit ist, die Momente der Interpretation immer mit zu denken, die die Trennlinie zwischen Netzwerk und Netzwerkkontext verschwimmen läßt, weil man letztlich nicht eindeutig feststellen kann, ob ein Ereignis im Kontext sich auf das Netzwerk in spezifischer Weise auswirkt oder aber die Interpretation dieses Ereignisses, die sich im Netzwerk etabliert (vgl. Marsh 1998c: 196/97).

Es kann eigentlich nicht überraschen, daß Hay und Marsh die Policy-Netzwerk-Analyse um diese kognitive Komponente erweitern wollen, denn grundsätzlich läßt sich für die Policy-Analyse im allgemeinen feststellen, daß sie der Bereich der empirisch orientierten Politischen Wissenschaft ist, der sich am weitesten für Probleme des Wissens und der Sinnstrukturen geöffnet hat (vgl. z.B. die Beiträge in Héritier 1993a: 97-196; siehe zur Übersicht auch Nullmeier 2001: 289-303) und in dem auch schon der Ruf nach diskursanalytischer Methodik laut geworden ist (vgl. Yanow 1995: 124). Allerdings fällt auf, daß dann, wenn sich die Policy-Analyse dem breiten Feld von Wissen, Interpretation und Diskursivität zuwendet, sie sich häufig mit sehr spezifischen Diskursen befaßt, nämlich den Diskursen der Wissenschaft und dem Einfluß wissenschaftlich generierten Wissens auf die Politik. Dies gilt zum Beispiel für das von Peter Haas (1992) eingeführte Konzept der *epistemic communities*, die er versteht als „a network of professionals with recognized expertise and competence in a particular domain and an authoritative claim to policy-relevant knowledge within that domain or issue area“; diese *epistemic communities* werden zusammen gehalten durch „a shared set of normative and principled beliefs, [...] shared causal beliefs, [...] shared notions of validity, [...] and a common policy enterprise“ (ebd.: 3) – also im wesentlichen durch eine Art dessen, was hier als Artikulati-

36 Hay weist nicht nur mit Blick auf die Phase der Konstituierung von Netzwerken auf diese kognitiven Notwendigkeiten hin, sondern auch hinsichtlich der Phasen der Netzwerktransformation und des Netzwerkscheiterns (vgl. Hay 1998: 48/49).

onsmuster oder als diskursive Formation-Formierung bezeichnet wird. Eine solche *epistemic community* kann sicherlich eine spezifische Art von Diskurskoalition darstellen, aber das Konzept der Diskurskoalition will in allgemeiner Weise ein Baustein zur Erklärung von politisch-diskursiven Hegemonien sein. Hierzu reicht aber eine Perspektive, die auf Gruppen mit anerkannter (in der Gegenwart eben zumeist wissenschaftlicher, vgl. ebd.: 11) Expertise eingeengt ist – so sehr eine solche Perspektive gelegentlich für die Betrachtung singulärer Policy-Projekte gelegentlich fruchtbar sein mag – nicht aus. Denn hierfür ist ein breiteres Verständnis von politisch-diskursiv wirksam werdenden Sinnstrukturen ebenso notwendig wie eine Ausweitung der Perspektive auf zahlreiche andere politisch relevante Subjekte.

Letzteres belegt auch derjenige Ansatz, welcher in dem Bereich der Policy-Forschung, der sich für Fragen der Kognition sensibel zeigt, bislang die höchste Akzeptanz gefunden hat und in zahlreichen empirischen Forschungen angewendet wurde: der *Advocacy-Coalitions*-Ansatz von Paul Sabatier und Hank Jenkins-Smith (vgl. Sabatier 1988; Sabatier 1993; Sabatier/Jenkins-Smith 1993: 1-56, 211-235; Sabatier/Jenkins-Smith 1999). Die Grundüberlegung von Sabatier/Jenkins-Smith besteht darin, daß sich die zahlreichen privaten und staatlichen Akteure, die an den Policy-Prozessen in jeweils einzelnen Policy-Subsystemen mitwirken, zu sogenannten *advocacy coalitions* aggregieren lassen, wobei sich die Akteure einer solchen *advocacy coalition* dadurch auszeichnen, daß sie „(1) share a set of normative and causal beliefs and (2) engage in a nontrivial degree of coordination over time“ (Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 120). Nach über einem Jahrzehnt der empirischen Anwendung ihres Ansatzes halten Sabatier/Jenkins-Smith (1999: 127) fest, daß „[v]irtually all case studies have identified coalitions composed of interest groups, agencies, and usually a few legislators and researchers“ – und dies geht eben über die relativ engen Grenzen einer *epistemic community* hinaus.

Der *Advocacy-Coalitions*-Ansatz hat sich mittlerweile zu einer relativ komplexen Theorie des Policy-Prozesses entwickelt. In ihrem Zentrum steht eine Reformulierung der geläufigen Annahme, Koalitionen im politischen Raum entstünden ausschließlich infolge geteilter materieller Interessen (vgl. Sabatier 1993: 130). Was Koalitionen verbindet, argumentieren Sabatier und Jenkins-Smith, müsse man sehr viel weiter fassen und als komplexes *belief system* verstehen. *Belief systems* in diesem Sinne

enthalten Wertvorstellungen, Annahmen über wichtige Kausalbeziehungen, Perceptionen von Weltzuständen (einschließlich der Größe von Problemen), eine Auffassung über die Wirksamkeit von Policy-Instrumenten, etc. Der Ad-

vocacy-Koalitions-Ansatz geht davon aus, daß Akteure sich wenigstens zum Teil im politischen Prozeß engagieren, um ihre handlungsleitenden Orientierungen in öffentliche Maßnahmen umzusetzen (Sabatier 1993: 121).

Sabatier und Jenkins-Smith untergliedern die *belief systems* von Akteuren in Policy-Prozessen in drei Ebenen: in den Hauptkern, den Policy-Kern und in sekundäre Aspekte. Dabei umfaßt der Hauptkern wesentliche normative und ontologische Axiome und durchdringt die politischen Auffassungen hinsichtlich aller Policy-Subsysteme (z.B. Menschenbild, relative Bedeutung von Grundwerten, Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit). Mit dem Policy-Kern hingegen, der sich nur auf ein spezifisches Subsystem bezieht, sind jene grundlegenden policy-spezifischen Überzeugungen und Einschätzungen gemeint, die der Verfolgung der zentralen Wertvorstellungen (des Hauptkerns) innerhalb dieses Policy-Subsystems zugrunde liegen (z.B. die Orientierung an fundamentalen Wertvorstellungen; die Einschätzung der Betroffenheit und Wichtigkeit bestimmter, von einer Policy-Frage betroffener Gruppen; die Einschätzung der Bedrohlichkeit bestimmter Sachverhalte). Unter die „sekundären Aspekte“ schließlich, die oft nur Einzelaspekte des Subsystems betreffen und nie über dieses hinaus gehen, werden im allgemeinen all jene Bereiche gerechnet, die die konkrete Politik-Gestaltung im Bereich der legislativen Vorgehensweise oder der administrativen Instrumente berühren (für die jüngste Version dieser Differenzierung von *belief systems* vgl. Sabatier/Jenkins-Smith 1999: 133). Was *advocacy coalitions* zusammenhält (der „Zement“ der *advocacy coalitions*), ist die Übereinstimmung verschiedener Akteure im Bereich des Policy-Kerns (vgl. ebd.: 131). Diese Einschätzung ist nicht überraschend, denn Sabatier/Jenkins-Smith sind ja um eine adäquate Theoretisierung von Policy-Prozessen bemüht – und nicht von diskursiven Prozessen im allgemeinen.

Sieht man von dieser, durch die Forschungsmaterie wohl begründete Einschränkung auf eng abgegrenzte Policy-Fragen innerhalb einzelner Policy-Subsysteme ab, erweist sich der *Advocacy Coalitions*-Ansatz für das hier angestrebte Unterfangen einer Analyse politischer Diskurse aus zwei Gründen als fruchtbar: Erstens ermöglicht er aufgrund zahlreicher Studien einen empirisch gesättigten Überblick darüber, welche Subjekte sich in Koalitionen, die sich aufgrund geteilter *belief systems* gruppieren, zusammenfinden. Von Interesse sind hier insbesondere die Studien von Otto Singer, die sich eng am theoretischen Entwurf von Sabatier/Jenkins-Smith anlehnen, und deren empirisches Untersuchungsfeld wirtschaftspolitische Diskurse sind (vgl. Singer 1990; 1993a; 1993b).³⁷ Da-

37 Im übrigen übersetzt Singer „advocacy coalition“ mit „Diskurskoalition“.

bei zählt er zu den wichtigen Akteuren in diesen Diskursen vor allem „Ministerien, Zentralbanken, Parlamentsausschüsse, Parteien, Verbände, Forschungsinstitutionen [und] Vertreter der Medien“ (Singer 1993a: 163). Hierauf wird zurückzukommen sein. Zweitens liefert der *Advocacy-Coalitions-Ansatz* eine empirisch abgesicherte Basis für die oben ausgeführte diskurstheoretische Überlegung, nicht nur die Individuen und Gruppen, die sich zu einer Koalition zusammenfügen, sondern die Koalitionen selbst als diskursive Subjekte (die am höchsten aggregierten) zu begreifen. Dies bringt eine enorme Entlastung mit sich, weil es gestattet, wenigstens auf der obersten Untersuchungsebene die Zahl der zu betrachtenden diskursiven Subjekte beträchtlich zu senken.

Dieses Theorie-Input darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es grundlegende Unterschiede zwischen dem *Advocacy-Coalitions-Ansatz* und der hier entworfenen Theorie politischer Diskurse gibt. Der Hauptunterschied liegt sicherlich darin – und dies betrifft nicht nur den *Advocacy-Coalitions-Ansatz*, sondern viele Theorien, die statt Diskursivität vornehmlich Wahrnehmung, Interpretation und Kognition zu zentralen Analyse kategorien machen –, daß der *Advocacy-Coalitions-Ansatz* von einer dualen Struktur ausgeht, die eine Ebene der externen Realität von einer Ebene der Wahrnehmung und Interpretation dieser externen Realität trennt. Demgegenüber geht die Diskurstheorie von einer grundlegenden diskursiven Bedingtheit jeder (differenziert erscheinenden) Realität aus und folgt daher diesem Schritt der Zweiteilung nicht. Dies hat zwei Konsequenzen: So läßt sich erstens nicht in solch eindeutiger Weise vom letztlich maßgeblichen Einfluß externer Ereignisse auf die Gruppenbildung und -entwicklung sowie auf die Policy-Entwicklung sprechen, wie dies der *Advocacy Coalitions-Ansatz* tut (vgl. Sabatier 1993: 123): Ereignisse finden nur sehr selten als bloße externe (d.h. reale, die Grenze des Diskurses anzeigende) Ereignisse statt, sondern fast ausschließlich als diskursive Ereignisse.³⁸ Zweitens hat es gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis von Gruppe und *belief system* bzw. diskursiver Formation-Formierung: *Advocacy coalitions* finden sich zusammen, weil sie die externe Welt in ähnlicher Weise wahrnehmen und repräsentieren und gemeinsame Überzeugungen hinsichtlich des Funktionierens dieser Welt und der Gültigkeit bestimmter

38 Wie bereit oben ausgeführt, machen auch Hay (1998: 47) und Marsh (1998c: 196/97) innerhalb des Policy-Netzwerk-Ansatzes zwar nicht auf exakt dasselbe, aber doch auf ein strukturell ähnliches Problem aufmerksam, wenn sie feststellen, daß zwischen Ereignissen im Netzwerkkontext und im Netzwerk selbst nur schwer zu unterscheiden ist, weil vermeintliche externe Ereignisse immer durch die Netzwerkakteure so oder so gesehen werden können.

Normen haben; auf dieser gegebenen Grundlage eines von den Koalitionären geteilten *belief system* handeln sie gemeinsam. Diskurskoalitionen hingegen konstituieren sich, wenn verschiedene Subjekte die Welt in äquivalenter Weise als sinnhafte, differenzierte Welt artikulieren; das heißt, sie entstehen immer aufs Neue (und wandeln sich kontinuierlich) im Zuge einer artikulativen und hegemonialen Praxis.³⁹ Die diskursive Formation-Formierung, die sie verbindet, wird – anders als ein *belief system* – nicht als vorgängige oder irgendwie auf einer anderen Ebene gelagerte, verdinglichte Struktur, auf die man als Grundlage zurückgreifen könnte, verstanden; vielmehr ist sie – wie gerade der Aspekt der *Formierung* betont – im Fluß befindlicher Sinn, durch den die artikulierenden Subjekte selbst als solche angerufen werden bzw. in den sie verwoben sind. Resümierend könnte man auch sagen, daß ein *belief system*, eine *advocacy coalition* und das Verhältnis zwischen diesen beiden sehr viel statischer erscheinen als eine diskursive Formation-Formierung, eine Diskurskoalition und das Verhältnis zwischen ihnen.

Nachdem wir nun in Abgrenzung zum Policy-Netzwerk und zur *advocacy coalition* präzisiert haben, was eine Diskurskoalition im hier zugrunde gelegten Sinne ausmacht und was nicht, möchte ich noch kurz auf die bisherigen Verwendungsweisen des Begriffs „Diskurskoalition“ eingehen. Dieser wurde erstmals prominent von Peter Wagner (1990: 53-57) in die Sozialwissenschaft eingeführt,⁴⁰ meint dort jedoch sehr spezifische symbiotische Beziehungen zwischen Akteuren aus dem Feld der Sozialwissenschaften und dem Feld der Politik. Auch bei Otto Singer (vgl. Singer 1990; 1993a; 1993b) findet der Begriff der Diskurskoalition Eingang ins analytische Vokabular, dient hier aber hauptsächlich als deutsches Pendant zur *advocacy coalition* von Sabatier/Jenkins-Smith, auf die sich Singer vor allem bezieht.

Der ausgereifteste und mittlerweile am weitesten rezipierte Begriff der Diskurskoalition (Rezeption z.B. bei Keller 1998: 40; Nullmeier 2001: 298; Saretzki 2003: 412) findet sich bei Maarten Hajer (1995). Weil auch sein Forschungsinteresse der Etablierung diskursiver Hege-

39 Damit ergibt sich auch ein grundlegendes Problem nicht, das Edella Schlager (1995) am *Advocacy-Coalitions*-Ansatz ausgemacht hat. Sie kritisiert nämlich zu recht, daß Menschen, die gleiche Überzeugungen teilen, noch lange nicht gemeinsam handeln.

40 Bei Wagner scheint der Begriff der Diskurskoalition erstmals einen zentralen theoretischen, aber vor allem methodischen Stellenwert einzunehmen. Schon vorher hatte Robert Wuthnow (1989) von „communities of discourse“ gesprochen, darunter aber in weit gefaßter Weise jene Gemeinschaften verstanden, die in ein gemeinsames Universum des Produzierens von sprachlichem Diskurs jeder Art eingebunden sind (vgl. ebd.: 16).

monien gilt, erweisen sich Hajers Überlegungen hier als besonders anschlussfähig. Sie bestätigen in vieler Hinsicht den – in Anlehnung an die Laclau/Mouffesche Diskurstheorie (eine theoretische Quelle, die für Hajer keine Rolle spielt) entwickelten – Gedankengang, wonach diskursive Hegemonien darauf beruhen, daß größere Quantitäten von Subjekten (Hajer spricht von Akteuren) Koalitionen bilden, weil und indem sie gemeinsam eine diskursive Formation artikulieren bzw. an einer gemeinsamen Praxis diskursiver Formierung teilhaben (hier spricht Hajer von *story lines*). Hajer definiert Diskurskoalitionen also folgendermaßen:

[I]n the struggle for discursive hegemony, coalitions are formed among actors (that might perceive their position and interest according to widely different discourses) that, for various reasons (!) are attracted to a specific (set of) story-lines. Discourse-coalitions are defined as the ensemble of (1) a set of story-lines; (2) the actors who utter these story-lines; and (3) the practices in which this discursive activity is based. Story-lines are here seen as the discursive cement that keeps a discourse-coalition together (Hajer 1995: 65).

Diese Definition ist zwar nicht exakt deckungsgleich mit den hier vorgeschlagenen Überlegungen zu Diskurskoalitionen, aber es gibt ausreichend Ähnlichkeiten, um diese Überlegungen im Anschluß an sie zusammenzufassen: Die Formierung von Diskurskoalitionen bildet einen wesentlichen Mechanismus jeder hegemonialen Praxis. In Diskurskoalitionen gruppieren sich verschiedene Subjekte aufgrund der Tatsache, daß sie eine diskursive Formation gemeinsam artikulieren (wie Hajer korrekt feststellt, unabhängig von den Gründen, weshalb sie dies tun!). Die gemeinsame diskursive Formation-Formierung bildet den „Zement“ der Diskurskoalition, es ist ihre *conditio sine qua non*; die Diskurskoalition unterscheidet sich – dies ist eine über Hajer hinausgehende Überlegung – unter anderem durch die stets aktuelle Notwendigkeit gemeinsamen Artikulierens von institutionalisierten Gruppen, bei denen die Mitgliedschaft das gemeinsame Artikulieren und den gemeinsamen Bezug auf eine diskursive Formation kurz- und mittelfristig ersetzen kann. Daß Diskurskoalitionen sich in jedem Moment neu bestätigen müssen, hat verschiedene Auswirkungen: Zum einen kann ihre temporale Stabilität weitaus geringer sein als die institutionalisierter Gruppen (wenngleich auch Koalitionen relativ große Beharrungskraft aufweisen können), und die den „Zement“ bildende diskursive Formation-Formierung ist weniger komplex. Zum anderen aber ist die Quantität aggregierbarer Subjekte potentiell höher (eben weil die geringere Bindekraft auch geringere, also leichter zu erfüllende Loyalitätsforderungen mit sich bringt). Damit sind Diskurskoalitionen im Vergleich zur institutionalisierten

Gruppe die größere, aber instabilere Alternative zur Koordinierung bzw. zur Instituierung politisch-gesellschaftlicher Kräfte. Schließlich gibt es noch zwei maßgebliche Unterschiede zu Hajer: Erstens ist es verwirrend, den Zusammenhang eines „Netzes aus Subjekten“ und eines „Netzes aus Sinn“ (worunter ich hier auch das fassen, was in Hajers drittem Punkt als diskursbegründende Praktiken bezeichnet wird) und nicht nur das „Netz aus Subjekten“ als Diskurskoalition zu bezeichnen; im folgenden soll daher unter einer Diskurskoalition nur das Netz aus diskursiven Subjekten verstanden werden, das sich durch den Bezug auf ein gemeinsames Sinn-/Artikulationsnetz konstituiert; beide „Netze“ sind unauflösbar miteinander verknüpft, sollten aber der Übersichtlichkeit halber analytisch getrennt werden. Zweitens begreift Hajer – und das kann nicht überraschen, weil er vor allem an Michel Foucault anschließt – *story lines* und Diskurse ausschließlich als sprachliche Sinnproduktion und unterscheidet hiervon die nicht-diskursiven Praktiken. Wie mehrfach betont, geht die hier vorgeschlagene politische Diskurstheorie im Anschluß an Laclau/Mouffe davon aus, daß auch im nicht-sprachlichen Handeln durch Differenz und Differenzierung Sinn generiert wird und unterscheidet daher mit der Kategorie der Artikulation nicht zwischen Sprechen und Handeln. Aus diesem Grund fällt der dritte Aspekt der Hajerschen Definition, der sich auf die diskursbegründenden Praktiken bezieht, aus der hier vertretenen Perspektive mit dem ersten Aspekt in eins.

4.6 Weitere Aspekte der Hegemonie

Wir haben nun die zwei wichtigsten Eigenschaften eines erfolgreichen hegemonialen Projekts bzw. einer etablierten Hegemonie ausgemacht: erstens die Bewegung vom kollektiven Begehren zum gemeinsamen Willen, die mit der Subjektivierung durch eine hegemoniale Formation-Formierung einher geht, und zweitens die Herstellung der diskursiven Wahrnehmbarkeit, die ganz wesentlich auf der Koordinierung verschiedener Faktoren der Wahrnehmbarkeit durch politisch-gesellschaftliche Kräfte – zumeist Gruppensubjekte – beruht. Dieser Befund wird nun abschließend noch in zweifacher Hinsicht ergänzt: Einerseits sind einige weitere Aspekte der obigen Hegemoniedefinition knapp zu erläutern (4.6.1). Zum anderen muß kurz auf ein Phänomen eingegangen werden, das sich immer wieder andeutete, etwa in der Diskussion der dritten Ebene politischer Konfliktivität, der Deutungskonkurrenz, aber auch in der soeben vorgenommenen Rekonstruktion der Interpretation von Policy-Netzwerken durch Marin/Mayntz, wo davon die Rede war, diese seien „characterized by strategic interaction and a predominance of an-

tagonistic cooperation or mixed-motive games“ (Marin/Mayntz 1991b: 18): das Phänomen einer „Hegemonie innerhalb der Hegemonie“ oder einer Hegemonie zweiter Ebene.

4.6.1 Ergänzungen zur Hegemoniedefinition

Rufen wir uns zunächst nochmals die oben formulierte Definition eines erfolgreichen hegemonialen Projekts bzw. einer Hegemonie in Erinnerung: Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet. Drei Aspekte dieser Definition erfordern noch knappe Erläuterungen:

Tatsächlich. Hegemonie ist eine Art der Vorherrschaft, die nicht auf Gewalt oder explizitem Zwang beruht (Gewalt ist eine Grenze des diskursiven Raums). Von der hegemonialen Vorherrschaft eines diskursiven (Re-)Produktionsmusters würde man nicht sprechen, wenn es sich um ein oktroyiertes Muster handelte; so sind z.B. erzwungene Massenhuldigungen eines autoritären Regimes kein Anzeichen einer Hegemonie. Vielmehr äußert sich in Hegemonien ein gemeinsamer Wille bezüglich des künftigen kollektiven Handelns, der aus Sicht der Beteiligten ihr tatsächlicher gemeinsamer Wille ist.

Über längere Zeit. Schon der Begriff der Vorherrschaft hat eine wenigstens mittelfristige, wenn nicht sogar langfristige Komponente. Entsprechend soll eine Hegemonie nur dann als konstituiert gelten, wenn sich eine konkrete Positivierung des imaginären Allgemeinen über einen längeren Zeitraum hinweg als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte etabliert. Die genaue Länge dieses Zeitraums läßt sich natürlich nicht fixieren, hier ist die sorgfältige Abwägung im einzelnen Analysefall gefragt.⁴¹

41 Ein durch andere theoretische Forschungen etablierter, allerdings vielleicht zu anspruchsvoller Anhaltspunkt könnten die Überlegungen von Sabatier/Jenkins-Smith sein, nach denen die politischen Auswirkungen eines *belief system* nach etwa zehn Jahren zu beurteilen seien. Eine Zehnjahresdauer ist wohl hinreichend, um von einer etablierten Hegemonie zu sprechen, doch es sind auch kurzlebige Hegemonien denkbar.

Kein fixer Maßstab. Mit Bedacht wurde die Formulierung derart gewählt, daß sie den Erfolg hegemonialer Praxis als relative Größe („in dem Ausmaß“) beschreibt. Weil sie sich auf sehr unterschiedliche Kontexte beziehen kann, kann es für den Erfolg hegemonialer Praxis keinen fixen Maßstab, keine Skala mit absoluten Werten und keinen einzelnen markierten und quantifizierbaren „Erfolgspunkt“ auf einer solchen Skala geben. Der Erfolg einer hegemonialen Praxis kann jeweils nur beurteilt werden vor dem Hintergrund der spezifischen Form des diskursiven Feldes, in welche sie eingebettet ist, zu der zum Beispiel die politische Ordnung gehört, in welcher eine hegemoniale Praxis betrieben wird, aber auch die Konkurrenzsituation zwischen verschiedenen hegemonialen Projekten bzw. Hegemonien (wobei hegemoniale Formationen-Formierungen als konkurrierend bezeichnet werden können, wenn sie sich auf denselben politischen Diskurs beziehen, d.h. wenn sie hinsichtlich der beiden oben genannten Spezifikationen – adressierter Personenkreis und Sachgebiet – ähnlich sind).

4.6.2 Hegemonie zweiter Ebene

Unter Hegemonie wird die Vorherrschaft eines bestimmten Musters diskursiver Reproduktion, das als hegemoniale Formation-Formierung bezeichnet werden kann, verstanden. Allerdings ist damit nicht ausgeschlossen, daß es auch innerhalb einer solchen hegemonialen Formation-Formierung zu hegemonialen Artikulationen, gewissermaßen hegemonialen Artikulationen zweiter Ebene kommt. Bei diesem Ringen um eine „Hegemonie zweiter Ebene“ geht es üblicherweise um etwas, dessen letztliche Unmöglichkeit im zweiten Kapitel ausführlich dargestellt wurde: nämlich um verschiedene „Eigentlichkeiten“ von diskursiven Elementen, die in der hegemonialen Formation-Formierung eine wichtige Rolle spielen. Vor allem zwei Arten von diskursiven Elementen sind hiervon betroffen: (a) das symbolische Äquivalent des Allgemeinen, um dessen „eigentliche Bedeutung“ gerungen wird, also wenn beispielsweise darum gestritten wird, was denn nun „Soziale Marktwirtschaft“ eigentlich ausmache; und (b), falls die hegemoniale Formation-Formierung sie anbietet, Subjektpositionen wie die des Wissenden, des Unfehlbaren, des wahren Garanten des Allgemeinen in der Form seines symbolischen Äquivalents etc., für die konkurrierende Individuen rekrutiert werden.

Daß einzelne diskursive Elemente innerhalb einer hegemonialen Formation-Formierung zum Gegenstand einer Art hegemonialer Artikulationen zweiter Ebene werden, führt jedoch meistens nicht dazu, daß die hegemoniale Formation-Formierung selbst, und das heißt, die Berechtigung einer gemeinwohlorientierten Forderung und die Richtigkeit

eines symbolischen Äquivalents des Allgemeinen, in Frage gestellt würde. Im Gegenteil, sowohl unterschiedliche Interpretationen des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen als auch konkurrierende Rekrutierungen für die Subjektpositionen einer hegemonialen Formation-Formierung stärken diese Formation-Formierung, weil sie die Bedeutung des symbolischen Äquivalents bekräftigen⁴² bzw. die Attraktivität der entsprechenden Subjektpositionen steigern.

Auch eine Diskurskoalition kann derartige Konkurrenz durchaus unbeschadet überstehen: Sie gruppiert sich ja meistens um eine umfassende Forderung und deren leeren Signifikanten herum. Weil leere Signifikanten, wie in 3.3 dargestellt, nur dann stabil sind, wenn sie in ein Netz von leeren Signifikanten eingebunden sind, ist es wahrscheinlich, daß die Koalition auch dieses Netz, das man als artikulatorischen Kern einer diskursiven Formation bezeichnen könnte, stützt. So wird zum Beispiel im Rahmen der hegemonialen Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ diese heute von allen Koalitionären als äquivalent mit „Freiheit“, „Gleichheit“, „Verantwortung“ und „Gerechtigkeit“ artikuliert. Die weitere Ausdehnung der Formation-Formierung um einen bestimmten leeren Signifikanten kann jedoch durchaus umstritten sein. Doch es ist ja eben gerade der „Clou“ einer Hegemonie, daß sie durch diese Deutungskonkurrenz nicht geschwächt, sondern eher gestärkt wird (weil alle Konkurrenten denselben Bezugspunkt haben). Ob zum Beispiel die Freiheit im Sinne von Freiheit durch die großzügige Absicherung vieler Lebensrisiken artikuliert wird (und damit „Soziale Marktwirtschaft“ z.B. mit „Sozialstaat“ bzw. „Sozialversicherung“ in Beziehung gesetzt wird) oder im Sinne von Freiheit von hoher Steuer- und Abgabenbelastung (und damit „Soziale Marktwirtschaft“ z.B. mit „Minimalstaat“ in Beziehung gesetzt wird), kann zwischen diskursiven Subjekten umstritten sein, obwohl sie alle an einer Koalition zur Durchsetzung der Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft teilhaben. Es kann sich also eine „antagonistische Kooperation“ innerhalb der Koalition entwickeln, im Zuge derer um die Ausgestaltung des Artikulationsmusters jenseits eines „artikulatorischen Kerns“ (um den leeren Signifikanten) Konkurrenz herrscht. Detailliert ausgeprägte Artikulationsmuster sind allerdings eher für (kleinere) institutionalisierte Gruppen typisch als für Diskurskoalitionen. Mit anderen Worten: Eine große diskursive Koalition erfordert eine kleinflächige hegemoniale Formation-Formierung.

42 Ein leerer Signifikant ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß er in sehr unterschiedlichen Relationen artikuliert werden kann (vgl. 3.3, dieses Argument wird besonders stark gemacht von Bonacker/Brodock 2001; Brodóc 2003).

Gleichzeitig aber ist es wahrscheinlich, daß dann, wenn sich tatsächlich eine Art „Hegemonie zweiter Ebene“ herausbilden sollte, die Hegemonie „erster Ebene“ in Gefahr geriete. Denn eine hegemoniale Deutung eines leeren Signifikanten – ähnliches gilt für die stabile Besetzung der Subjektposition des „Champions“ des Allgemeinen – würde letztlich zur Aufhebung seiner Funktion als (weitgehend unangefochtener) leerer Signifikant führen, weil eine solche Fixierung eines diskursiven Elements auch dessen Partikularität festschreiben und damit sein Potential, das Allgemeine zu signifizieren, entscheidend einschränken würde. Weil Hegemonie aber Flexibilität braucht, besteht die naheliegende Konsequenz darin, daß sich das Diskursgeschehen von der zweiten Konfliktdimension (erst recht wenn der Deutungskonflikt gelöst scheint) zum Konflikt erster Ebene zurück verschiebt. Entsprechend kann auch die hegemoniale Stellung der „Sozialen Marktwirtschaft“, die ja auf keinerlei Notwendigkeit beruht, ernsthaft angefochten werden.